N 20587 F

Fragen der Freiheit

Die Verantwortung des Menschen

– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch – II

November/Dezember 1978
Doppelheft 135

Die Kunst ist lang, das Leben kurz,
das Urteil schwierig, die Gelegenheit flüchtig.
Handeln ist leicht, Denken schwer;
nach dem Gedachten handeln unbequem.

Goethe (Lehrbrief, Wilhelm Meister)

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 135

November/Dezember 1978

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Ernst Winkler
Wirtschaftsprobleme und Wirtschaftssysteme
– Ein Orientierungsversuch im Gestrüpp der Interessen und Interdependenzen 3

Manfred Fischer
Ökologische Grenzen und Industriegesellschaft. 22

Hans-Joachim Pfüller
Ökonomie und Ökologie
– Marktwirtschaftliche Antworten auf das Problem der Umweltbelastung – 32

Felix G. Binn
Die Rolle des Kapitals bei der Wirtschaftswachstums- und Umweltproblematik. 45

Joachim Starbatty
Die politische Dimension des geplanten Europäischen Währungssystems
– oder: Wie tief schläft die parlamentarische Opposition – 68

Joachim Starbatty
Werk und Wirken Alfred Müller-Armacks (1901–1978) 74

Heinz Hartmut Vogel
Chancengleiche Teilnahme am kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben
– Die Interdependenzen der Ordnungen in Kultur, Staat und Wirtschaft – 82

Berichte

Ernst Winkler
Bericht über die Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung »Die Verantwortung des Menschen« im Juli 1978 in Herrsching/A. . 86

Redaktion
Das Seminar für freiheitliche Ordnung
– Grundfragen und Ziele – 92

Veranstaltungs- und Aktivitätenübersicht 1974–1978. 96

Inhalt der Schriftenreihe Fragen der Freiheit 1974–1978 100

Veranstaltungskalender für das Jahr 1979. 104

Wirtschaftsprobleme und Wirtschaftssysteme

Ein Orientierungsversuch
im Gestrüpp der Interessen und Interdependenzen[1]

Ernst Winkler

Die biblische Schöpfungsgeschichte erzählt vom *Auftrag Gottes* an die Menschen: »Füllet die Erde und machet sie euch untertan, und herrschet über die Fische im Meer und die Vögel unter dem Himmel und über alles Getier, das auf Erden kreucht!«

Als Voraussetzung für den Erwerb solcher Herrschaft verlieh Gott dem Menschen die Fähigkeit problemlösenden *Denkens;* der *»Aufstieg der Menschheit«* führt über ungezählte Stufen, deren jede in der Lösung eines existenziellen Problems bestand. Aber bei immer mehr beschleunigtem Fortschritt wurde der Mensch schließlich eingeholt und überholt von Problemen, die nicht mehr als Ansporn zu neuem Fortschritt, sondern als verderbliche Folgen des bisherigen Fortschrittes, als gefährliche Krisen und drohende Katastrophen auftreten. Der Fortschritt selbst wurde zum Problem und zwar umso drängender, je überstürzter er verlief – am meisten also der wirtschaftlich-technische Fortschritt.

Werfen wir nochmals einen Blick auf die Anfangskapitel der Bibel; so finden wir im zweiten Kapitel einen modifizierten Bericht über die Erschaffung des Menschen mit dem abschließenden Satz: »Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn baute und bewahrte«. Die *Herrschaft über die Erde* hat also ihre Begründung nicht nur im problemlösenden Denken mit dem Bestreben, alles Machbare zu machen, sondern auch und vor allem in der *Verantwortung des Menschen* für die von ihm beherrschte Erde, die er »bebauen und bewahren«, nicht ausbeuten und zerstören soll. Daß er diesen Auftrag gedankenlos verkannt und verantwortungslos verfehlt hat, schlägt nun mit der vollen Wucht unaufschiebbarer Probleme, bedrängender Krisen und drohender Katastrophen auf ihn selbst zurück.

Diese aktuelle Problematik bestimmt die vorliegende Tagung mit dem Gesamtthema: *»Verantwortung des Menschen«* und mit Referaten, welche für die drängenden wirtschaftlichen Probleme – besonders das ökologische Problem – nach Lösungen suchen, etwa nach »marktwirtschaftlichen Antworten«, nach politisch gangbaren und verfassungsrechtlich möglichen Wegen, nach ethisch motivierten Postulaten einer notwendigen Selbstbesinnung des Menschen.

[1] Modifizierte und gekürzte Wiedergabe eines Vortrages, gehalten auf der 56. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung (am 17. 7. 78 in Herrsching am Ammersee) mit der Themen-Formulierung: »Verursacht die marktwirtschaftliche Ordnung die Wachstums-, Konsum- und Umweltprobleme?«

1. Vorläufige Orientierungsfragen

1.1. Probleme als Fragen

Gelegentlich wurde behauptet, daß der eigentliche Gehalt der Philosophie in den von ihr entwickelten grundsätzlichen Fragen, nicht in den hierauf versuchten Antworten liege. Aber auch für alle tieferführenden wissenschaftlichen und technischen Probleme gilt der Erfahrungssatz, daß der entscheidende Schritt zu ihrer Lösung in der richtigen Formulierung der Frage besteht.

Die uns heute bedrängenden wirtschaftlichen und technischen Probleme sind so tiefgehend, daß es eine nur recht vordergründige und wenig hilfreiche Frage ist, wie dieses und jenes Einzelproblem für den Augenblick mit den gerade verfügbaren Hilfsmitteln, also »systemimmanent« mit Beachtung der nun einmal gegebenen »Sachzwänge« zu lösen sei. Solche kurzsichtigen Fragen müssen »hinterfragt« und ihre kurzatmigen Antworten müssen »in Frage gestellt« werden – vor allem durch die Frage nach den tiefer liegenden *Ursachen und Zusammenhängen* des gesamten Problem-Knäuels.

Daher hat die Seminarleitung mir das Thema für dieses Referat in Form der Frage vorgeschlagen:[1] »Verursacht die marktwirtschaftliche Ordnung die Wachstums-, Konsum- und Umweltprobleme?« Auch eine falsche Fragestellung kann zuweilen nützlich sein, wenn sie nämlich zum Weiterfragen, zum Hinterfragen und zum Suchen nach der richtigen Fragestellung nötigt. Die genannte Frage ist offensichtlich – und zwar gewollt – falsch gestellt. Denn bekanntlich treten in den planwirtschaftlichen Systemen des Ostens dieselben wirtschaftlichen, speziell ökologischen Probleme auf, und überdies ist es paradox, daß eine wirtschaftliche »Ordnung« ein so widerspruchsvolles Problem-Knäuel »erzeugen« sollte. Demnach liegt die entschieden aufschlußreichere Frage nahe, ob wir nicht an einer »*marktwirtschaftlichen Unordnung*« leiden und wie demgegenüber eine »*marktwirtschaftliche Ordnung*« aussehen müßte.

Freilich erscheint das planwirtschaftliche System des Ostens auf den ersten Blick als überlegen, wenn wir nicht nach der Ursache der Wirtschaftsprobleme fragen, sondern nach der Möglichkeit ihrer Bewältigung. Denn es besitzt – zumindest kurzfristig und vordergründig für die Planungsbehörde – größere »Freiheitsspielräume«, um den Problemen mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen, allerdings um den Kaufpreis einer wesentlichen Einschränkung der Freiheitsspielräume der als Arbeiter, Produzenten und Konsumenten beteiligten Menschen. Daher erscheinen

1 *vgl. Fußnote Seite 3*

auch in unserem marktwirtschaftlichen System die wachsenden Tendenzen zu planwirtschaftlichen Hilfsmitteln der Problembewältigung als durchaus verständlich, wenn auch nicht ohne weiteres als berechtigt.

Die gestellte Frage ist demnach zu modifizieren: Bietet unser marktwirtschaftliches System schlechtere Bedingungen zur grundsätzlichen Vermeidung oder wenigstens zur Behebung solcher Wirtschaftsprobleme? Lassen sie sich *in* der Marktwirtschaft oder *trotz* der Marktwirtschaft lösen mit Bewahrung wesentlicher marktwirtschaftlicher Funktionen oder mit Beiziehung planwirtschaftlicher Hilfsmittel – also gewissermaßen mit »ein bißchen Planwirtschaft« oder mit »gesteuerter Marktwirtschaft«? Oder gibt es ausgesprochen »marktwirtschaftliche Antworten« auf die gestellten Probleme? Offensichtlich erhebt sich dahinter die entscheidende Frage nach dem Wesen der Marktwirtschaft, wobei ich bewußt unterscheiden will zwischen *unserem marktwirtschaftlichen System* und einer – vorerst nur als unbestimmtes Postulat genannten – *marktwirtschaftlichen Ordnung.*

1.2. Wirtschaftssysteme

Man unterscheidet bekanntlich zwei gegensätzliche Grundsysteme der Wirtschaft, nämlich die *Planwirtschaft,* definiert als staatliche Zentralverwaltungswirtschaft, und die *Marktwirtschaft,* dezentral bestimmt durch die zahllosen Einzelpläne der Produzenten, Investoren und Konsumenten, aber koordiniert durch das freie Kräftespiel von Angebot und Nachfrage auf dem Waren-, Kapital- und Arbeits-Markt. Beide Begriffe lassen Realisierungen in zahlreichen Systemformen zu. So unterscheidet Walter Eucken[2] neben vier Formen der Zentralverwaltungswirtschaft nicht weniger als hundert Marktformen, definiert durch alle möglichen Kombinationen von Monopolen, Oligopolen, Teiloligopolen oder voller Wettbewerbsfreiheit auf der Angebotsseite und der Nachfrageseite in Verknüpfung mit zwei möglichen Geldordnungen und drei möglichen Geldsystemen.

Diese begriffliche Vielfalt müssen wir noch erweitern, wenn wir unser derzeit in der Bundesrepublik bestehendes marktwirtschaftliches System charakterisieren wollen. Denn es wird zum ersten wesentlich mitbestimmt durch die Sozialgesetzgebung, die als zweite Säule neben der liberalen Verfassung unseren »freiheitlich-sozialen Rechtsstaat« trägt und zunehmend unsere Marktwirtschaft mit planwirtschaftlichen Elementen durchsetzt in einer bedenklichen Entwicklung vom »freiheitlichen Sozialismus« zum Sozialstaat.

Dazu kommt als zweites, sehr wesentliches, aber merkwürdigerweise von Eucken übersehenes oder bewußt ignoriertes Merkmal die Rolle des Kapitals

2 W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, G. Fischer, Jena 1944.

für das Wirtschaftsgeschehen. Sie ist so entscheidend, daß im öffentlichen Sprachgebrauch sogar von den sachverständigen Politikern und Wirtschaftlern fast durchweg die beiden Begriffe »Marktwirtschaft« und »Kapitalismus« als gleichbedeutend gebraucht werden, während doch auch das Wirtschaftssystem des »real existierenden Sozialismus« mit einiger Berechtigung als »Staatskapitalismus« bezeichnet werden kann.

Das in unserer Bundesrepublik entwickelte und mit dem stolzen Etikett *Soziale Marktwirtschaft* geschmückte Wirtschaftssystem läßt sich genauer und richtiger definieren als »sozialstaatlich eingeschränkte Form einer kapitalistischen Marktwirtschaft«. Es stellt also eine typische Erscheinungsform des sogenannten »Spätkapitalismus« dar. Dabei ist jedoch zu beachten, was ich an anderer Stelle[3] zu begründen versuchte und was in der maßgebenden Öffentlichkeit fast völlig vergessen oder vielmehr verdrängt wurde: Unsere gegenwärtige »Soziale Marktwirtschaft« unterscheidet sich ganz wesentlich von ihrem ursprünglichen theoretischen Konzept, das Müller-Armack in Anlehnung an das ordoliberale Wirtschaftsmodell von Walter Eucken[4] entwickelt und Ludwig Erhard als der Wirtschaftsminister des »deutschen Wirtschaftswunders« versuchte zu verwirklichen, das jedoch zunehmend eingeschränkt und korrumpiert wurde. Daher wird heute leider der Kampf um die Soziale Marktwirtschaft ebenso von ihren Befürwortern wie von ihren Gegnern mit verkehrten Fronten geführt mit der gefährlichen Folge, daß die Angriffe an Gewicht gewinnen und die Verteidigung an Glaubwürdigkeit verliert.

1.3. Wirtschaftsprobleme

Noch komplexer als die Vielfalt der Wirtschaftssysteme ist das Knäuel der in ihnen herangewachsenen und noch weiter wachsenden Wirtschaftsprobleme, die – in teilweise unsystematischer Aufzählung – im Programm unserer Tagung und in den Einzelthemen der Referate auftreten. Für den Versuch einer systematischen Gliederung will ich zunächst von der ursprünglichen Fassung meines Themas, also von der Frage der Verursachung ausgehen. Offensichtlich sind die bedrückenden wirtschaftlich-technischen Probleme, nämlich Energiekrise, Rohstoff-Erschöpfung und Umweltverschmutzung durch die zunehmende industrielle Produktion verursacht, also eine Folge des Wirtschaftswachstums und damit vielleicht eine indirekte Folge unseres marktwirtschaftlichen Systems.

Damit stehen wir vor dem *zentralen wirtschaftlichen Problem,* nämlich dem *Wirtschaftswachstum,* das als Problem selbst wieder in doppelter

3 Ernst Winkler, Was heißt »sozial« in der »Sozialen Marktwirtschaft«? Fragen der Freiheit, Heft 118 (Dezember 1975).

4 Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, J. C. B. Mohr, Tübingen 1952

Hinsicht problematisch ist. Zum ersten ist die fast allgemein akzeptierte Meinung durchaus fragwürdig, das Wirtschaftswachstum sei eine notwendige Folge der Marktwirtschaft, das heißt Marktwirtschaft sei grundsätzlich nur unter der Bedingung beständigen Wachstums funktionsfähig.[5] Zum zweiten ist der eigentliche Sinn dieses Problems derzeit heftig umstritten: Liegt er in der immanenten Nötigung zu beständigem und daher schädlichem Wachstum oder im derzeit unzulänglichen Ausmaß eines erwünschten und notwendigen Wachstums?

Zur kausalen kommt nämlich eine mindest ebenso wichtige finale Systematisierung der Wirtschaftsprobleme. Angesichts der Energiekrise mußten wir bis zum Überdruß die folgende Argumentation der maßgebenden Politiker sowie der wirtschaftlichen und technischen Sachverständigen hören: Zur Überwindung der drückenden Arbeitslosigkeit ist es notwendig, daß die Wirtschaft neben den Rationalisierungsinvestitionen auch in noch höherem Maße Erweiterungsinvestitionen tätigt; das bedeutet notwendiges Wirtschaftswachstum, das nur durch höheren Energie-Einsatz ermöglicht werden kann; dieser aber kann nur gedeckt werden, wenn zusätzlich zu den sich erschöpfenden fossilen Brennstoffen noch die Kernenergie entwickelt wird – zumindest in einem Übergangsstadium bis zur erhofften Schließung der Energielücke durch Eröffnung neuer, wenigstens zum Teil regenerierbarer Energiequellen.

Zu dieser, in breiter Öffentlichkeit (und mit der primitiven Androhung ausgehender Lichter) diskutierten Begründung für Wirtschaftswachstum und Kernenergie kommt noch eine zweite, die mindestens ebenso wichtig genommen, aber vorwiegend hinter verschlossenen Türen diskutiert wird. Es handelt sich um das *Verteilungsproblem:* Die beständig wachsenden Ansprüche an den Lebensstandard und insbesondere an die sozialen Dienstleistungen lassen sich nur mittels weiteren Wirtschaftswachstums befriedigen. Dieses Argument ist besonders brisant hinsichtlich der Vermeidung drohender sozialer Spannungen wegen der zunehmenden Forderungen der sich benachteiligt oder unterprivilegiert fühlenden Bevölkerungsschichten, das heißt der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; ohne Rückgriff auf bestehende Besitzverhältnisse lassen sich diese Ansprüche nur befriedigen durch eine auf künftig vermehrtes Sozialprodukt bezogene Umverteilung der Einkommen und damit der künftigen Besitzstände.

Die *wirtschaftlich-sozialen Probleme* der Arbeitslosigkeit, der Verteilung und, mit beiden eng zusammenhängend, des Konsums bringen also eine Umkehrung in der Bewertung des Wachstumsproblems; ihre Lösung er-

5 vgl. E. Winkler, Das Problem des Wirtschaftswachstums; Fragen der Freiheit, Heft 115 (Mai 1975)

fordert eine Wiederbelebung des stockenden Wirtschaftswachstums trotz der hierdurch verschärften wirtschaftlich-technischen Probleme, die mithin auf anderem Weg behoben oder wenigstens gemildert werden sollen.

2. Unzulängliche Antworten auf die Wirtschaftsprobleme

Die bisherige Analyse der Wirtschaftsprobleme und der Wirtschaftssysteme macht zum ersten verständlich, daß die Problemlösungsversuche sich nach Möglichkeit im Rahmen jener »Sozialen Marktwirtschaft« bewegen, die ich als »sozialstaatlich beschränkte Form der kapitalistischen Marktwirtschaft« definiert habe, das heißt, daß sie mit Beachtung dieser beiden Strukturmerkmale unseres Wirtschaftssystems im Zwielicht zwischen freier und geplanter Wirtschaft operieren. Und zweitens wird verständlich, daß alle solchen Versuche in dem sowohl kausal wie final determinierten Problem-Knäuel notwendig unzulänglich sind und bleiben müssen.

Eine noch tiefer gehende Einsicht als die praktischen Erfolge oder Mißerfolge solcher Maßnahmen vermitteln uns die zugehörigen theoretischen und programmatischen *Veröffentlichungen.* Wir haben bereits bei früherer Gelegenheit diese Zusammenhänge geprüft[6] an Hand der diesbezüglichen Veröffentlichungen des *Club of Rome* (Meadows, Die Grenzen des Wachstums, 1973; Mesarovic und Pestel, Menschheit am Wendepunkt, 1974), von *Herbert Gruhl* (Ein Planet wird geplündert, 1975) und eine *eidgenössische Studie* zur Gesamtenergiekonzeption (Arbeitsgruppe Energie – Wachstum – Umwelt, 1977) und wollen jetzt zur Ergänzung als neueste und besonders aufschlußreiche Quelle ein Gutachten der *Evangelischen Studiengemeinschaft* (Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik, FESt 1978) heranziehen.

2.1. Das zentrale Wirtschaftsproblem

Im Gegensatz zu den (bei früherer Gelegenheit[5] zitierten) optimistischen Erwartungen von Seiten der Gewerkschaften und des linken SPD-Flügels über die Effizienz planwirtschaftlicher Maßnahmen, welche das *Wirtschaftswachstum* und speziell die *Energiepolitik* in die sozialstaatlich erwünschten Bahnen lenken sollen, bringt das genannte Gutachten ernste und berechtigte Bedenken (S. 133): »Fast jede staatliche Planung, die langfristige Ziele festlegte und dafür Mittel bereitstellte, ist bislang durch die Folgeprobleme, die sie selbst erzeugte, überrollt worden«. Allerdings folgt sofort die einschränkende Bemerkung: »*Nicht* zu planen, ist freilich keine sinnvolle

5 *vgl Fußnote Seite 6*

6 E. Winkler, Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftsplanung? Fragen der Freiheit, Heft 130 (Januar 1978); vgl. auch Fußnote 5

Alternative«. Als besonders fragwürdig wird die sozialistische Planung bezeichnet, nämlich: »Ausbau der sogenannten Staatsfunktionen zweiter Ordnung: Infrastruktur, Globalsteuerung, staatliche Umverteilungs- und Wohlfahrtsfunktionen«.

Die Bedenken des Gutachtens gelten aber nicht nur der vermeintlichen Effizienz solcher Maßnahmen, sondern auch und besonders der Gefährdung der bürgerlichen Freiheit durch die zunehmende Diskrepanz zwischen technischen Großstrukturen und gesamtgesellschaftlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Lebenssicherung gegenüber der persönlichen Freiheit und Verantwortung der Lebensgestaltung, also die immer geringer werdende »Sozialverträglichkeit dieses Systems« (S. 82).

Anderseits warnt das Gutachten vor einseitigem Liberalismus und fordert Grenzen für vermeintliche Grundrechte im Sinn ungehemmten und kurzsichtigen privaten Anspruchsdenkens, also Grenzen für private Forderungen auch da, wo sie sich auf bestimmte Grundrechte, zum Beispiel des Eigentums, stützen – und zwar gerade zur Wahrung jener Grundrechte, die im Sinn des abendländischen Rechtsdenkens Humanität bewahren sollen. (S 131–133).

So beweist das Gutachten wache Kritik und berechtigtes Mißtrauen gegen unser, als »Soziale Marktwirtschaft« etikettiertes Wirtschaftssystem. Ebenso deutlich distanziert es sich von der Wachstums-Ideologie mit den Sätzen (S. 22): »Die Utopie von den 'unbegrenzten Möglichkeiten' hatte durch den Siegeszug einer zweihundertjährigen technisch-wirtschaftlichen Entwicklung solche Überzeugungskraft gewonnen, daß sich Politik und Wirtschaft nahezu widerspruchslos von der Überzeugung leiten ließen, es könne und müsse immer so weitergehen«. Aber bei Übertragung des organischen Wachstumsbegriffes auf die Wirtschaft ist anzunehmen, »daß 'Wachstumsprozesse' auch in größeren Systemen nicht in bloß quantitativer Expansion bestehen, sondern ein Optimum haben, das vermutlich durch die Fähigkeit der Selbstregulation definiert ist. Daß das Wachstum Grenzen hat, wäre dann kein Negativum, sondern im Gegenteil die Bedingung der Möglichkeit für Wachstum«. Diese Aussagen weisen deutlich in die Richtung des bereits angedeuteten Zieles einer »marktwirtschaftlichen Ordnung«, die diesen Namen und unsere weiteren Klärungsbemühungen verdient. Obwohl sie nur aus einsichtigen Postulaten mit der vorsichtigen Einschränkung »vermutlich« begründet werden, finden sie im Endergebnis unserer logisch-sachlichen Analyse (in Ziff. 3.4) ihre vollinhaltliche Bestätigung.

2.2. *Die wirtschaftlich-technischen Probleme*

Die schon zweimal geänderte *Energiepolitik* der Bundesregierung liefert besonders eindrucksvolle Beispiele für die Unzuverlässigkeit und Unzu-

länglichkeit der von wirtschaftlichen und technischen Experten erarbeiteten längerfristigen Prognosen und Planungen. Die auf Grund bisheriger Erfahrung für die weitere Zukunft geschätzte jährliche Zunahme des Energiebedarfs (4,5% bis zum Jahr 1973) erwies sich aus zwei Gründen als zu hoch. Zum *ersten* ging das Wirtschaftswachstum erheblich zurück, und die geschätzte Wachstumsrate mußte durch das (nicht minder illusorische) Postulat einer, zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen erforderlichen Mindestrate von 3% ersetzt werden. Zum *zweiten* war auf Grund der bisherigen Erfahrungen für jedes Prozent jährlichen Wachstums auch 1% erforderliche Energievermehrung angenommen worden, aber diese Kopplungszahl 1 mußte für die Weiterentwicklung nach der Energiekrise auf 0,8 und nochmals sogar auf 0,5 herabgesetzt werden, während sie nach *verschiedenen Vorschlägen einer alternativen Energiepolitik (Eidgenössische* Energie-Studie und Gutachten FESt) innerhalb absehbarer Zeit sogar bis an die Nullgrenze herabgedrückt werden könnte, das heißt, daß durch rationellere Ausnutzung der vorhandenen Energiequellen ohne Verzögerung der benötigten Primärenergie sogar noch ein Wirtschaftswachstum möglich wäre. Es handelt sich dabei um die Verfahren der Wärme-Dämmung, -Speicherung, -Pumpe und die vielfach mögliche Ersetzung hochwertiger durch niederwertige Energie. Die darüber hinaus mögliche Erschließung neuartiger, vor allem regenerierbarer Energiequellen in einem flexiblen Teilenergieverbund braucht an dieser Stelle nicht nochmals[7] erörtert zu werden.

Noch zwei weitere Gründe sind für den kaum noch zu verschleiernden Mißerfolg staatlicher Energiepolitik maßgebend. Zum *ersten* wird die – vielleicht mit bewußter Naivität propagierte – Milchmädchen-Rechnung von den angeblich billigeren Stromkosten aus Kernenergie widerlegt durch eine vollständige Kostenberechnung der aus Steuermitteln getätigten enormen Investitionen, durch die in den letzten zehn Jahren herbeigeführte Steigerung der Weltmarktpreise bzw. Kosten für Uran auf das achtfache, für Anreicherung auf das dreifache, für Wiederaufbereitung auf das zehnfache; schließlich durch die, alle bagatellisierenden und beruhigenden Prognosen widerlegende Zahl von Störfällen in Kernkraftwerken mit Reparatur- und Stillegungs-Kosten.

Zum *zweiten* – durchnummeriert also das *vierte* Versagen der staatlichen Energiepolitik – muß die leichtfertig bagatellisierende Berechnung des *Risikos, speziell des sogenannten »Restrisikos« von Kernkraftwerken* angeprangert werden. Als Beispiel diene der Unfall des Siedewasser-Reaktors bei Brunsbüttel am 17./18. Juni mit einer das zulässige Jahreslimit über-

7 vgl. zum Beispiel Fußnote 6

steigenden Menge an ausgeströmtem radioaktiven Jod; dabei wirkt die Versicherung nicht sehr beruhigend und überzeugend, daß es sich um das Jahreslimit für »betriebsgemäße Kurzzeitabgaben«, nicht für Störfälle handelt. Wenn aus diesem und den vielen weiteren Störfällen (zum Beispiel Würrgassen, Grundremmingen, Ohu, Lingen) die angemessenen Konsequenzen für die Baugenehmigung des nächsten Kernkraftwerkes (Krümmel an der Elbe) gezogen werden sollten, so müßte die juristisch gebotene Anwendung auf die bereits in Betrieb genommenen Kraftwerke zu deren Überprüfung und zeitweiser Stillegung und damit zu einer untragbaren finanziellen Katastrophe führen, und daher drängt sich der ebenso bequeme wie gefährliche Ausweg auf, daß der Grundsatz der »Verhältnismäßigkeit« das Zugeständnis erhöhter Emissionsgrenzen rechtfertige.

An die übrigen, bereits auf früheren Tagungen diskutierten[8] wirtschaftlich-technischen Probleme kann hier nur kurz erinnert werden. Es handelt sich um das *Rohstoff-* und das *Umwelt-Problem*, die beide besonders drängend werden, wenn man aus den schon angedeuteten und noch genauer zu prüfenden Gründen auf ein relevantes Wirtschaftswachstum (mindestens 3%) besteht. Das Recycling, das heißt die Wiedergewinnung von Rohstoffen aus Abfallprodukten kommt nur für energiesparende Verfahren in Frage: so kostet zum Beispiel die Wiedergewinnung von Stahl aus Schrott nur fünfzehn Prozent der Energie im Vergleich zur Verarbeitung von Eisenerzen. Dagegen erfordert die Herstellung von Kunststoffen einen so hohen Energieverbrauch, daß eine geringe Entlastung des Rohstoff-Problems mit einer beträchtlichen Verschärfung des Energie-Problems bezahlt werden müßte.

Zur Lösung oder wenigstens Verringerung des *Umweltproblems* sind wirkungsvolle Techniken bereits vorhanden und können unschwer weiter entwickelt werden. Dabei handelt es sich eigentlich nur noch um die Kostenfrage, das heißt um die politische Entscheidung, ob die Kosten aus Steuermitteln von der Allgemeinheit oder nach dem Verursacher-Prinzip vom Unternehmer getragen werden sollen. Da sie im zweiten Fall zu einem großen Teil auf die Preise abgewälzt werden können, so muß in jedem Fall der Bürger – ob als Steuerzahler oder als Verbraucher – für diese Kosten aufkommen, das heißt er muß die gewünschte und benötigte qualitative Verbesserung des Lebensstandards in der Form verbesserter Umweltbedingungen bezahlen mit einer quantitativen Verminderung des Lebensstandards hinsichtlich des Warenkonsums.

Nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen ist die Entscheidung dieser Alternative klar. Für das Umweltproblem ebenso wie für das Energie- und

8 Vgl. Fragen der Freiheit, Heft 115 und 130 (vgl. Fußnote 5 und 6)

das Rohstoff-Problem ist es stets die weitaus bessere Lösung, die erhöhten Kosten über die *Preise* statt über die Steuern aufzubringen. Wenn schon mit dirigistischen Maßnahmen in die Marktwirtschaft eingegriffen werden soll oder muß, so sind, soweit irgend möglich, *marktkonforme Regelungen* vorzuziehen, welche *die Selbststeuerungskräfte des Marktes im freien Spiel von Angebot und Nachfrage nicht blockieren,* sondern in ihren Dienst stellen. Soweit hier soziale Gesichtspunkte mitspielen, müssen sie auf andere Weise berücksichtigt werden, nicht auf Kosten der Produktivität der Wirtschaft und der Funktionsfähigkeit des Marktes.

2.3. Die wirtschaftlich-sozialen Probleme

Wie wir bereits feststellen konnten, stehen die mit dem Wirtschaftssystem kausal verknüpften wirtschaftlich-technischen Probleme im Widerstreit zu den als finale Bestimmungen in das Wirtschaftsgeschehen eingehenden *wirtschaftlich-sozialen Problemen.* Diese erscheinen überdies auch in sich selbst widersprüchlich, wenn man den Interpretationen der Politiker und der Wirtschaftswissenschaftler, der Unternehmer und der Gewerkschaften folgt und ihre durchaus gegensätzlichen Vorschläge der Problemlösungen prüft.

Die *Arbeitslosigkeit* soll durch Schaffung neuer Arbeitsplätze bekämpft werden; aber die Unternehmer verwenden die hierfür gewährte staatliche Investitionshilfe mehr für Rationalisierungs- als für Erweiterungs-Investitionen, weil ihre rationelle Entscheidung in einer freien Marktwirtschaft durch das Verhältnis zwischen Kapitalkosten und Lohnkosten und durch den Zwang zu internationaler Konkurrenzfähigkeit bestimmt wird. Gerade die sozialstaatlichen Fürsorge-Maßnahmen der Alters-, Kranken-, Renten-Vorsorge und des Kündigungsschutzes zusätzlich zu den immer neuen gewerkschaftlichen Lohnforderungen belasten dieses Verhältnis mit dem sozialen Mißerfolg der Unterbeschäftigung.

Bei den vergeblichen Problemlösungs-Versuchen werden widerspruchsvolle Maßnahmen noch ergänzt durch widerspruchsvolle Ermahnungen an den Bürger – einmal zu erhöhter *Sparsamkeit,* um das benötigte Kapital für Investitionen und Wirtschaftsexpansion zu bilden, dann wieder zu erhöhtem *Konsum,* weil ein stockender Warenabsatz die unzureichende Auslastung der bereits bestehenden Produktionskapazität, also wirtschaftliche Stagnation und Unterbeschäftigung zur Folge hat. Mit dieser Begründung fordern die Gewerkschaften eine Kaufkraftvermehrung durch Lohnerhöhung, obwohl gerade diese die Tendenz zu Rationalisierungsinvestitionen verstärkt und obwohl erwiesenermaßen der größte Teil der Einkommenserhöhung bei einigermaßen gutem Einkommen, also gesättigten Konsumbedürfnissen auf die Sparkonten statt in den Konsum fließt. Die

Widersprüchlichkeit verschärft sich noch durch das Mißverhältnis, daß jede DM Lohnerhöhung im durchschnittlichen Endergebnis nur 60 Pfennig Einkommenserhöhung für den Arbeiter, aber 1.60 DM zusätzliche Belastung für den Unternehmer bedeutet. Das *Investitions-* und das *Konsum-Problem* stehen also mit einander im Widerstreit, erfahren aber anderseits doch dieselbe Bewertung mit negativem Vorzeichen für die ökologische, mit positivem für die soziale Problematik.

Diese Überlegungen bestätigen die Interdependenzen zwischen den wirtschaftlich-sozialen Problemen; denn das Absatzproblem hängt mit seinen beiden Aspekten des Investitions- und des Konsumproblems über das Problem des Wirtschaftswachstums aufs engste mit dem Vollbeschäftigungs-Problem und damit, wie wir bereits sahen, mit dem *Verteilungs-Problem* zusammen. Dessen Widersprüchlichkeit aber ist so offenkundig, daß es kaum noch weiterer Worte bedarf. Es widerspricht einer marktwirtschaftlichen »Ordnung«, wenn sie immer wieder Einkommens- und Vermögensunterschiede schafft, die einer beständigen Korrektur durch soziale Umverteilung bedürfen, und es widerspricht dem Zweck der Umverteilung, wenn sie die Quellen des zu verteilenden Wohlstandes, nämlich Leistungswille und Selbstverantwortung immer mehr verschüttet.

3. Die grundsätzliche Frage nach der »marktwirtschaftlichen Ordnung«

3.1. Marktwirtschaft und staatlicher Dirigismus

Unsere *Wirtschafts- und Sozialpolitik* versucht sich mit wachsendem Mißerfolg durch die widerspruchsvolle Problem-Verflechtung so durchzulavieren, daß sie den finalen Zusammenhängen den Vorrang vor den kausalen einräumt. Das heißt: Zwecks Entschärfung der wirtschaftlich-sozialen Probleme erstrebt man mit den verfügbaren, freilich unzureichenden Mitteln die Aufrechterhaltung eines »ausreichenden« Wirtschaftswachstums; die dadurch ständig wachsenden wirtschaftlich-technischen Probleme werden bagatellisiert oder in eine vermeintlich »ferne« Zukunft hinausgeschoben ohne ernstliche Beunruhigung durch die warnende Stimme des Club of Rome, der für ein solches bis 1985 fortgesetztes Verfahren die unabwendbar werdende Katastrophe noch vor dem Jahr 2100 prophezeite. Der von verschiedenen Seiten vorgeschlagene und besonders von Erhard Eppler befürwortete Ausweg, das quantitative durch ein qualitatives Wachstum zu ersetzen, erscheint auf den ersten Blick einleuchtend, kann sich aber ebenso wenig über die Widersprüchlichkeit der Wirtschaftsproblematik und des wirtschaftlichen Dirigismus hinwegsetzen.

Grundsätzlich widerspricht jeder wirtschaftliche Dirigismus der Marktwirtschaft, wenn er die *Selbststeuerung* beeinträchtigt, die sich im freien

Spiel von Angebot und Nachfrage über die Preise auf dem Warenmarkt, über die Löhne auf dem Arbeitsmarkt, über die Zinsen auf dem Kapitalmarkt auswirkt. Auf dem *Warenmarkt* wird die Selbstregulierung durch freie Preisbildung weitgehend außer Kraft gesetzt, wenn die private Monopol- und Oligopol-Bildung nicht eingeschränkt, sondern im Gegenteil noch verschlimmert wird durch eine starke Monopolstellung der öffentlichen Hand, die über ein Drittel der Waren und Dienstleistungen verfügt. Der *Arbeitsmarkt* hat seine Funktionsfähigkeit schon längst der Verhandlungs- und Kampf-Strategie mächtiger Tarifpartner geopfert, wobei die Löhne jede Flexibilität eingebüßt haben und nur noch auf der Einbahnstraße nach oben veränderlich sind. Die Funktionsfähigkeit des *Kapitalmarktes* endet an einer starren unteren Schranke, nämlich bei jenem *Landeszinsfuß, den der Staat durch Kapitalnachfrage und Finanzierung aus* Steuermitteln schafft und künstlich hoch hält, so daß bei sinkender Sachkapital-Rendite die Anpassung des Geldzinsfußes verhindert wird und bei Erreichung dieser Schranke die private Investitionstätigkeit, also die Nachfrage nach Investitionsgütern und schließlich die Produktion ins Stocken gerät.

Außerdem besitzt der Staat das *Noten-Monopol,* das er zwar zur Sicherung der Geldwertstabilität benötigt, aber beständig zu Manipulationen auf dem Kapitalmarkt sowie im Dienst seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, speziell Investitions- und Vollbeschäftigungs-Politik mißbraucht. Da die Notenbank die währungspolitisch notwendige Beschränkung des Geldumlaufes aus wirtschafts- und sozialpolitischen Rücksichten nicht konsequent durchsetzen kann, dafür aber die ständig drohende Inflationsgefahr mit wirtschaftsdämpfenden Maßnahmen bekämpft, erzeugt sie eine ganz neue, im Hochkapitalismus noch unbekannte Wirtschaftskrankheit, nämlich die Stagflation, das heißt wirtschaftliche Stagnation trotz schleichender Inflation, wobei das erwähnte Absinken der Sachkapitalrendite unter den künstlich hochgehaltenen Zins ursprünglich mitwirkt. Alle diese störenden Eingriffe in die marktwirtschaftliche Selbststeuerung werden in unheilvoller *Weise ergänzt durch eine Steuerpolitik, die bewußt eine Veränderung* des Wirtschaftsablaufes im Dienst einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, zum Beispiel mit dem Ziel der Umverteilung bewirkt.

Das unvermeidliche Schicksal des staatlichen Dirigismus ist leicht abzusehen: Jede wirtschaftliche Störung oder soziale Unzuträglichkeit wird durch eine Maßnahme bekämpft, die in aller Regel die gestörte marktwirtschaftliche Selbststeuerung nicht verbessert, sondern noch mehr einschränkt mit dem unvermeidlichen Ergebnis, daß dafür an anderer Stelle eine neue Störung auftritt und zusätzliche Planungsmaßnahmen erfordert. Das Ende dieser Entwicklung hat einmal Alexander *Rüstow* mit dem

sarkastischen Ausspruch angedeutet: »Ein bißchen Planwirtschaft ist so wenig möglich wie ein bißchen Schwangerschaft«.

3.2. Rahmenbedingungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft

Wir konnten uns durch grundsätzliche Überlegungen und an zahlreichen Beispielen überzeugen, daß die vielfältigen Störungen und Widersprüchlichkeiten unseres Wirtschaftssystems nicht aus dessen Eigenschaft als Marktwirtschaft entspringen, sondern im Gegenteil aus den schwerwiegenden Einschränkungen einer freien Marktwirtschaft. Eine funktionsfähige Selbststeuerung im »freien Kräftespiel« ist definitionsgemäß und faktisch an die Voraussetzung gebunden, daß die Marktwirtschaft auch wirklich »frei« ist und zwar im doppelten Sinn: frei von der zentralbürokratischen Vermachtung durch einen autoritären oder sozialistischen Staat und frei von der privatwirtschaftlichen Vermachtung durch kapitalistische Monopol- und Oligopol-Strukturen. Unsere Wirtschaftssysteme im »freien Westen« und speziell in unserer Bundesrepublik entstanden aus der historischen Fehlentwicklung, daß die privatwirtschaftliche Machtballung des Hochkapitalismus durch eine staatliche Gegenmacht überwunden oder eingeschränkt werden sollte und daß hieraus die spätkapitalistische Verflechtung zwischen privater und staatlicher Vermachtung der Wirtschaft – als gegenseitige Beschränkung und als taktisches Zusammenspiel – erwuchs. Diesen Weg ging auch unsere viel gelobte und viel gescholtene »*Soziale Marktwirtschaft*«, nämlich von jenem ursprünglichen theoretischen Konzept, das in der Stunde Null unserer Bundesrepublik die Neubildung wirtschaftlicher Machtkonzentration durch möglichst vollständigen und echten Leistungswettbewerb im Sinn des neoliberalen Wirtschaftsmodells von Walter Eucken verhindern wollte, bis zur gegenwärtigen Form einer »sozialstaatlich eingeschränkten kapitalistischen Marktwirtschaft«.

In der Tat ist der Grundgedanke jenes theoretischen Konzeptes durchaus richtig, daß eine wahrhaft freie Marktwirtschaft – »frei« im erläuterten Doppelsinn – zugleich eine soziale Marktwirtschaft ist. Unabdingbare Voraussetzung ist allerdings ihre Funktionsfähigkeit, die nicht durch Machtkonfrontation und staatlichen Dirigismus, sondern nur durch eine geeignete Rechtsordnung gesichert werden kann. Aus der bisherigen Kritik unseres Wirtschaftssystems lassen sich leicht die wichtigsten Strukturelemente als *notwendige* Bedingungen einer solchen marktwirtschaftlichen Ordnung ablesen, wenn auch ihre vollständige Darstellung und ihre Begründung als *hinreichende* Bedingungen den vorliegenden Rahmen bei weitem überschreiten.

Mit Recht betont Walter Eucken das »*Primat der Währung*«: Die Währungspolitik darf nicht durch anderweitige wirtschafts- und sozialpolitische

Rücksichten an der Erfüllung ihrer einzigen Aufgabe, nämlich *Geldwertstabilisierung* gehindert werden. Allerdings bedarf sie hierzu einer wichtigen Erweiterung ihres Instrumentariums: Die am Kaufkraft-Index ausgerichtete Geldmengen-Regulierung muß noch durch eine Geldumlauf-Sicherung ergänzt werden, damit bei stabilem Gesamtpreis-Niveau das aus der Produktion entstehende Einkommen stets wieder in vollem Umfang als Nachfrage auf dem Markt der Konsum- oder Investitionsgüter auftritt und so den stockungsfreien Wirtschaftskreislauf ermöglicht. Damit ist die Problematik von Konsum und Investition grundsätzlich behoben; das Verhältnis zwischen beiden kann ruhig dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage über Preis und Zinsen überlassen bleiben. Wesentlich ist nur, daß durch eine solche Geldordnung die aus spekulativen Gründen, insbesondere durch Warten auf rentablere Investitionsmöglichkeiten entstehende Verlangsamung oder Stockung des Geldumlaufes (»Hortung«) verhindert wird und der Einkommensstrom über Konsum oder Sparen beständig und stetig in die Wirtschaft zurückfließt; denn Sparen ist dann gleichbedeutend mit Investieren, nicht mit einer in Wartestellung verharrenden und an bestimmte Bedingungen gebundenen Investitionsbereitschaft.

Hierzu muß allerdings vorausgesetzt werden, daß die durch fortgesetzte *Investition sinkende Sachkapitalrendite nicht mehr gegen eine starre untere Schranke des Geldzinsfußes* stößt. In der Tat wird in einer echt marktwirtschaftlichen Ordnung zugleich mit der staatlichen Intervention auf dem Kapitalmarkt auch der künstlich hochgehaltene Zinsfuß von vielleicht drei bis vier Prozent beseitigt, ferner durch die genannte Geldordnung mit Umlaufsicherung auch die zweite Zinsbarrière überwunden, die in der Liquiditätsvorliebe des Geldbesitzers begründet ist und von John Maynard Keynes auf zwei bis drei Prozent geschätzt wurde. Die Folge ist eine durch fortgesetzte Konjunktur, also vermehrte Kapitalbildung bewirkte Verlagerung von Kapitaleinkommen auf Arbeitseinkommen – ein Prozeß, der in den bisherigen kapitalistischen Hochkonjunkturen immer nur für deren beschränkte Dauer ablief, aber unter den neugesetzten Bedingungen nicht mehr durch die Zinsbarrièren unterbrochen werden kann und eine marktwirtschaftliche Lösung des sozialen Verteilungsproblems ohne sozialstaatliche Umverteilungspraktiken darstellt.

Unabdingbare Voraussetzung einer solchen Wirtschaftsordnung ist freilich der von Monopolen und Oligopolen entlastete, möglichst vollkommene und freie Leistungswettbewerb. Dabei wird die Monopolbildung auf dem Markt des produzierten Produktionskapitals und unbegrenzt vermehrbaren Geldkapitals durch den beschriebenen Wirtschaftsablauf unter Voraussetzung der charakterisierten Geldordnung weitgehend automatisch unterbunden, muß aber auf dem Markt des grundsätzlich beschränkten

natürlichen Kapitals durch eine geeignete zusätzliche Rechtsordnung, vor allem ein soziales Bodenrecht verhindert werden. Es handelt sich um die Konstituierung einer *Wettbewerbsordnung*, die beständig kleine Unterschiede einer breit gestreuten wirtschaftlichen Machtverteilung ausgleicht – im genauen Gegensatz zum kapitalistischen Konkurrenzkampf, der beträchtliche Unterschiede der Machtkonzentration weiter zu vergrößern, also zum Beispiel in Oligopole zu verwandeln strebt.

Wir müssen uns hier mit der globalen Charakterisierung eines Wirtschaftsmodells begnügen, das den Namen einer »marktwirtschaftlichen Ordnung« verdient, und müssen die schwierige Frage der Realisierbarkeit als ein vorwiegend politisches Problem zurückstellen. Denn im vorliegenden Zusammenhang geht es um zwei andere Anwendungen unserer Überlegungen, nämlich erstens auf die praktische Wirtschaftspolitik und zweitens auf die abschließende Klärung der Wirtschaftsprobleme in ihrem Zusammenhang mit den Wirtschaftssystemen. Solange jene »marktwirtschaftliche Ordnung« (noch) nicht besteht, die eine staatliche Wirtschaftspolitik weitgehend überflüssig machen würde, erfordern die auftretenden Probleme wirtschaftliche Maßnahmen, die nicht nur marktgerecht im bisher erläuterten Sinn sind (beispielsweise als »marktwirtschaftliche Antworten auf wirtschaftliche Probleme« im Sinn einiger Referate auf dieser Tagung), sondern marktkonforme Strukturverbesserungen in der Richtung auf das skizzierte Fernziel ermöglichen sollten. Bezüglich der zweiten Anwendung müssen wir noch etwas weiter ausholen und uns zunächst in der erarbeiteten neuen Sicht nochmals mit dem zentralen Problem, also dem Wirtschaftswachstum befassen.

3.3. Wachstumszwang in der kapitalistischen Marktwirtschaft

Die These, daß Marktwirtschaft nur bei fortgesetztem Wachstum funktionsfähig sei, gilt in der Tat für die kapitalistische Marktwirtschaft. Denn sie funktioniert nur, wie wir bereits feststellen konnten, solange der Kapitalertrag – genauer gesagt: der Grenznutzen des investierten Kapitals – über der starren unteren Grenze des Geldzinsfußes liegt, also nur unter der Bedingung, daß das in der Gesamtwirtschaft investierte Kapital genügend hohe Wirtschaftserträge bringt, die ihrerseits zum größten Teil wieder einer vermehrten Investition und Steigerung der Erträge dienen. Der Zusammenhang kann durch zwei von Karl Marx formulierte Wirtschaftsgesetze beschrieben werden mit dem Satz: Das Gesetz der »*Kapitalakkumulation*« bleibt weiter wirksam trotz des »Gesetzes vom *tendenziellen Fall der Profitrate*«. Hieraus ergibt sich eine naheliegende Konsequenz, welche die »klassische«, das heißt prokapitalistische Wirtschaftstheorie verständlicherweise nicht ziehen will und die sozialistische Wirtschaftstheorie betrüb-

licher Weise nicht gezogen hat: Wenn durch die besprochene Überwindung der unteren Zinsschranke der »tendenzielle Fall der Profitrate« sich ohne Hemmung realisieren kann, so wird damit die Tendenz zur Kapitalakkumulation aufgehoben; stattdessen führt die stetige und breit gestreute Kapitalvermehrung zur Verminderung und allmählichen Aufhebung der Zinsbelastung, also auch des Ertrags- und Wachstumszwanges der Wirtschaft und zur allmählichen Überführung des Kapitaleinkommens in Arbeitseinkommen.

Beiläufig darf ich an eine interessante Bestätigung erinnern, die wir auf anderem Weg bei einer früheren Tagung gefunden haben.[6] Wir suchten nach der *Ursache des Wachstumszwangs* mittels der bekannten, alle wesentlichen Faktoren des Wirtschaftsgeschehens umfassenden Formel: P = f (A; K; R; E; W), das heißt die Produktion P der Gesamtwirtschaft ist eine Funktion f der angegebenen 5 Faktoren, und die Frage lautet, welcher von ihnen einen Zwang zu fortgesetzter Steigerung der Produktion ausübt. Wir konnten feststellen, daß Arbeit (A), Rohstoffe (R), Energie (E) unt technisches Wissen (W) zwar notwendig für das Wachstum sind, das heißt es ermöglichen, aber keineswegs erzwingen, sondern im Gegenteil entweder zu einer Sättigung tendieren (nämlich bei A) oder im Fall eines Mangels sogar das Wachstum bremsen (nämlich R und E), während als einziger Faktor das Kapital (K) das Wachstum zur Bedingung seiner Mitwirkung, also letztlich zur Bedingung der Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft macht.

3.4. Organisches Wachstum in freier Wirtschaft

Die Schlußfolgerung aus unseren Überlegungen liegt auf der Hand: Es ist logisch ein Widerspruch zum Begriff der freien Marktwirtschaft und faktisch eine schwere Störung ihrer Funktionsfähigkeit, wenn beständig eine gewisse Mindestrate des Wachstums und damit ein exponentiell ins Absurde ansteigendes Wachstum erzwungen wird und zwar paradoxerweise zugleich aus zwei einander widerstreitenden Prinzipien, nämlich aus dem kapitalistischen Profitprinzip und aus dem sozialistischen Bemühen um Umverteilung und Vollbeschäftigung. Dieselbe logische und faktische Widersprüchlichkeit belastet aber auch den Zwang zum Nullwachstum oder die planwirtschaftlich aufgezwungene Umstellung auf rein qualitatives Wachstum.

Die einer freien Marktwirtschaft angemessene und unter den skizzierten Bedingungen auch tatsächlich mögliche Entwicklung ist einzig und allein das *»organische Wirtschaftswachstum«*, das heißt ein von

6 vgl. Fußnote 6, Seite 8

jedem Zwang freies Wachstum einschließlich gelegentlich möglichen Nullwachstums je nach den gegebenen Bedürfnissen und Bedingungen wie Bevölkerungsvermehrung, spontane (nicht kapitalistisch manipulierte) Änderung der Gewohnheiten und Bedürfnisse, Innovationen durch Erfindungen und technischen Fortschritt, aber auch negative Bedingungen wie Umweltbelastung, Verknappung von Energie und Rohstoffen. Alle diese Umstände wirken über die freie Bildung von Preisen, Zinsen, Arbeitserträgen und über die freien Entscheidungen der Bürger als Konsumenten, Arbeiter, Unternehmer, Investoren steuernd auf die Wirtschaftsentwicklung zurück. Sogar in unserer kapitalistisch korrumpierten und krisengefährdeten Marktwirtschaft erleben wir gegenwärtig das eindrucksvolle Beispiel, daß die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien überfällige, wenn auch leider nicht marktgerecht verlaufende Ölpreis-Steigerung sich einerseits in erhöhter Sparsamkeit, anderseits in der Entwicklung neuartiger, nunmehr lohnender Energiequellen, also in der Selbststeuerung über Nachfrage und Angebot auswirkt und damit endlich – allerdings mit einer gefährlichen Verzögerung – eine bessere Anpassung der Wirtschaft an die sich ändernden Bedingungen veranlaßt.

Wie das gesamte Wirtschaftsgeschehen, so unterliegt auch das organische Wachstum in einer marktwirtschaftlichen Ordnung der *Selbststeuerung* durch Angebot und Nachfrage, und zwar entscheiden sich Tempo und Ausmaß des Wachstums vornehmlich auf dem Kapitalmarkt, also durch die Bildung von Sachkapitalrenten und Geldzinsen. Sie sind vorübergehend hoch in jenen Wirtschaftsbereichen, die noch unerfüllte oder neu entstehende Bedürfnisse befriedigen, und belohnen als Leistungsprämie jede echte Kapitalneubildung zwecks Rationalisierung oder Innovation, um immer wieder unter dem Druck des Leistungswettbewerbes bis zum Schwanken um die Nullgrenze zurückzugehen. Das organische Wachstum der Gesamtwirtschaft ist also ein Nebeneinander und Nacheinander einzelner, jeweils bis zur Sättigung verlaufender Wachstumsprozesse; auch ein gelegentlich mögliches Nullwachstum der Gesamtwirtschaft bedeutet keineswegs Stagnation, sondern dynamische Stabilität ohne Absatz- und Produktionsstockung.

Eine in *diesem* Sinn *freie* Marktwirtschaft ist *zugleich eine im Höchstmaß soziale* mit breit gestreutem hohem Einkommen, das *nur Leistungseinkommen* ist in den verschiedenen Formen von Lohn, Unternehmergewinn und Kapitalbildungsprämie, während Eigentum oder Verfügung über Kapital als solche nicht mehr eine dauernd fließende Quelle leistungslosen Einkommens sein können. Diese marktwirtschaftliche Ordnung beseitigt demnach die wirtschaftlich-sozialen Probleme – bis auf relativ wenige Ausnahme- und Unglücksfälle, die einer an Selbstverantwortung gebundenen sozialen Ab-

sicherung bedürfen –, und sie schafft die Voraussetzungen für eine optimale Lösung – wenn auch nicht eine vollständige und endgültige Überwindung – der wirtschaftlich-technischen Probleme.

Schluß: Verantwortung des Menschen

Es sieht so aus, als hätten wir das am Anfang unserer Überlegungen zitierte Gesamtthema der Tagung aus dem Auge verloren und die »Verantwortung des Menschen« wieder einmal dem berüchtigten »blinden *Marktmechanismus*« geopfert.

In der Tat hat sich im Verlauf der neuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte das Mißtrauen gegen den Marktmechanismus als voll berechtigt erwiesen; das optimistische Vertrauen in die Wirksamkeit des freien Kräftespiels wurde in der klassischen Nationalökonomie und insbesondere von ihrem Begründer Adam *Smith* durch eine vermeintlich »natürliche Harmonie« legitimiert, die das Streben aller Einzelnen nach größtmöglichem Nutzen automatisch zum größtmöglichen Wohl der Gesamtheit lenke, während doch in der rauhen Wirklichkeit partikuläre Kapital- und Machtintereressen – mit Einschluß der banalen Wortbedeutung »Zinsen« für »Interessen« – sich auf Kosten der arbeitenden Menschen und zum Schaden des Gesamtwohles durchsetzten.

Die *Verantwortung und Selbstverantwortung des Menschen* muß sich zum ersten in der Einsicht bewähren, daß die *Selbststeuerung einer freien Marktwirtschaft* nicht »von selbst« oder aus einer »natürlichen Harmonie« entsteht, sondern *durch eine geeignete Rechtsordnung geschaffen und geschützt werden muß* – ebenso wie eine automatisch durch eine Vielzahl von Regelkreisen gesteuerte Technik von einem Ingenieur geschaffen und beständig überwacht werden muß. Zum zweiten ist eine marktwirtschaftliche Ordnung nur deshalb (und nur so lange) funktionsfähig, also zugleich sozial gerecht, weil der Einzelne nicht an anonyme bürokratische Institutionen, sozialstaatliche Verfügung und wirtschaftliche Machtmonopole hilflos ausgeliefert ist, sondern *durch eigene, freie und selbstverantwortliche Entscheidungen das gesamte Wirtschaftsgeschehen mitbestimmt,* wobei zum Beispiel der Geldschein des Käufers als »demokratischer Stimmzettel« ein wirksames Votum für Umfang und Art der Produktion darstellt. Zum dritten funktioniert die marktwirtschaftliche Selbststeuerung nur in der Weise, daß ein dynamisch pendelndes Gleichgewicht aufrecht erhalten oder an langsame Veränderungen der Bedingungen laufend angepaßt wird; aber es gibt keine Selbststeuerung, die eine plötzliche, starke oder neuartige Veränderung, etwa durch eine umwälzende Erfindung oder eine

Naturkatastrophe – ganz zu schweigen von den politisch verschuldeten Katastrophen – automatisch verkraften könnte. Daher ist *der Mensch* nie aus seiner geschichtlichen Verantwortung entlassen, sondern *bleibt jederzeit verantwortlich für eine Gestaltung seiner biologischen und sozialen Umwelt,* die nicht nur sein Überleben ermöglicht, sondern eine freie Entfaltung wahren Menschentums erlaubt und fördert.

Ökologische Grenzen und Industriegesellschaft*

Manfred Fischer

1. Ökologische Grenzen

In der Natur beobachtet man, daß die Dichten der verschiedenen in einem Ökosystem koexistierenden Arten bei festen Werten liegen, die dadurch ausgezeichnet sind, daß sie nach einer Störung des Systems wieder angestrebt werden. Für die zahlenmäßige Begrenzung einer jeden Art sorgen hauptsächlich die folgenden Mechanismen:

(A) Beschränkung der abiotischen Faktorausstattung eines Biotops (Temperatur, Lichteinfall, Nährstoffe, Wasser, Raum). Jeweils der knappste der für die Existenz einer Art notwendigen Faktoren wirkt begrenzend. Verschiedene Konkurrenzmechanismen sorgen innerhalb einer Art für ständige Anpassung an das schwankende Faktorangebot.

(B) Die abgestorbenen Exemplare einer jeden Population und die Exkremente der lebenden gelangen in die Umwelt. Wird die Populationsdichte so hoch, daß die physikalisch-chemischen und biologischen Reinigungsprozesse mit dieser Belastung nicht mehr fertig werden, so tritt eine Selbstvergiftung der Population auf.

(C) Die verschiedenen Arten in einem gemeinsamen Lebensraum (Biotop) bilden eine Nahrungspyramide, an deren Basis die grünen Pflanzen stehen. Von diesen ernähren sich die Pflanzenfresser, die wieder die Beute verschiedener Fleischfresser bilden. Räuber-Beutesysteme sind selbstgeregelt, der Zuwachs der Räuberpopulation führt zu einer Dezimierung der Beute, kommt aber spätestens dann zum Stehen, wenn die letztere von Ausrottung bedroht ist. Äußerst vielfältig sind die Mechanismen der Konkurrenz, die zur Anwendung gelangen, wo immer mehrere Arten in einem Biotop die gleichen Ressourcen nutzen.

2. Die Anwendbarkeit des ökologischen Grenzbegriffs auf die Gesellschaft

Angesichts immer neuer Umweltkatastrophen, der Gefahr einer zunehmenden Auslieferung der Gesellschaft an großtechnische Sachzwänge sowie an politische Pressionen der Rohstoffländer und die nicht immer sehr überzeugenden Versuche unserer Parteien und der von ihnen getragenen Regierungen, mit diesen Problemen fertig zu werden, wächst der Chor der

* Vortrag, gehalten anläßlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 14.–20. Juli 1978 in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching/Ammersee. Grundlage dieses Vortrages ist eine Veröffentlichung des Verfassers unter gleichem Titel. (Publikation 151 - P - 4. 78)

Kritiker der bisherigen, einseitig auf Wachstum gerichteten Wirtschaftspolitik und scheint sich gegenwärtig zu einer eigenen politischen Kraft zu formieren. Einer der Wortführer der »grünen« Bewegung ist Herbert *Gruhl*, der seine politische Argumentation in einem 1975 erstmalig erschienenen Buch[1] sehr stark auf naturgesetzliche, insbesondere ökologische, Zusammenhänge abstützt: »Diese Bestandsaufnahme kommt zu dem Ergebnis, daß die Menschheit nur noch einige wenige 'Erfolge' braucht, damit ihr der Untergang sicher ist«. (a. a. O., S. 12). Als einzige ökologisch mögliche Alternative wird eine Reduzierung der Weltbevölkerung auf die Zahl und den Lebensstandard von 1850 (1,25 Mrd. Menschen, versorgt durch eine vorindustrielle Landwirtschaft, a. a. O., S. 167) angegeben. Dabei ist *Gruhl* weniger die unkritische Übernahme gewisser Daten aus der Literatur – insbesondere der Meadowschen Angaben über die Lebensdauer der Rohstoffvorräte – vorzuwerfen, als die Übertragung des für Tierpopulation geltenden ökologischen Begrenzungsmodells auf den Menschen.

Von der Dezimierung durch Raubtiere oder Parasiten hat der Mensch sich weitgehend befreit, seine Technik gibt ihm auch eine klare Überlegenheit im Kampf um die Nahrungsressourcen gegenüber allen anderen Arten. Vor allem kann er, und hier liegt ein grundsätzlicher Unterschied zu allen anderen Arten, seine Nahrungsbasis durch gezielten Eingriff in das ökologische Gefüge nachhaltig und – wie die landwirtschaftliche Erfahrung zeigt – dauernd erweitern.

Auch *Gruhl* konzentriert sich auf die von uns unter (A) und (B) genannten Begrenzungsmechanismen, die sich in Anwendung auf die Gesellschaft als

(a) Ressourcenproblem – vornehmlich als Erschöpfung der mineralischen Rohstoffvorkommen – und
(b) als Umweltproblem (Vergiftung der Ökosphäre durch die Abfälle der Produktion und des Massenkonsums, Klimaänderung durch Abwärme).

darstellen.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, um einzusehen, daß das exponentielle Wachstum von Bevölkerung und materiellem Verbrauch im globalen Maßstab nicht für alle Zeiten fortgesetzt werden kann. Bevölkerungszahl und spezifischer Verbrauch müssen stabilisiert werden, die Frage ist: auf welchem Niveau und in welcher Zeit? In der Antwort auf diese Fragen unterscheide ich mich allerdings wesentlich von den Ansichten, die *Gruhl* in seinem Buch vorlegt.

1 H. *Gruhl:* Ein Planet wird geplündert, Frankfurt/M. 1975

3. Ressourcenprobleme in der Menschheitsgeschichte

Der Urmensch war Großwildjäger und Sammler vorwiegend in den Steppengebieten. Wie für jede Räuberart hatten diese Ökosysteme eine gewisse Tragfähigkeit (0,01–0,1 $^{cap}/km^2$). Im Neolithikum überwand der Mensch diese »Raubtiergrenze« durch Erweiterung seiner Nahrungsbasis, wobei er aber nicht nur wie andere Allesfresser vermehrt auf Wildpflanzen auswich, sondern besonders ertragreiche Gräser durch planmäßige Zucht und Anbau auf Kosten anderer Pflanzenarten so vermehrte, daß eine höhere Besiedlungsdichte (1–10$^{cap}/km^2$) möglich wurde. Dieses erworbene Verhalten wurde nicht länger genetisch, sondern kulturell weitergegeben und weiterentwickelt (Bewässerung, Vorratbildung, Tempelwirtschaft, Städtebildung), und zwar innerhalb weniger Jahrtausende,[2] während die biologische Evolution ca. 100–1000 mal länger dauert. Diese vorindustrielle Landwirtschaft bediente sich weitgehend animalischer Energiequellen und biologischer Verfahren der Nährstoffrückführung oder -anreicherung. Durch Expansion in der Fläche ermöglichte sie eine laufende aber langsame Erhöhung der Erdbevölkerung, bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Tragfähigkeitsgrenze jedenfalls in Europa erreicht wurde (Malthus-Grenze, »*Pauperismus*«, *Kartoffel als Hauptnahrungsmittel*). Eine Durchbrechung dieser Grenze geschah durch eine gewaltige Steigerung des Energieeinsatzes je Hektar in Form von Kunstdüngern, intensiver mechanischer Bearbeitung und neuerdings Pestiziden. Die wesentlich höhere landwirtschaftliche Produktion – und damit die Ernährung einer wesentlich vergrößerten Weltbevölkerung – ist nur möglich aufgrund einer ständigen industriellen Versorgung der Landwirtschaft mit den ebengenannten Schlüsselprodukten. Bräche die Industrie – wie *Gruhl* glaubt aufgrund der Erschöpfung der Rohstoffvorräte – zusammen, so müßte auch die Landwirtschaft – und damit die globale Bevölkerungszahl – wieder in ihren vorindustriellen Zustand zurückkehren: »Der künstliche Produktionskreis *der Industriegesellschaft zehrt sich selbst auf. Je gigantischer dieser Kreis* ausgebaut wird, umso schneller vernichtet er seine eigene Grundlage: die einmaligen Grundstoffe. Dieser künstliche Kreislauf ist eine vorübergehende Erscheinung der Erdgeschichte, der früher oder später mangels Nachschub in sich zusammenfällt« (*Gruhl*, a. a. O., S. 165).

Die Möglichkeit, den »künstlichen Produktionskreis« durch bereits absehbare[3] Rezyklierungstechniken praktisch zu schließen und damit auf

2 Vgl.: *Leonhard:* Die ersten Ackerbauern, Reinbeck 1977 (Rowohlt) und ausführlicher *Cohen*, M. N.: The Food Crisis in Prehistory, New Haven-London 1977 (Yale University Press)

3 *Goeller/Weinberg:* The Age of Substitutability in: Materials, AAS-Series, No. 4, Washington 1976 (Hrsg. von der Redaktion der Zeitschrift »Science«)

unabsehbare Zeiten zu stabilisieren, diskutiert *Gruhl* zwar (»Der Schwindel von der 'Substitution'«), verwirft sie aber, offenbar in Unkenntnis neuer Arbeiten.

4. Stabile Szenarien

Da weder eine Rückkehr zu vorindustriellen Zuständen noch eine dauernde Fortsetzung des gegenwärtigen Wirtschaftswachstums mit dem Fortbestand einer sozialstaatlichen Demokratie und der Bewahrung unserer kulturellen Traditionen vereinbar zu sein scheinen (s. u. 5.), muß die Wissenschaft die Frage untersuchen, unter welchen Bedingungen der materielle Bedarf einer zahlenmäßig stabilen Weltbevölkerung dauernd befriedigt werden kann (»stabiles Szenarium«). Solche Überlegungen finden sich in der oben genannten Arbeit von *Goeller* und *Weinberg*. Notwendige Voraussetzung ist die Kreislaufführung der nicht regenerierbaren und nicht ersetzbare Rohstoffe. Dazu gehören einmal die für den Aufbau der lebenden Zelle notwendigen Stoffe wie Phosphat, Stickstoff, Schwefel und eine Reihe von Spurenelementen.

Prüft man das Verhältnis von Rohstoffreserven und jährlichem Verbrauch für die verschiedenen essentiellen Nährstoffe durch, so dürfte am ehesten der Phosphor knapp werden. Stellt man sich in einem Gedankenexperiment die gesamten Phosphatvorräte der Erde in einen geschlossenen Kreislauf jährlich einmal umgeschlagen vor, so könnte man damit 10 000 Mrd. Menschen versorgen. Eine solche Bevölkerungszahl wäre jedoch kaum erstrebenswert. Denkt man sich stattdessen die Weltbevölkerung versuchsweise bei 10 Mrd. stabilisiert, so würde man also nur einen kleinen Teil der globalen Reserven in geschlossenen Kreisläufen[4] (Aufbereitung der Abwässer, Eindämmung der Abschwemmungsverluste) zu führen haben, um die Ernährung auf praktisch unbegrenzte Zeit zu sichern. Den dazu nötigen Energieverbrauch haben die genannten Autoren ebenfalls abgeschätzt.

Bei der Diskussion der zukünftigen Wege der Nahrungsmittelerzeugung darf auch die Möglichkeit der synthetischen Erzeugung von Stärke, Fetten und Proteinen nicht übersehen werden. Die landwirtschaftliche Nutzfläche könnte dann überwiegend zur Erzeugung solcher Pflanzenstoffe und Tierprodukte herangezogen werden, die, mit den synthetischen Produkten gemischt, akzeptable Nahrungsmittel ergeben würden.

Eine weitere, für die Industrie unersetzliche, Stoffgruppe bilden die Metalle, hauptsächlich in ihrer Funktion als Strukturmaterialien für Maschinen und als elektrische Leiter. Rein physikalisch steht einer

4 Eine Möglichkeit, die *Gruhl*, a. a. O., S. 106 rundweg abstreitet.

Substitution aller anderen Metalle in diesen Funktionen durch Eisen und Aluminium nichts entgegen. Technisch-wirtschaftlich mögen sich auf dem Wege zur Substitution mancher Metalle, etwa gewisser Stahlveredler, politische oder technische Engpässe bemerkbar machen – ein totaler Zusammenbruch unseres Wirtschaftssystems ist deswegen aber nicht zu befürchten. Der Gehalt der Erdkruste an Eisen- und Aluminiumoxyden und deren ziemlich gleichmäßige Verteilung läßt langfristig keine grundsätzlichen Probleme bei der Metallversorgung erwarten, zumal in einer Kreislaufwirtschaft nur die unvermeidlichen Verluste zu decken wären. *Goeller/Weinberg* haben auch den bei der Aufbereitung minderwertiger Erze notwendigen Energiemehrverbrauch geschätzt, für die gesamte Rohstoffversorgung sind einige kW pro Kopf der Weltbevölkerung notwendig. Insgesamt kann man jedem Erdbewohner dieser stabilen Welt etwa 10 kW zur Verfügung stellen, wobei man wahrscheinlich auch noch nicht in Klimaprobleme kommen würde. Allerdings kann dieser Energieverbrauch nicht mehr aus fossilen Vorkommen gedeckt werden, sondern muß direkt aus Kernbrennstoffen oder durch Umwandlung von Sonneneinstrahlung gespeist werden.

Der Entwurf und die Untersuchung stabiler Szenarien hat gerade erst begonnen. Noch sind viele Fragen ungeklärt. Ob sich die Bevölkerungszahl in den heutigen Entwicklungsländern nach dem in den europäischen Industriestaaten beobachteten Muster stabilisieren wird und wie schnell dieser Prozeß verlaufen würde, ist ungewiß. Eine neue Wirtschaftsordnung, die das Interesse dieser Länder an einer echten Zusammenarbeit mit den Industrieländern stärkt, würde sich sicher günstig auswirken. Da über die weltpolitische Entwicklung aber keinerlei Prognosen möglich sind, wird man auch untersuchen müssen, ob eine isolierte Stabilisierung einzelner Länder oder Staatengruppen möglich ist. Die bisher naturwissenschaftlich und technologisch ausgerichteten Untersuchungen stabiler Szenarien müssen daher durch wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Analysen ergänzt werden.

5. Der stabile Zustand als politisches Ziel

Wenn man mit *Goeller/Weinberg* der Ansicht ist, daß die Wirtschaftsentwicklung auf verschiedenen Niveaus stabilisiert werden kann und daß die Übergangsperiode mehrere Generationen in Anspruch nehmen dürfte, muß man eine politische Begründung für den Übergang in einen stabilen Zustand geben.

Die Erfahrungen der Umweltpolitik zeigen, daß bloße Appelle an die Einsicht, an die Liebe zur Natur und dergleichen nicht ausreichen. *Ich möchte hier die These aufstellen und begründen, daß eine ständig fort-*

schreitende Einschränkung der politischen Freiheit der Preis weiteren materiellen Wachstums wäre.

Der Zusammenhang zwischen politischer Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung hat sich geschichtlich gewandelt. Auf einer niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstufe hat nur eine kleine Bevölkerungsschicht die ökonomische Unabhängigkeit, den Einfluß und die Ausbildung, die zu einer aktiven Teilnahme am politischen Leben notwendig sind. Solange die Arbeiterschaft dem »ehernen Lohngesetz« unterworfen war, konnte sie nicht politisch tätig werden. Mit wachsendem wirtschaftlichen Wohlstand breiter Bevölkerungskreise führte in allen westlichen Industrieländern der Weg von der Honoratiorendemokratie des 19. Jahrhunderts zur modernen Massendemokratie und zum Sozialstaat.

Von einem gewissen, in unserem Lande wohl erreichten, Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung kehrt sich der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und verwirklichter Demokratie aber um, wie folgende Beobachtungen belegen:

- die Industrialisierung und die technische Entwicklung führen zur Ballung wirtschaftlicher Macht in den Händen politisch anonymer Gremien: Vorstände, häufig multinationaler Großunternehmen, die weder durch die Kapitaleigentümer noch durch die Politik wirksam kontrolliert werden können. Die wirtschaftliche Entwicklung erlangt eine Eigendynamik, der Staat verkommt – gerade im Interesse der sozialen Sicherheit – zum Erfüllungsgehilfen des Kapitals und seiner Verwertungsinteressen. Er muß im Bereich der Infrastruktur ständig höhere Vorleistungen erbringen, um weiteres Wachstum zu sichern, Vorleistungen deren Folgekosten, zum Beispiel Umweltschutz, ihn gleichzeitig erneut belasten,
- im kommunalen Bereich, dort wo der Bürger Demokratie noch am ehesten konkret vollziehen kann, werden Standortentscheidungen zur formalen Farce, weil ein Landkreis zum Beispiel nicht über Bau oder Nichtbau eines Großkraftwerks entscheiden kann, das wesentlich zur Grundlastdeckung eines ganzen Bundeslandes beiträgt,
- Standortentscheidungen werden mehr und mehr zu Wertkonflikten, die nicht mehr kompromißfähig sind (zum Beispiel Arbeitsplatzsicherung contra Erhaltung von Kulturlandschaft). Damit muß aber eine übergeordnete Instanz – das heißt konkret: staatliche Bureaukratien oder Gerichte – den Konflikt durch pure Dezision beenden, wodurch mindestens politische Frustration, politische Apathie, Anfälligkeit für Extremismus und politischen Irrationalismus oder Gewalttätigkeit erzeugt werden,
- in dem Maße wie ökologische Begrenzungen durch Technik hinausgeschoben werden und die natürliche Umwelt durch technische Konstrukte ersetzt bzw. am Leben gehalten wird, wächst die Anfälligkeit des materiellen

Versorgungssystems gegen natürliche, vor allem aber aus der Gesellschaft selber kommende Störungen (Streiks, politische Konflikte, Terrorismus, Krieg). Folglich müssen solche Störungen schon im Entstehen verhindert, die Gesellschaft muß diszipliniert werden, Reglementierung, Gängelung, polizeiliche oder behördliche Überwachung immer weiterer Bevölkerungskreise werden nötig. Die Disziplin, die in einem Großbetrieb herrscht, wird notwendig zum allgemeinen Lebensstil (»Raumschiffökonomie«). Gewisse Vorgänge im Zusammenhang mit der Kernenergie illustrieren diese Entwicklung.

6. Probleme auf dem Wege in die Stabilität

Umwelt

In der Studie über die »Grenzen des Wachstums« wurden der lokale Charakter der meisten Umweltprobleme und das Potential des technischen Fortschritts in diesem Bereich gründlich verkannt. In den meisten Entwicklungsländern, die noch an den stabilen Zustand heranwachsen können, dürften die indirekten Auswirkungen der Industrialisierung – durch bessere Ausstattung des Gesundheitswesens und verbesserte Ernährung der Bevölkerung – *die emissionsbedingten Gesundheitsschäden mehr als ausgleichen.*

Die Steigerung des CO_2-Gehaltes in der Atmosphäre und die ständig wachsende Verästelung des nuklearen Brennstoffkreislaufes erfordern allerdings höchste Aufmerksamkeit und könnten sich als die kritischen Passagen des Übergangs erweisen. Durch die großzügige Förderung internationaler ökologischer Programme dürfte sich am ehesten eine weltweite Solidarität *der Experten bilden, die dann auch auf die nationalen Entscheidungszentren* zurückwirken könnte.

Bevölkerungswachstum

Da in dem Szenarium von *Goeller/Weinberg* eine gegenüber *Gruhl* 10-fach größere Bevölkerungszahl zugelassen wird, kann man der Selbstbremsung (durch Wohlstandsentwicklung und freiwillig praktizierte Geburtenbeschränkung) *gelassen entgegensehen. Jedoch ist die Prognose*sicherheit in diesem Bereich wegen der Unberechenbarkeit der Individuen am geringsten.

Beschäftigung und Wachstum

Im Gegensatz zu Herrn *Gruhl* bekenne ich mich zum Grundrecht auf Arbeit.[5] Unser Gemeinwesen beruht auf Arbeit und wird durch Arbeit

5 A. a. O., S. 160 nennt *Gruhl* das Recht auf Arbeitsplätze eine »totale Perversion«, weil dies im Zusammenhang mit steigender Produktivität nur zu einem ständigen Produktionswachstum und steigendem Konsumzwang führe.

gestaltet und weiterentwickelt. In einer Demokratie hat jeder Bürger das Recht, an diesem Gestaltungsprozeß teilzunehmen, das heißt, er muß das Recht haben, zu arbeiten. Vor der Industrialisierung lebten 90% der Bevölkerung und mehr im Existenzminimum.[6] Darum war es selbstverständlich, daß die Industrialisierung vor allem der materiellen Produktion diente und der technische Fortschritt der Steigerung der Produktivität, denn nur so konnte die dringend nötige Steigerung der Pro-Kopf-Versorgung auch bei wachsender Bevölkerung erreicht werden. Dies ist die Situation auch heute noch für 2/3 der Weltbevölkerung.

In einer stabilen Welt könnten der materielle und energetische Verbrauch allerdings nur in dem Maße gesteigert werden, wie der feste Gesamtdurchsatz besser genutzt wird. Informationstechniken und Dienstleistungen werden einen wachsenden Anteil des Bruttosozialproduktes ausmachen, da der Grundbedarf gedeckt ist, ebenso die Erstellung öffentlicher Güter. Der Einzelne wird mehr Zeit haben, um sich seiner Familie und Nachbarschaft zu widmen und intensiver am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Untersuchungen, die an verschiedenen Stellen ausgeführt worden sind, deuten darauf hin, daß der Übergang zu einer rationelleren Energienutzung einen im Saldo positiven Beschäftigungseffekt haben würde – bei allerdings stagnierender Gesamtproduktivität. In der Realität bedeutet das für die Übergangsphase, daß das Einkommen an Verschleißgütern langsamer wächst, während die Lebensqualität infolge verringerter Umweltbelastung oder dergleichen zunimmt.[7]

Marktmechanismus und Strukturwandel

Wir haben gesehen, daß der Umgang der Gesellschaft mit der Natur immer technisch vermittelt gewesen ist, die technische Entwicklung gehört unauflöslich zur menschlichen Existenz. Ein ökologisch stabiler Zustand erfordert eine veränderte Wirtschaftsstruktur, aber auch – und nicht zuletzt – eine veränderte Technik. Technischer Wandel kann nicht zentral verordnet und gesteuert werden, bürokratische Organisationen haben hier in der Regel versagt, dagegen hat sich der Markt als dezentraler Steuerungsmechanismus insofern bewährt, als er durchaus in der Lage ist, eine kohärente, geordnete Entwicklung hervorzurufen. Unter dem Druck des Konkurrenzmechanismus hat sich die Leistungsfähigkeit technischer Aggregate kontinuierlich gesteigert. Dabei kann der Marktmechanismus durchaus unterschiedlichen Zielen dienstbar gemacht werden, und es ist nach

6 Das Existenzminimum ist keine physiologische Größe, sondern eine soziale: in Los Angeles gehört das Auto zum Existenzminimum, in Paris nicht. Es ist daher einem historischen Wandel unterworfen.

7 Vgl. *Biswanger* et al.: *Nawu*-Report, Frankfurt/M. 1978

wie vor die vornehmste Aufgabe der Politik, die relative Gewichtung konkurrierender Ziele und Interessen zu bestimmen, statt, wie in der Energiepolitik, die konkrete Ausformung von den Energiekosten, die weitgehend das Ergebnis einer an den wirtschaftlichen Zielen der Vergangenheit ausgerichteten technischen Entwicklung sind, abhängig zu machen.

In der ersten Phase der Industrialisierung diente die Wirtschaftspolitik einseitig den Interessen des Kapitals, der Ausbeutung der Arbeitskraft waren kaum Grenzen gesetzt, die Gewerkschaften wurden behindert oder unterdrückt. Der moderne Sozialstaat hat für die Waffengleichheit in der Auseinandersetzung der Tarifpartner gesorgt. Dadurch haben sich die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit enorm gesteigert. Folglich ist der technische Fortschritt überwiegend der Senkung der Lohnstückkosten, bzw. der Steigerung der Arbeitsproduktivität zugute gekommen. Die Folgen sind bekannt, der technisch-wirtschaftliche Fortschritt ging teilweise zu Lasten der Natur.

Will man das Stabilitätsziel ohne die von *Gruhl* für unvermeidbar gehaltene Zwangswirtschaft durch marktkonforme Steuerung der technischen Entwicklung erreichen, so kann man dies durch gesetzliche Verschiebung der relativen Kosten für Arbeit und Energie bzw. Rohstoffe. Der Schwede G. *Walin* hat vorgeschlagen (Dagens Nyheter 7. 1. 77), die relativen Preise von Energie und Arbeit zugunsten der letzteren durch eine geeignete Besteuerung zu ändern.

Übertragen auf die Verhältnisse der Bundesrepublik ergäben sich bei einer zusätzlichen Besteuerung der Kilowattstunde mit zum Beispiel 0,10 DM und der sonstigen Nutzenergie mit 200 DM/tSKE staatliche Mehreinnahmen von etwa 90 Mrd. DM (300 TWh x 0,1 DM/kWh + 300 Mio t SKE x 200 DM/t SKE) oder etwa 3600 DM je Beschäftigten. *Walin* schlägt vor, diesen Beitrag zur Hälfte den Arbeitnehmern, durch eine entsprechende Senkung der Lohnsteuer, und den Unternehmen, durch Senkung der Arbeitgeberabgaben, zukommen zu lassen.

Der Vorschlag hat den großen Vorteil, die Höhe der Staatseinkommen ebenso unberührt zu lassen wie die Gesamtkostenbelastung der Volkswirtschaft im Vergleich mit dem Ausland. Dagegen kann man eine Reihe energie- und umweltpolitisch bedeutsamer Struktureffekte erwarten. Energiesparende Investitionen werden in allen Wirtschaftsbereichen attraktiver, der Rationalisierungsdruck auf die Beschäftigung läßt nach. Branchen, die, wie die Grundstoffindustrie energie- und kapitalintensiv sind, werden durch das neue Steuersystem gegenüber solchen benachteiligt, die auf höheren Veredlungsstufen tätig sind. Dieser Strukturwandel liegt ganz auf der Linie der erwarteten Veränderung der internationalen Arbeitsteilung. Da Energieeinsparungen, Solarenergienutzung etc. sich nun auch für den

Konsumenten auszahlen und entsprechende Ausrüstung sich schneller amortisiert, ist mit einer wachsenden Nachfrage in diesem Sektor – mit entsprechenden positiven Beschäftigungseffekten – zu rechnen. Die Energiepolitik könnte sich vermutlich auf ein langsameres Ausbautempo einstellen, die staatliche Steuerungskapazität und der Kapitalmarkt würden entlastet. Daß alle diese Entwicklungen mit einer Entlastung der Umwelt einhergehen würden, liegt auf der Hand.

Um den Vorschlag prüfen zu können, müßte man nicht nur empirische Untersuchungen zur Preiselastizität der Energienachfrage verschiedener Verbrauchergruppen auswerten, sondern auch den Einfluß der Energiepreise auf die technische Entwicklung analysieren. Außerdem würde natürlich das Aufkommen aus der vorgeschlagenen Energiesteuer gerade dann eine rückläufige Tendenz zeigen, wenn die Steuer in dem von *Walin* intendierten Sinn wirkt. Die daraus resultierenden Probleme müßten ebenfalls noch näher untersucht werden.

Das Ziel, eine Industriegesellschaft in ein dauerndes Gleichgewicht mit der Biosphäre zu bringen, kann nicht der traditionellen Umweltpolitik allein überlassen bleiben, sondern muß sich auf die gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Technologiepolitik auswirken. Ihre Rechtfertigung gewinnt sie aus der Erkenntnis, daß eine dauernde Fortsetzung des materiellen Wirtschaftswachstums nur in einer totalen Technokratie enden könnte.

Ökonomie und Ökologie

– Marktwirtschaftliche Antworten auf das Problem der Umweltbelastung* –

Hans-Joachim Pfüller

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe mich sehr gefreut, als ich die Einladung erhielt, vor diesem Kreis zu sprechen. Leider bin ich gestern erst nach dem Vortrag von Herrn Dr. Gruhl eingetroffen, habe aber die anschließende Diskussion noch verfolgt, so daß ich ein Vorstellungsbild habe, woruber Herr Dr. Gruhl gesprochen hat. Meines Erachtens ist dies Referat ein guter Diskussionsansatz. Kontroverse Ansichten bieten immer die Möglichkeit, in der kritischen Diskussion die Argumente zu prufen.

Vielleicht ganz kurz einige Worte zu meinem Lebenslauf: *Ich bin in Münster/* Westfalen geboren. Nach einem einjährigen USA-Aufenthalt legte ich mein Abitur am Gymnasium Walsrode in der Lüneburger Heide ab. Zunächst habe ich das Studium der Ökonomie in Bochum aufgenommen. Nach der Zwischenprüfung setzte *ich mein Studium an der Universität in Kiel fort. In Bochum* habe ich vor allen Dingen bei Professor Dr. Besters studiert und in Kiel bei den Professoren Dr. Albers und Dr. Kolms und insbesondere im Weltwirtschaftsinstitut bei Professor Dr. Giersch.

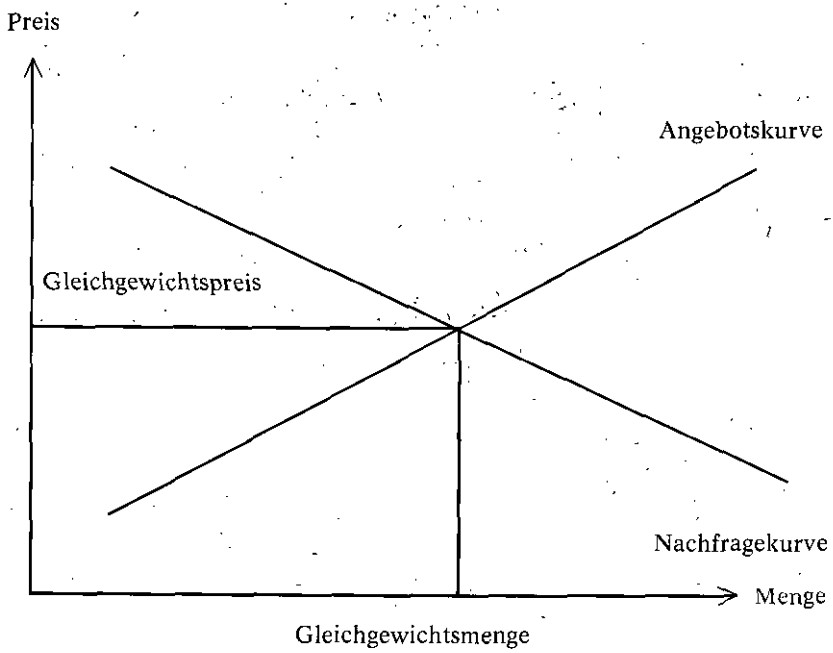
Das zeigt auch, daß ich mich mehr mit der *marktmäßigen* Sicht der ökonomischen Probleme beschäftigt habe. Ich hoffe, daß ich heute morgen die Möglichkeit finde, Ihnen meine Vorstellungen so zu vermitteln, daß Sie auch Freude daran haben. Vor allen Dingen geht es mir darum, daß wir das Konzept nach dem Vortrag gemeinsam erörtern können; denn ich habe aus anderen Vorträgen die Erfahrung gewonnen, daß sich leicht Mißverständnisse einschleichen, wenn der Referent sofort nach seinem Vortrag das Haus verläßt. Vor allen Dingen, wenn es um marktwirtschaftliche Lösungen von Problemen geht, denn der Bereich Umweltschutz, über den wir heute sprechen wollen, wird in großen Teilen der Presse und der Medien heute behandelt, und viele Kommentatoren behaupten, daß der Umweltschutz typischerweise nach einer staatlichen Lösung verlangt. *Da die Umwelt*verschmutzung grenzüberschreitende Probleme aufwirft, wird vielfach selbst der nationalstaatlichen Lösung keine Chance eingeräumt; Hilfe wird vor allen Dingen von der Brüsseler Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft erwartet.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst auf etwas eingehen, das vielleicht ein bißchen trivial klingt, vielleicht auch so aussieht, aber doch eine ganz gute Einführung ist.

Zunächst wollen wir uns über den Markt an sich ein paar Augenblicke unterhalten. Sie wissen, wenn Ökonomen einen Markt geometrisch darstellen, sieht es wie folgt aus:

* Vortrag, gehalten anläßlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching/Ammersee vom 14. – 20. 7. 1978.

Schaubild Nr. 1



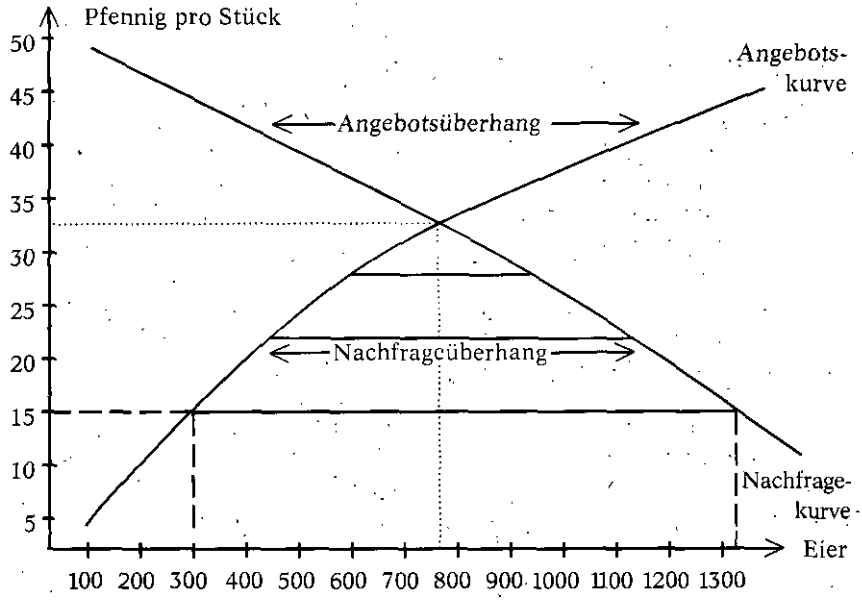
Wenn wir uns in diesem Seminar mit dem Markt beschäftigen, sollten wir vielleicht als Denkmodell den Eiermarkt nehmen, den Wochenmarkt als ganz banale Eingangsvoraussetzung. Sie wissen, daß Sie beim Einkauf auf dem Wochenmarkt eine gewisse Preisvorstellung vor Augen haben. Wenn Ihnen Eier pro Stück für DM 1.00 angeboten werden, ziehen Sie das Angebot nicht näher in Betracht. Werden dagegen Eier für 12 Pfennig angeboten, vorausgesetzt die Qualität ist gut, kommen Sie zu der Meinung, daß es sich um ein sehr günstiges Angebot handelt. Wir können also davon ausgehen, daß auf einem Wochenmarkt bei marktwirtschaftlichem Verhalten der Käufer wie der Anbieter eine gewisse innere Preisvorstellung bei den Marktteilnehmern besteht.

Der Staat braucht also keinen administrierten Preis zu verordnen, der auch gar kein Preis wäre, sondern eine willkürlich vorgegebene Zahl. Die Marktteilnehmer haben vielmehr die Möglichkeit, sich je nach ihrem individuellen Anspruch das ihrer Meinung nach günstigste Angebot herauszusuchen. Ist am Markttag der Eierpreis sehr niedrig, dann können Sie in aller Regel davon ausgehen, daß die Verkäufer nur ein sehr geringes Eierangebot zum Verkauf bereitstellen, das heißt die entsprechende Angebotskurve verläuft wie in Schaubild Nr. 2 gezeigt.

Der niedrige Eierpreis ist die Ursache, daß die Käufer möglichst viele Eier erwerben wollen. Sie treffen allerdings auf ein knappes Angebot. Die Folge davon ist, daß nicht alle Marktteilnehmer ihre Kaufabsichten realisieren können. Die Nachfrage übersteigt das Angebot, wie Schaubild Nr. 2 zeigt.

Es ist möglich, das Angebot und die Nachfrage geometrisch in Form einer Geraden oder einer Kurve darzustellen. Oberhalb des Schnittpunktes (Preis: 0,32 DM, Menge: 780 Eier) von A und N finden wir ein Ungleichgewicht (Angebotsüberhang, unterhalb ist es der Nachfrageüberhang). Der Ausgleich findet nur im Schnittpunkt AN (Preis: 0,32 DM, Menge: 780 Eier) statt.

Schaubild Nr. 2:



Beim Preis von DM 0,15 werden 1320 Einheiten nachgefragt, aber nur 300 Einheiten angeboten, die Differenz von 1020 Einheiten wird als Nachfrageüberhang bezeichnet, auf Seiten der Käufer bestand der Wunsch, 1020 Einheiten mehr zu erwerben, als von den Verkäufern beim Preis von DM 0,15 angeboten wurden.

Oberhalb des Gleichgewichtspreises von DM 0,32 (780 Einheiten) öffnet sich in der Zeichnung die Schere des Angebotsüberhangs. Je höher der

Preis, umsomehr Ware wird von den Verkäufern angeboten, aber umsogeringer der Wunsch der Käufer etwas zu erwerben.

Wir müssen uns von vornherein darüber einig sein, daß dieser Ausgleich nicht nach irgendwelchen Wertvorstellungen der Gerechtigkeit stattfindet. Ob der Schnittpunkt AN einen gerechten Preis repräsentiert, ist eine ganz andere Frage. AN ist ein technischer Ausgleich, etwas Ähnliches haben wir an der Börse. Man kann nicht den Anspruch stellen, daß der Schnittpunkt der beiden Geraden den Preis repräsentiert, der im allgemeinen Bewußtsein als gerecht zur Deckung der kulturellen Bedürfnisse der Menschen angesehen wird. Der Marktmechanismus ist ein rein technischer Mengen-Preisausgleich. Erlauben Sie mir noch einen weiteren Hinweis: Der funktionsfähige Markt ist in der Lage, einseitig strukturierte Macht abzubauen.

Das ist zunächst eine These, die vielleicht etwas gewagt klingt. Diejenigen unter Ihnen, die die Währungsreform noch aktiv miterlebt haben, werden sich erinnern, daß ein Besuch beim Einzelhändler *vor* der Währungsreform im allgemeinen so aussah, daß Sie zum Verkäufer sehr freundlich sein mußten, denn außer Ihrem notwendigen Bezugsschein mußten Sie auch noch gute Worte einlegen, um vielleicht einmal, wenn Sie Besuch hatten, etwas mehr von der einen oder anderen Ware zu bekommen. Das Verhalten dieser Einzelhändler hat sich, nachdem die D-Mark eingeführt worden ist, sehr gewandelt. Plötzlich waren Sie der umworbene Kunde, weil es nicht mehr etwas zu verteilen gab, sondern ganz im Gegenteil, es wurde etwas angeboten und gute Ware gegen gutes Geld getauscht.

In diesem Augenblick ist eine Machtposition, die der Einzelhändler eben hatte – denn er hatte die Ware – gewandelt worden. Ich möchte hier nicht die Branche der Einzelhändler diskreditieren – man könnte dieses Beispiel auf alle Bereiche beziehen.

Wolfram *Engels* führt in seinem Buch* ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft an. Wenn es einem Vermieter gelingt, einen Mieter zu finden, der eine höhere als die marktübliche Miete zu zahlen bereit ist, ist der Mieter in der stärkeren Position, denn er kann jederzeit geltend machen: Wenn Du, Vermieter, Dich nicht ordentlich verhältst und mir das Mietobjekt in der vertraglichen Weise zur Verfügung stellst, dann ziehe ich aus, und Du weißt, daß ich eine höhere Miete zahle als die marktübliche. Also ist der Vermieter in diesem Fall derjenige, der keine Macht ausüben kann, sondern der Mieter. Normalerweise wird dem Vermieter die Machtposition eingeräumt, denn er kann dem Mieter kündigen. Das muß nicht immer zu seinem materiellen Vorteil sein, und das ist meines Erachtens noch ein besonderes Kriterium im Bereich des Marktes, daß Sie die Möglichkeit haben, Macht zu begrenzen.

* Wolfram Engels, Mehr Markt, Seewald-Verlag, S. 92 und 93.

Die gesetzlichen Vorschriften müssen den marktkonformen Interessenausgleich ermöglichen. Sind die Preise verbindlich an Vorschriften gebunden und ist ein Abweichen vom vorgeschriebenen Preis nach oben oder unten nicht möglich, hebt sich das System automatisch auf.

Die weitere Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Marktes ist der dezentrale Aufbau. Somit wird jede große Marktbehörde entbehrlich. Dies hat den Vorteil – und das bitte ich sehr zu beachten – daß die Kosten für die Bezahlung der Kontrolleure, die bei administrierten Preisen notwendig sind, eingespart werden können.

Die Überwachung administrierter Höchstpreise in einer Planwirtschaft obliegt den Gerichten. Dort müssen Kläger auftreten, und damit begeben Sie sich auf die Ebene der sehr kostenintensiven Gerichtsverfahren. In der Bevölkerung wird aber die Meinung vorherrschen, daß man lieber »schwarz« zuzahlt, um das gewünschte Gut zu erhalten, bevor man den Richter behelligt. (Sie kennen das Verfahren: Im Ostblock dürfen Automobile nur zu amtlichen Schätzpreisen offiziell verkauft werden. Der Käufer bezahlt den Schätzpreis, und der Aufpreis wird nachher in einem zweiten Akt übergeben.)

Wer dagegen einen temporären Preisstopp einführt und sich nicht darauf verlassen kann, daß die Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, in die Rolle des Preisüberwachers zu schlüpfen, der muß amtliche Kontrolleure einstellen, die dann vor Ort das Preisgebahren der Verkäufer überprüfen. Diese Kontrolleure müssen bezahlt werden. Aber auch ein solcher Kraftakt bietet nicht die Gewähr, daß die gesetzlichen Normen am »Markt« eingehalten werden; denn diejenigen, die über mehr Geld verfügen, sind eben in der Regel bereit, gegen einen Aufpreis das gewünschte Gut zu erstehen. Die Kosten für Kontrollen – dies bitte ich besonders festzuhalten – sind sehr unproduktiv. Sie bewirken allenfalls eine Steigerung des Bruttosozialprodukts, falls die Kontrolleure beamtet sind, weil die Löhne bei entsprechenden Steigerungsraten sich auf die Höhe des Bruttosozialprodukts auswirken, aber eine Steigerung der Marktleistung ist damit nicht zu erzielen.

Weiter kommt hinzu, daß ein marktwirtschaftliches System jederzeit die Gewähr bietet, Fehlverhalten und Fehlsteuerung aufzudecken. Demgegenüber sind Sie bei einem 5-Jahres-Plan nur schwerlich in der Lage, im laufenden Plan Änderungen durchzuführen, ohne den Gesamterfolg dieses Planes in Frage zu stellen.

Sie werden bestimmt fragen, woher ich solche Erfahrungen nehme: ein Blick auf die Situation in der DDR zeigt deutlich, daß dort die von mir angesprochenen typischen Fehler auftreten. Die Planungsexperten der Deutschen Demokratischen Republik verfügen über Planungsinstrumente,

die an Effizienz mit Sicherheit den Management-Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht wesentlich nachstehen. Wer einmal Kontakt mit Leuten hatte, die in Ostberlin arbeiten oder dort gearbeitet haben, der weiß, daß wirklich gute Leistungen im Bereich der Planung vollbracht werden, nur die Planer verfügen dort im Gegensatz zu uns nicht über Preise, die die relative Knappheit der Güter widerspiegeln, sondern über Plandaten. Dieser Filter fällt aus. Die Planer müssen, verglichen mit dem Management in der Bundesrepublik Deutschland, mindestens genausoviele Entscheidungen treffen, aber ihnen steht nicht das Instrument Preis zur Verfügung, das automatisch Knappheiten signalisiert. Die Planer sind gezwungen, sich eine Hilfskonstruktion als System selbst zu erdenken. Dies führt sehr schnell zur Konsequenz, daß mit Hilfsgrößen gearbeitet werden muß, mit anderen Worten, es wird über den Daumen gepeilt. Die logische Folge ist, die getroffenen Entscheidungen führen nicht zum gewünschten Erfolg.

Lassen Sie mich noch mit wenigen Worten auf das Bruttosozialprodukt eingehen. In der gestrigen Diskussion ist darauf hingewiesen worden, daß es doch eine sehr schlechte und ungenaue Maßgröße repräsentiert. Selbstverständlich kann in einer allgemeinen Kritik viel gegen die heutige Art der Messung des Bruttosozialprodukts eingewandt werden. Ich denke dabei zum Beispiel daran, daß ein Verkehrsunfall das Bruttosozialprodukt erhöht (Einsatz von Krankenwagen, Ärzten, KFZ-Werkstätten etc.) Hier wirkt sich also ein an sich negativer Tatbestand in einer Erhöhung des Bruttosozialprodukts aus.

Man muß auch konsequent fragen, inwieweit diese Maßgröße, in Geldgrößen bewertet, für die Industrieländer in Europa, vor allen Dingen Nordeuropa zu Pro-Kopf-Einkommen führt, die zu falschen Schlußfolgerungen verleitet. Schweden ist zum Beispiel ein durch die klimatischen Bedingungen benachteiligtes Land. Hier wird ein durchaus erheblicher Teil des Bruttosozialprodukts verwandt, um eine bessere Isolierung der Häuser zu erzielen. Im Winter benötigen die Menschen in diesem Land wesentlich mehr Heizenergie, sie müssen sich besser kleiden, um in diesem Klima bestehen zu können. Alles dies wirkt sich in einer Erhöhung des Bruttosozialprodukts aus, während von der Sonne verwöhnte Länder im südlicheren Bereich unserer Breitengrade diese Aufwendungen nicht haben. Dies muß bei einem wirklich genauen Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen berücksichtigt werden. Der Mensch ist an seine natürliche Körpertemperatur gebunden und muß seine Wohnumgebung so gestalten, daß er in ihr leben kann. Eine Anpassung an eine Raumtemperatur von zum Beispiel minus 10° – minus 15° Celsius ist ihm nicht möglich.

Der Energieverbrauch pro Kopf in den einzelnen Ländern ist demgemäß von der klimatisch bedingten Lage abhängig. In heißen Gegenden

müßte selbstverständlich die Klimaanlage genauso mit in eine vergleichende Rechnung einbezogen werden wie die Heizung in klimatisch weniger begünstigten Gebieten.

Lassen Sie mich jetzt auf den in der Überschrift angesprochenen Fragenkomplex eingehen: Wie sollen die marktwirtschaftlichen Vorstellungen und Prinzipien in den Bereich des Umweltschutzes Eingang finden?

Ich glaube, es besteht zwischen Ihnen und mir Einvernehmen, daß auf dem Gebiet des Umweltschutzes noch viel getan werden muß. In einigen Bereichen haben wir mit großen Problemen zu kämpfen, sei es die Verschmutzung der Luft oder die der Flüsse, hier insbesondere des Rheins; andererseits sind wir gezwungen, auch Hypotheken von anderen Staaten zu übernehmen. Ich denke insbesondere an die Kali-Verunreinigungen der Werra.

Erlauben Sie mir, ein kleines Modell zum Umweltschutz zu konstruieren. Stellen wir uns gemeinsam folgendes vor: In einem fest umrissenen Gebiet wird die maximale Umweltbelastung festgelegt. Das heißt, Naturwissenschaftler erarbeiten eine Liste von maximalen Schadstoffwerten, die in der Luft und im Wasser in dieser Gegend die Höchstbelastung darstellen. Diese Tabelle wird mit Hilfe der öffentlichen Hand erstellt und vom zuständigen Parlament als Gesetz beschlossen. Nun können wir einen marktwirtschaftlichen Ansatz wagen. Man kann zum Beispiel vertreten, daß in diesem Gebiet Belastungszertifikate ausgegeben werden, wenn Sie so wollen, eine Art Schadstoffaktie. Das klingt ungeheuerlich, viele mag es auch zum Lächeln verleiten. Aber versuchen Sie mit mir, diesen Weg konsequent zu verfolgen und logisch weiter zu durchdenken. Die Belastungszertifikate werden auf dem Wege der Auktion an Interessenten versteigert. Diese Zertifikate können von jedermann erworben werden, sowohl von den Industriebetrieben, die in dieser Gegend tätig sind, als auch von interessierten Bürgern oder auch von nicht ortsansässigen Umweltschützern. Die einzelnen Zertifikate berechtigen dazu, in dem vorbezeichneten Gebiet eine gewisse Schadstoffmenge in das Wasser oder in die Luft abzugeben. Dies bedeutet, daß die Summe der in einem Gebiet ausgegebenen Zertifikate den maximal zugelassenen Schadstoffwert gerade eben erreicht. Es ist nun denkbar, daß in dem vorbezeichneten Gebiet die Fabrik I ein prosperierendes Unternehmen ist, während die Fabrik II als Grenzbetrieb eingestuft werden muß, das heißt sie ist mit ihren Erlösen nicht in der Lage, einen Gewinn zu realisieren.

Es ist möglich, daß die Belastungszertifikate in ihrer Gesamtheit von den Bürgern dieser Gegend aufgekauft werden mit dem Argument: Wir wollen keine weitere Umweltbelastung in unserer Gemeinde. (Erinnern Sie sich bitte, wie schnell die Gegner der Entsorgungsanlage in Gorleben

rund eine Million DM zum Erwerb von Sperrgrundstücken aufgebracht haben.) In dieser Situation kann bei dem Industriebetrieb I der Wunsch bestehen, die Produktionsanlagen zu erweitern. Da der Ausstoß an Schadstoff insgesamt nicht erhöht werden kann, wenn die Inhaber ihre Belastungszertifikate nicht verkaufen, hat der Betrieb folgende Alternative: verbesserte Filter zu installieren, so daß eine größere Quantität an Gütern produziert werden kann bei gleicher Schadstoffemission. Die Kosten für die neuen Filteranlagen müssen in diesem Falle niedriger liegen als die möglichen Kosten, die entstehen, wenn der Betrieb den Inhabern die Belastungszertifikate abkauft, um somit legalerweise mehr Schadstoff an die Umwelt abgeben zu dürfen.

Für den Grenzbetrieb böte sich an, daß der Staat von den Erlösen, die er beim Verkauf der Zertifikate erzielt hat, diesem Betrieb eine gewisse Unterstützung gewährt. Hier muß aber darauf gedrungen werden, daß diese Mittel nur dann eingesetzt werden können, wenn sichergestellt ist, daß die Subvention von den parlamentarischen Gremien gebilligt ist. Die erzielten Erlöse aus dem Verkauf der Belastungszertifikate muß der Staat zweckgebunden zur Beseitigung schon angefallener Umweltschäden einsetzen. Denkbar sind zum Beispiel Beihilfen zum Bau von Ringleitungen für Seen und für Kläranlagen.

Die oben beschriebene Lösung für den Grenzbetrieb sollte die Ausnahme sein. Modellkonform handelt der Grenzbetrieb, wenn er entweder neue Filter einbaut oder Belastungszertifikate aufkauft. Dies ist in aller Regel aber nur möglich, wenn der Grenzbetrieb diese Kosten an die Kunden weitergeben kann. Sind die Kunden nicht bereit, die höheren Kosten zu tragen, handelt es sich augenscheinlich um ein Produkt mit nur geringen Marktchancen. Hier käme der soziale Bezug meines Vorschlags ins Spiel. Wenn wir unterstellen können, daß die Mehrzahl der Mitarbeiter und ihre Familien in der näheren Umgebung des Grenzbetriebes wohnen, ist es möglich, daß sie bereit sind, ihre Arbeitsstätte zu erhalten, indem sie die von ihnen gehaltenen Belastungszertifikate zu einem Vorzugspreis an ihren Arbeitgeber abgeben.

Viele Firmen können heute die prinzipielle Niederlassungsfreiheit nicht nutzen, denn vielfach sind die Bewohner gerade noch bereit, die Belastungen der schon vorhandenen Betriebe zu tolerieren, aber weitere Betriebe sind unerwünscht. Dabei spielt es meistens keine Rolle, ob die neue Firma ausgezeichnete Marktchancen mit ihren Produkten hat oder nicht. Es ist vor allen Dingen für junge Firmen mit zukunftsorientierten Produkten immer schwerer geworden, einen geeigneten Produktionsstandort zu finden. Bei guten Gewinnerwartungen sind solche Unternehmen in der Lage, Belastungszertifikate den Inhabern abzukaufen. Somit wäre es

ihnen prinzipiell möglich, die Produktion am gewünschten Ort zu eröffnen, denn besonders kleinere Spezialbetriebe mit Zulieferfunktionen wollen in der Nähe der meist größeren Abnehmer produzieren, das heißt vornehmlich in Ballungsgebieten.

Die autofreien Sonntage im Rahmen der Ölkrise im Dezember 1973 boten den Wissenschaftlern erstmalig die Gelegenheit, die Belastung der Umwelt, die durch den nicht schienengebundenen Verkehr verursacht wird, wissenschaftlich zu messen. Lassen Sie mich eines von vornherein kritisch an die Adresse der Politiker sagen. Daß wir heute einen solchen Autoverkehr haben, liegt nicht unwesentlich an der Übereinkunft, die als Charta von Athen bekannt geworden ist und der die Politiker nach dem 2. Weltkrieg zugestimmt haben. Danach sollte der Kernstadtbereich entmischt werden. Die kleineren Industrie- und Handwerksbetriebe mußten aus der Innenstadt weichen und wurden vor den Toren der Stadt angesiedelt. Die traditionell und marktmäßig gewachsene Stadt wurde als überholt angesehen, da das Resultat eine ungeplante Stadtstruktur war. (Überlegen Sie bitte, wo Sie heute Ihre Autowerkstatt finden, meistens liegt sie am Stadtrand – an die Peripherie gedrängt). Andere Branchen kamen in die Innenstadt, die Versicherungen usw. Damit wurde, wenn Sie so wollen, ganz gezielt der Bedarf für Verkehr geweckt. Die Mitarbeiter der einzelnen Firmen konnten nicht mehr zu Fuß zu ihren Arbeitsstätten gelangen. Entweder benutzten sie die öffentlichen Verkehrsmittel oder sie gaben der Bequemlichkeit halber dem privaten PKW den Vorzug. Dabei wurden sie von den Planungsbehörden der Städte »unterstützt«, und es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Entwicklung nicht von selbst eingetreten ist, sondern daß die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten der Planungsämter wesentlich zum heutigen Zustand beigetragen haben.

Zur Zeit ist die Frage der Besteuerungsänderung für LKW und PKW im Gespräch. Leider wird dieser Themenbereich viel zu sehr aus fiskalpolitischer Sicht gesehen. Eine vernünftige, nicht nur auf Einnahmeerzielung gerichtete Kraftfahrzeugsteuer wäre imstande, einen bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Im Bereich des Verkehrs sind es drei Komponenten, die uns soviel Sorge bereiten. Zum einen sind dies die Abgasmenge, zum zweiten der Energieverbrauch und zum dritten der Lärm. Wer einmal in einer engen Innenstadtstraße gewohnt hat, der weiß, was Lärm bedeutet, und zwar nicht nur vom PKW, sondern vor allen Dingen von Motorrädern, die teilweise recht unvernünftig durch die Straßen gejagt werden. Wenn sich unsere Politiker aufrafften, eine Steuerformel zu beschließen, in der diese drei Komponenten berücksichtigt sind, dann könnte man das Problem einer optimalen Lösung zuführen.

Bezüglich der Lärmentwicklung eines Kraftfahrzeuges sehe ich keine Schwierigkeiten bei der meßtechnischen Ermittlung der Werte, denn wir finden sie ja bereits heute in Kraftfahrzeugschein und -brief vermerkt. Beim Energieverbrauch gehen meine Vorstellungen dahin, daß die Firmen veranlaßt werden, den Verbrauch für ihre Fahrzeuge verbindlich zu ermitteln. Dies muß unter der Bedingung geschehen, daß die Firma sich bereit erklärt, jedes Fahrzeug zurückzunehmen, wenn es bei korrekter Einstellung um mehr als zwanzig Prozent von der im Verkaufsprospekt angegebenen maximalen Verbrauchsmenge abweicht. Die zurückgenommenen Fahrzeuge müssen gegen ein der Norm entsprechendes Fahrzeug getauscht werden. Auf diese Art und Weise können sehr reelle Verbrauchswerte erzielt werden. Erlauben Sie mir, dies an einem Beispiel zu verdeutlichen:

In einem südamerikanischen Land ging vor einigen Jahren allen Grundeigentümern ein Fragebogen zu, in dem es sinngemäß hieß, bei einer zukünftigen Landreform könnte es sein, daß sie Land abgeben müssen. Bitte tragen Sie im Formular ein, wieviel Land Sie besitzen und wie Sie dieses Land bewerten. Die Grundstückseigentümer haben diese Erklärung peinlichst genau ausgefüllt und sich hinterher beschwert, als das Finanzministerium mitteilte: »Außerdem werden die Unterlagen als Besteuerungsgrundlage verwandt«.

Das ist genau der Effekt, den Sie hier beim Automobil erreichen können. Sie brauchen sich nicht um DIN-, Maß-, Soll- oder Ist-Verbräuche zu streiten. Der Staat fordert die Produzenten per Gesetz auf, eigenverantwortlich den Verbrauchswert festzusetzen. Für die Firma, die auf Nummer sicher gehen will, ist es möglich, einen Wert von vielleicht 30 Liter Benzin pro 100 Kilometer anzugeben, um nicht regresspflichtig gemacht zu werden. Allerdings bleibt zu beachten, daß sich dieses Verhalten negativ auf das Käuferverhalten auswirken kann. Sobald die Firmen per Kaufvertrag den Käufern das Recht zugestehen, Fahrzeuge, die der Norm nicht entsprechen, zurückzutauschen, wird im Bereich der Fahrzeugwerbung ein bis heute unbekanntes Maß an Verläßlichkeit in die Prospekte eingehen.

Nach meinen Vorstellungen sieht die neue Steuerformel so aus, daß Sie ein Produkt aus dem maximalen Abgaswert, dem maximalen Energieverbrauch und dem maximalen Verkehrsgeräusch ist.

Dabei bin ich mir durchaus der Tatsache bewußt, daß Lärmbekämpfung dem Ziel, den Verbrauch zu senken, entgegensteht, aber dies ist der besondere Vorteil dieser Formel; denn hier ist nicht der Gesetzgeber gefragt, Eingriffe zu machen, Mindestwerte zu setzen, sondern es ist allein der Kraftfahrzeugindustrie mit ihrem wirklich größeren technischen Potential überlassen, aus diesen drei Größen ein Optimum zu konstruieren. Der Vorteil für jedermann besteht darin, daß sich eine solche Steuer beim

Kauf eines abgas-, verbrauchs- und lärmarmen Automobils auf das Portemonnaie des Käufers direkt auswirkt, denn heute ist es doch so, daß ein Automobil, welches Vorzüge in dieser Hinsicht aufweist, unter Umständen keinen besonderen Kaufanreiz bietet. Bei dem Modell dagegen ist es den Technikern überlassen, ein Optimum zu finden. Jede Verbesserung am Fahrzeug senkt die Steuerlast des Halters und kommt der Allgemeinheit direkt zugute.

Diesen Effekt kann man listigerweise durch den Markt erreichen. Ein Fahrzeug mit Sportauspuff steigt dementsprechend in der Steuerklasse, wobei der Fiskus in Kauf nehmen muß, daß Fahrzeuge, die leiser sind, weniger Benzin verbrauchen und abgasgünstiges Verkehrsverhalten aufweisen, in unser aller Interesse sind und wir diesen Fortschritt durchaus mit niedrigeren Steuereinnahmen in Kauf nehmen können. Mein Anliegen ist es, der Steuerformel eine Dynamik einzuhauchen, die von der Industrie ständig weiterentwickelt werden kann. Wie sich ein solches Verhalten auswirken kann, kann man an den 50 ccm-Motoren erkennen, die der Gesetzgeber seinerzeit als eine Art Fahrrad mit Hilfsmotor ansah. Zwischenzeitlich hat Erfindergeist die Leistungsausbeute dynamisch erweitert. Selbst Versandhäuser boten schon Modelle mit 5–6 PS an.

Ein ähnliches Steuersystem kann vielleicht sogar für Flugzeuge erwogen werden, denn bei Flugzeugen liegt das Problem zum einen in der Lärmentwicklung beim Start und zum anderen in der Anzahl der Flugzeugbewegungen pro Zeiteinheit im Bereich eines (Zivil- oder Militär-) Flughafens. Die Flugindustrie hat bis heute Leistungen vollbracht, die sehr bemerkenswert sind. Ich bin zum Beispiel Zeuge eines Demonstrationsfluges des neuen Airbusses gewesen, der in ca. 100 m Höhe über dem Rollfeld von Langenhagen die Flugfigur einer Acht geflogen ist. Wir haben als aufmerksame Zuhörer und Zuschauer nicht von Lärmbelästigung sprechen können. Man hat das Flugzeug durchaus gehört, aber es war wesentlich leiser als eine konstruktionsältere vierstrahlige Verkehrsmaschine, die eine ähnliche Demonstration vollführte.

Dieses Phänomen ist entwicklungsgeschichtlich leicht zu erklären. Zunächst lernten die Techniker Motorflugzeuge zu bauen und sie zu beherrschen. Nach vielen Verfeinerungen wurden die Propeller- durch Düsenmaschinen abgelöst. Danach erhielten die Techniker eine andere Aufgabenstellung. Waren zunächst die Reichweite, die Geschwindigkeit und die Zahl der Passagiere wichtige Konstruktionsdaten, verschoben sich später die Gewichte zugunsten besserer Kraftstoffausnutzung und reduzierter Lärmwerte.

Dies waren meine wesentlichen Gedanken, das Problem der Umweltbelastung mit marktwirtschaftlichen Lösungsansätzen zu konfrontieren. Aber es gibt in unserer Gesellschaft nicht nur den Bereich Marktwirtschaft und Umweltschutz, sondern wir verfügen über einen sozialen demokratischen Rechtsstaat, in dem es möglich ist, Ideen miteinander in Konkurrenz treten zu lassen.

Wer von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Institutionen spricht und sie vielleicht aus Unüberlegtheit als System bezeichnet, macht es seinen Widersachern leicht: denn ein System ist immer leicht zu bekämpfen, und es ist ihm von der Natur der Sache her schwer, Freunde zu haben. In diesem Staat besteht die Möglichkeit, durch Partizipation am aktiven Meinungsbildungsprozeß neue Ideen zu unterstützen. Leider sind nur wenige Prozent der Bevölkerung bereit, sich aktiv in die Politik einzuschalten. Viele sind eher bereit, ihre Partikularinteressen in Bürgerinitiativen zu vertreten. Ich finde es bedenklich, wenn all die Probleme, die von den Politikern nicht mehr gelöst werden, den Juristen zur Entscheidung übereignet werden.

Die Verantwortlichkeit für den Umweltschutz liegt bei allen Mitbürgern, und es ist bestimmt hilfreich, wenn die Verantwortung wieder auf die unteren Ebenen reduziert wird. Der kleine Bach findet bei den Bewohnern in der allernächsten Nähe die meiste Aufmerksamkeit, und die Großgemeinde ist nur schwerlich in der Lage, gegen Verschmutzungen irgendwelcher Art sofort einzuschreiten.

Wer zum Beispiel aus Umweltgründen für das Elektroauto plädiert, muß sich die Frage gefallen lassen, wo die Elektrizität für diesen PKW produziert werden soll, wenn alle Bürgerinitiativen gegen Kraftwerke protestieren.

Am Ort der Stromerzeugung haben Sie dann die Umweltbelastung. Deshalb plädiere ich dafür, in kleineren Einheiten zu denken und zu planen. Ich habe vor ein paar Wochen mit Politikern gesprochen, die für den Bereich Hamburg, Bremen und Hannover in der Lüneburger Heide gerne einen Großflughafen gebaut hätten. Glücklicherweise ist das ein Wunschtraum der Politiker, der nicht realisiert werden wird, weil sich dort ein Truppenübungsplatz der Britischen Rheinarmee befindet, der von ihr gemäß dem Lüneburger Abkommen genutzt wird.

Wenn wir an die Zukunft denken, müssen wir *in kleineren Einheiten mit regionaler Verantwortlichkeit denken.* Ein kleiner Flughafen bringt weniger Ärger, weniger Umweltbelastung usw. mit sich. Auch die Kontrollfunktion ist leichter auszuüben. Außerdem belastet er auch nur den Personenkreis, der direkt oder indirekt an seiner Existenz interessiert ist. Sobald diese Dimension überschritten wird, werden die Proteste praktisch

vorprogrammiert. Wenn wir von einer Bewußtseinsänderung, also einer Wandlung der inneren Einstellung sprechen, so meine ich, muß dies die kollektive und die *individuelle Verantwortung* sein. Wer aus Einsicht einen Diesel-PKW nutzt, der nachgewiesenermaßen weniger Energie als konventionelle PKW benötigt, müßte vom Staat unterstützt werden, zum Beispiel könnte man an einen Steuernachlaß denken.

Diese Gedanken wollte ich heute morgen als wirtschaftliche Antwort auf das Problem der Umweltbelastung vortragen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Rolle des Kapitals bei der Wirtschaftswachstums- und Umweltproblematik*

Felix G. Binn

1.0 Die Rolle das Kapitals im System
1.1 Das Wesen des Kapitals
1.2 Die Wirkung des Kapitals

2.0 Kapital und Wirtschaftswachstum
2.1 Kapital und Krise
2.2 Der Ausweg des Wachstums

3.0 Kapital und Umweltproblem in der Krise
3.1 Krise und Umweltgefahren – Problemvergegenwärtigung
3.2 Die ökonomisch-geschichtliche Sackgasse

4.0 Kapital und Umweltproblem als Dauergegensatz?
4.1 Der Anspruch der Gemeinschaft an Gemeinschaftsgütern
4.2 Die Reform der Geldverfassung
4.3 Die Lenkung der Produktion durch die Nachfrage

1.0 Die Rolle des Kapitals im System

Wollen wir uns nicht wie der Blinde über die Farbe unterhalten, brauchen wir die Definition. Um es vorweg zu sagen: In diesen Darstellungen wird die Definition von Proudhon/Gesell zu Grunde gelegt und ich möchte auch erklären, weshalb. So wie Marx das private Eigentum in den Vordergrund stellt, finden wir bei Proudhon, Gesell und auch Keynes den zentralen Begriff der Knappheit. Nicht die Existenz des Gutes oder die an ihm klebenden Besitztitel werfen das Plus ab, sondern die Seltenheit in Verbindung mit der Nachfrage – Knappheit genannt.

Nicht allein von Menschenhand geschaffene Güter sind knapp, sondern auch die Naturgeschenke, oder die Geschenke Gottes, wie man sie ja nach weltanschaulichem Standpunkt nennen könnte. Gemeint ist der Boden und die Bodenschätze. Auch sie haben Kapitalcharakter, ohne daß sie »geronnene Arbeit« (Marx) oder zur »Investition verfügbares Geld« (v. Nell-Breuning/vNB) sind. (in »Kapitalismus kritisch betrachtet, Freiburg 1974, S. 19)

Ein Segelschiff ist nicht allein nach dem »Willen seines Besitzers« Kapitalgut (Meyer's Konversationslexikon 1905, S. 589 f), sondern es hängt erstens davon ab, *ob* es begehrt ist, und zweitens, *wie sehr* es gefragt ist. Hat zum Beispiel jeder sein eigenes, wird man auf Schiffscharter keinen

* Vortrag, gehalten auf der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung im Juli 1978 in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes in Herrsching/Ammersee.

Wert legen, der »Mehrwert« ist gleich Null, unabhängig davon, daß es eben auch kein Produktionsmittel darstellt. Von jetzt auf gleich kann es langlebiges Konsumgut werden und seine Kapitaleigenschaft verlieren. Dasselbe kann geschehen, wenn eine Maschine nach dem Konkurs nur noch Schrott ist, weil sie keiner mehr nutzen will.

Der umgekehrte Fall tritt ein, wenn ein Gut plötzlich die Kapitaleigenschaft erhält, indem ich eine Waschmaschine vom Sperrmüll herrichte und vermiete.

Wie man sieht, ist Kapital »zinstragendes Eigentum« und in dieser Definition steckt präzise, was in andern mit mehr Worten nur unvollständig gesagt wird. »Kapital und Mehrwert« sind abhängig von den *Marktverhältnissen, das heißt* von Angebot und Nachfrage.

Bereits der Urmensch besaß mit dem ersten Grabstock oder einer seltenen und begehrten Zwiebel *Kapital.* Es entstand aus seiner Arbeit oder aus der Tatsache, daß er die Zwiebel den Winter über nicht verzehrte, sondern sparte, aufbewahrte. Aber erst mit der Domestizierung unserer Herdentiere wurde ein *Über*lebensmittel, nämlich das Vieh, zum Reichtums- und Statussymbol. Das Ausleihen einer Kuh oder eines Bullen hieß, den potentiellen Mehrwert des Kalbes in Rechnung zu stellen. »Pecunia« stammt von pecus = lat. Vieh, tocos = griech. Zins und das Neugeborene, rupia = indisch die Kuh. Der bis ins Mittelalter übliche, wenn auch verbotene Zins betrug häufig 33 Prozent, denn ein Kalb galt als ein Drittel Kuh.

Mit dem Übergang von der Tauschwirtschaft zur Geldwirtschaft änderte sich nur das Tauschmittel, nicht die Denkgewohnheit, mochte auch Aristoteles noch so mahnend rufen »Geld wirft keine Jungen«. Was sich mit der Natur des Tauschmittels verändert hatte, war der Verlust seiner Sterblichkeit. Das Viehstück alterte und starb, das Edelmetallgeld dauerte, der Besitztitel konnte theoretisch über die Erben gleich lang dauern. Edelmetalleigenschaft, Besitztitel und Zinsanspruch waren dem organischen Werden und Vergehen entzogen.

Für die Entwicklung des Zinses gibt es zwei Betrachtungsweisen, die für unsere Überlegungen wichtig sind: Erstens die mikro-ökonomische in der Einkommenssphäre, zweitens die makro-ökonomische im Bereich der volkswirtschaftlichen Preisbildung. Beides sind Modellbetrachtungen.

Geht man von dem Fall des bekannten Sparers zu Zeiten Christi Geburt aus, der einen Pfennig mit 5 Prozent auf die Bank brachte, der danach das Guthaben zu einem Preis von DM 5.– in Goldanspruch umwandeln ließ, der außerdem die Erbfolge sicherte, so hatten seine Erben zu Zeiten Barbarossas um 1200 einen Anspruch aus Zins und Zinseszins auf eine Erdkugel von Gold. Zu Zeiten Galileis war das Vermögen angewachsen auf ein Milchstraßensystem in Gold. Sie sehen das exponentielle Wachstum

des Zinseszinsmechanismus, der aller Logik Hohn spricht. Letztlich werden Ansprüche ja in Geld erhoben, Geld aber ist ein Januskopf: einmal eine Quittung über eine für die Gemeinschaft erbrachte Leistung, einmal ein Bezugschein auf einen Teil des Sozialprodukts. Wo liegt im Modell die Leistung, wo die Berechtigung für die Bezugsscheine? Wo die Berechtigung, mit den Verursachern des Sozialprodukts in Kauf- und Preiswettbewerb zu treten?

Nachdem auf diese Weise die »werteschaffende«, besser illegitime bezugscheinliefernde Kraft des Zinsmechanismus erkannt worden ist, wollen wir der Vollständigkeit halber und wegen der Kuriosität die Ansprüche des Produktionsfaktors Arbeit unter ähnlichen Bedingungen betrachten:

Beginnt jemand zu Christi Geburt im Rahmen der 40-Stunden-Woche zu arbeiten, setzen wir einen Lohn von 5.– DM je Stunde an, geben ihm das ewige Leben und vernachlässigen den Zinsmechanismus, dann kann dieser Arbeiter zu Zeiten Barbarossas auch eine Kugel von Gold beanspruchen: nämlich in der Größe eines Volkswagens.

Ungemein interessant und weithin unbekannt ist die Verdopplungszeit der Zinsansprüche. Kühn rechnet aus,* daß

> aus Kapitalertrag der Anspruch auf eine Erdkugel aus Gold 1200 Jahre dauert.
>
> Die zweite Kugel braucht nur etwas mehr als vierzehn Jahre:

Bleiben wir bei diesem Zeitraum, so entstehen aus Kapitalertrag – sozusagen von selbst – in den nächsten vierzehn Jahren

> vier, dann acht, danach sechzehn, zweiunddreißig Erdkugeln aus Gold, und so weiter.

Das Ergebnis des Arbeitsertrages verdoppelt sich allerdings erst in den nächsten 1200 Jahren!

Die Sache erscheint in einem besonderen Licht, wenn wir uns daran erinnern, daß Geld sozusagen janusköpfig gleichzeitig eine Quittung für eine erbrachte volkswirtschaftliche Leistung ist und dazu eine Berechtigung auf einen gleichgroßen Anteil auf das Sozialprodukt nach Wahl seines Besitzers, sozusagen ein Gutschein auf Güter auf Dienste.

Diesen Kausalzusammenhang nennen wir seit Christen** die Idee der Tauschgerechtigkeit. Sie wird permanent und eklatant im kapitalistischen System verletzt, denn durch In- und Deflation verstoßen wir nicht nur gegen den Grundsatz der Gleichwertigkeit von Quittung und Bezugsschein, sondern mit dem o. a. Zusammenhang wird auch deutlich, in welchem

* Hans Kühn: Fünftausend Jahre Kapitalismus; Prinzip, Folgen, Entstehung eines Ordnungssystems 1977, Gauke-Verlag, Hann.-Münden, S. 32.

** Th. Christen: Das Geldwesen ein dynamisches System 1920, Genossenschaftsverlag freiheitlicher Schriften, Bern.

Umfang legale (gesetzlich zugelassene) und legitime (moralisch vertretbare) Ansprüche am Markt miteinander konkurrieren und in welchem Umfang letztere – zu gunsten der »legalen« – um die Früchte ihrer Mühen betrogen werden. Allein von 1967 bis 1977 verzeichneten wir einen Aufwertungsverlust von 44 Milliarden DM, im letzten Jahr allein elf Milliarden DM Stützungskäufe am Devisenmarkt. Die Mark der Währungsreform ist heute noch fünfzig Pfennig wert!

Merke: David Hume: Alles auf der Welt entsteht aus Arbeit, und unsere Bedürfnisse sind die einzige Ursache dieser Arbeit.

Mit diesem Zitat mag verdeutlicht werden, woher die Güter kommen, die dann je nach Marktlage Kapital werden – oder nicht! Gehen wir nun ins nächste Modell mit geringem Realitätsbezug. Wir stellen fest und unterstellen fortan, daß durch menschliche Arbeit ein fortwährender Anstieg an Gütern und Diensten zu verzeichnen ist, daß Störungen ausgeschlossen sind und die Bedürfnisse der Menschen unendlich groß sind.

Beginnen wir in der mittelalterlichen Wirtschaft, so waren dort unter anderem aus Gründen der Kapitalknappheit Zinssätze von 30 bis 40 Prozent keine Seltenheit. Auch der Mehrwert nach Marx trägt eine Zinsknappheitsprämie in sich. Machen wir einen Sprung in die Gegenwart, so liegt der landesübliche Zinsfuß heute bei uns bei 2,5 Prozent. Gleichzeitig stellen wir einen ungeheuren Anstieg der Güterproduktion im weitesten Sinne fest. *Ceteris paribus* – unter sonst gleichbleibenden Umständen – geht der Zins gegen Null, nach dem Preisgesetz: Reichliche Kartoffeln, billige Kartoffeln. Für Kapitalverleih entsteht zunehmend eine Konkurrenz zum Zins: die Gewinnbeteiligung. Sie ist für den Schuldner humaner, für den Gläubiger risikoreicher, entsprechend dem Wandel vom Anbietermarkt zum Nachfragermarkt. *Ceteris paribus* sorgt die weitere Produktion für einen Abbau der Gewinnbeteiligung in dem Maße, wie Fremdkapital weniger nachgefragt wird, weil eigenes aus eigener Arbeit und eigenen Ersparnissen verfügbar wird. Theoretisch ist damit die Möglichkeit gegeben, daß *jeder sein eigener Arbeitgeber* wird. Nur die Fähigkeiten begrenzen ihn noch, nichts mehr sonst. Der abzuführende Anteil für die geringen Summen Fremdkapital wird in Zins und Gewinnbeteiligung minimal sein und nur wenig über Null liegen.

1.2 Die Wirkung des Kapitals in der Realität

1.2.1 In der Produktionssphäre betrachten wir die typischen, sich nach den »Eigenproblemen des Wirtschaftssystems« orientierenden Verhaltensweisen der Kapitalgeber und der Unternehmer. Rein begrifflich trennen wir zwischen beiden in vollem Bewußtsein, daß es zum Beispiel den Eigentümerunternehmer immer noch gibt, aber auch in der Erkenntnis, daß die Arbeitsteilung zwischen Kapitalbesitz und

unternehmerischem Handel in der Zukunft fortschreitet. So sind die heute marktbestimmenden Unternehmen von Auftragsunternehmern geleitet (Manager), und dem Kapitaleigner im Aufsichtsrat muß die Unternehmereigenschaft abgesprochen werden.[1] Er wird zum »funktionslosen Investor« (Keynes)

Angesichts der Tatsache, daß zunächst einmal Finanzkapital der siamesische Zwilling der Arbeitsteilung ist, können wir in unseren Wirtschaftssystemen auf »zur Investition verfügbares Geld« (von *Nell Breuning)* nicht verzichten. Es ist außerdem mobil, das heißt frei konvertierbar. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, Richter in eigener Sache zu sein, das heißt, die Attraktivität der Verzinsung selbst bestimmen zu können. *Keynes* spricht hier vom landesüblichen Zinsfuß, der bei 3 Prozent mindestens dem Kapitaleigner signalisiert, daß neue Geldanlagen gesucht werden müssen, die in ärmeren Volkswirtschaften höher verzinslich sind.

Die herrschende Lehre sieht in diesem Mechanismus den Vorteil, daß gesättigte Volkswirtschaften auf diese Weise zu Gunsten ärmerer auf Wachstum verzichten müssen und Kapitalströme* auf diese Weise weltweit auf eine ausgleichende gerechte Produktivitätsverteilung hinwirken. So weit so gut, wenn die zweite Strophe vergessen wird.

Volkswirtschaften, das heißt die planenden Menschen, stellen sich auf längere Sicht darauf ein, mit Fremdkapital versorgt zu sein, da arbeitsteilige Geldwirtschaften darauf angewiesen sind. Volkswirtschaften, die plötzlich von 'hot money' überschwemmt werden, sind nicht weniger gut gestellt als solche, die plötzlicch auf dem Trockenen sitzen. In beiden Fällen ändern sich mit den Kapitalmengen die Kapitalpreise, unterstellen wir den reinen Preismechanismus. Die doppelte Höhe an Zinsen genügt, um eine Volkswirtschaft zu ruinieren. Beispielsweise arbeitet die deutsche Industrie mit 80 Prozent Fremdkapital!

Wir halten fest, daß der landesübliche Zinsfuß die Marke ist, von wo ab Kapital abwandert, unter Umständen zwei Volkswirtschaften in krisenhafte Schwierigkeiten bringt, allein wegen des selbstsüchtigen Interesses des Kapitaleigners.

Gehen wir von dem nicht realistischen Fall aus, daß ein Unternehmer nur mit Eigenkapital arbeitet und es nicht verzinslich kalkuliert, dann wird er seine Produktion an der Nachfrage ausrichten. Diese wiederum

1 Marktwirtschaft, Hamburg 1976

* Man beachte in diesem Zusammenhang die Namensgebung: *freie* Konvertibilität der Währungen gegenüber Devisen*zwangswirtschaft!*

wird nach *Gossen* erst bei Sättigung aufhören. Bis dahin wird, zwar immer weniger, nach marktwirtschaftlichen Gesetzen gezahlt und konsumiert. Der Unternehmer wird auch eigene Mittel aus seiner Privatschatulle in die Firma investieren, und zwar solange, wie die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals größer als 1 ist. Das heißt, es wird dann die letzte Mark investiert, wenn der Ertrag der letzten Mark mindestens gleich den Kosten für die letzte Mark ist. Sind die Kosten im Beispiel gleich Null, bestimmt der letzte Nachfrager, wann *die Investition, die Produktion aufhört und alle gesättigt sind.*

Wie wir gesehen haben, stimmt weder die Annahme der völligen Eigenkapitalversorgung, noch die Außerachtlassung der kalkulatorischen Zinsen. Eine hohe Verschuldung der Wirtschaft macht sie vom Leihkapital abhängig, und dessen Mindestforderung kennen wir. Nach *Keynes* 3 Prozent real! Das bedeutet, daß die (L') Verzinsung des Kapitals mindestens auch 3 Prozent betragen muß, will der Unternehmer noch ohne Verlust arbeiten. Darunter wird weder Kapital angeboten, noch nachgefragt, unabhängig davon, daß die Sättigung der Konsumenten noch lange nicht eingetreten ist. Hier liegt der systemimmanente und institutionalisierte Nachfrage-Überhang. Das Sozialprinzip im System *der Sozialen Marktwirtschaft wird gleich zweimal außer Acht* gelassen: Es existiert weder die Sozialpflichtigkeit des Kapitals noch eine Bedürfnisbefriedigung bis zur Sättigung, wovon vor allem wirtschaftlich schwächere Gruppen betroffen sind. Grundgesetz, Produktion und Konsum werden den Kapitalinteressen untergeordnet.

1.2.2. Die Macht- und Interessensphäre, die mit Kapital verbunden ist, nimmt zu von der Ur-Gesellschaft über die Tauschgesellschaft bis zu den optimalen Bedingungen der kapitalistischen Geldwirtschaft.

Warnte Aristoteles *(Ethik)* doch schon »Alle Wirtschaft hat Maß und Ziel. Erheblicher Gelderwerb . . . darf nicht stattfinden«. *Thomas von Aquin* hängt der Katze die Schelle um: »Die irdischen Güter darf man . . . nicht um ihrer selbst willen erstreben, um sie in unser Endziel zu verlegen«. *(Summa contra gentiles).* Er geht noch einen Schritt weiter und warnt vor denjenigen, die »soviel erwerben, daß sie hinfort ohne eigene Arbeit leben können«. *(de regimine principum)* In der *summa theologica* werden Fromms Gedanken aus »Haben oder Sein«* vorweggenommen:

* E. Fromm: Haben oder Sein, Stuttgart 1976
Die von Marx übernommene kritiklose Verteufelung des Privateigentums und die fehlende Differenzierung zwischen Eigenliebe und Selbstsucht (Gesell) führen nach meiner Ansicht zu einer problematischen Konsequenz der ansonsten sehr überlegenswerten Gedanken des Autors.

»Der Handel (besser wohl das kapitalistische Rentabilitätsstreben) züchtet den Geist der Habsucht, welcher Treue, Redlichkeit . . . bedroht und bewirkt, daß alles für Geld feil werde«.

Treue und Redlichkeit, das tugendhafte Leben sind das Fromm'sche Sein. Gewarnt wird vor der Substitution durch das Haben, etwa in dem Sinne »Hast Du was, bist Du was«. Wenn die Wirtschaft Maß und Ziel haben soll, so liegt das Ziel in der physiologischen Ermöglichung des Daseins, mehr noch, in der Verwirklichung des Menschenrechtes der katholischen Soziallehre *ius ad esse et ad bene esse,* dem Recht zu leben und zwar ohne Not! Hier liegt das Maß!

Nicht nur an Warnungen ist kein Mangel, auch an Strafen für diejenigen, die das Haben über das Sein stellen. Insgesamt kann man feststellen, daß diese Art der moral persuasion es erreicht hat, den ökonomischen Geist in die Flasche zu verbannen und den Korken daraufzusetzen.

Calvin drehte als erster den Korken heraus und entließ den ökonomischen Geist mit der Maßgabe, daß er sich wohlverhalte. »Besitzen als besäße man nicht«; dieses Bibelwort sollte die Calvinisten vor den Verführungen von Luxus und Macht schützen. Wer Erfolg hatte, galt als auserwählt, in den Himmel zu kommen, die Versager hatten Aussicht auf einen Platz im Fegefeuer. Dort saßen sie dann neben den reichen Prassern. Nur der arme Reiche wurde himmlischer Freuden teilhaftig. So gerieten die Calvinisten nach *Max Weber* in den Zugzwang des Erfolges. Gewinn mit Konsumverbot ließ als einzigen Ausweg die Investition, wenn nicht selbst, dann durch andere. So entstand zwangsläufig in Bern die erste Bank. Genauso zwangsläufig wird das Schneckengehäuse der calvinistischen Schnecke immer prächtiger, aber mit dem Generationenwechsel ist der calvinistische Geist des Puritanertums ausgezogen und hat dem kapitalistischen Geist des Luxus, der Macht den Platz geräumt.

Zwar ist Tarnung noch ratsam, aber Humanismus, Aufklärung und Liberalismus machen auch sie bald überflüssig.

Adam Smith ist der nächste, der den Geist aus der Flasche läßt und zwar bedingungslos. Liberalismus ist Ausdruck eines alle Lebensbereiche umfassenden Jahrhundertgefühls, es ist »jene Sozialphilosophie, der allein die wenigen helleren Perioden der Weltgeschichte zu verdanken sind, vom Altertum bis heute, von der Stoa bis zu Spinoza und Goethe«.[1] Das, was sich aus der Befreiung aus der ökonomischen Unmündigkeit ergeben hat, war sicher nicht im Sinne *Smith's,* und

1 W. Röpke: Wirrnis und Wahrheit, Zürich 1962 S. 103

Röpke schlägt darum für den idealtypischen Liberalismus in Anlehnung an *Benedetto Croce* den Begriff Liberalismus vor.
Somit bleibt dann der Liberalismus als Realform verbunden mit der industriellen Revolution, der die soziale Evolution nicht folgen konnte und darum die Klassengegensätze hervorrief. Das Great Happines Principle war eben nicht zu verwirklichen, wenn man die vordemokratischen Privilegien in der Geldverfassung und im Bodenrecht beibehielt und sie in Verkennung ihrer Gefährlichkeit im liberalen Klima einfach wuchern ließ – im doppelten Sinne des Wortes! Das Rentabilitätsdenken ist dem Unternehmer aufgezwungen und zur zweiten Natur geworden, hängt doch seine Existenz davon ab. Das Denken in Geld- und Machtkategorien, von der katholischen Soziallehre als »Mammonismus« bezeichnet, ist vorwiegend dem Kapitaleigner vorbehalten. Hier trifft genau *Marx*ens Definition des Kapitalisten: Er ist »personifiziertes Kapital«. Der Geist aus der Flasche hat die Gewalt über seinen ehemaligen Meister gewonnen.
Wie es dazu kam, hat *Friedrich Engels* beschrieben:[2]
»Herr Dühring befähigt zwar jeden zur quantitativ gleichen Konsumation, aber er kann niemanden dazu zwingen; im Gegenteil, er ist stolz darauf, daß in seiner Welt jeder mit seinem Geld machen kann, was er will. Er kann also nicht verhindern, daß die einen sich einen kleinen Geldschatz zurücklegen, während die anderen mit dem ihnen gezahlten Lohn nicht auskommen. Hiermit sind alle Bedingungen gegeben, – einerseits zur Schatzbildung, andererseits zur Verschuldung.
Alle Gesetze und Verwaltungsnormen der Welt sind ebenso ohnmächtig dagegen, wie gegen das Einmaleins . . . Und da der Schatzbildner in der Lage ist, vom Bedürftigen Zinsen zu erzwingen, so ist mit Geld . . auch der Wucherer wiederhergestellt. . .
Die Wucherer verwandeln sich in Händler mit dem Zirkulationsmitteln, in Benkiers, in Beherrscher der Produktion und damit in Beherrscher der Produzenten, mögen diese auch noch jahrelang dem Namen nach als Eigentümer der Wirtschafts- und Handelskommune figurieren«.

2.0 Kapital und Wirtschaftswachstum

Die Unterordnung der Produktion und des Konsums unter die Kapitalinteressen wurde bereits dargestellt. Die Entwicklung mündet in die *Krise*. Die aus der ungestörten Arbeit hervorgehende Güter- und Kapitalproduktion

2 Fr. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin-O, 1973 S. 283 f.

drückt auf den *Zins* und tangiert so die *Toleranzgrenze des Kapitaleigners.* Sinkt aus Gründen unternehmerischer Trägheit und aus Sättigungstendenzen auch noch die *Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals,* dann ist die klassische Formel für Investitionsstop gegeben mit den Folgen der Arbeitslosigkeit und dem Gesamtbild der Wirtschaftskrise. Geht die *private* Initiative für Investition und Beschäftigung zurück, ist es nach der inzwischen überall praktizierten Wirtschaftspolitik üblich, durch *Staatsmaßnahmen,* die oft noch über die Notenpresse finanziert werden, die »Wirtschaft anzukurbeln«. *Staatsquote und Inflation steigen gleichzeitig.* Je nach Situation können dann noch vagabundierendes Kapital und Exporterlöse die Geldmengenbilanz der Volkswirtschaft inflationär beeinflussen, gleichzeitig aber die *Planvorstellungen* der Menschen beeinflussen. *Inflationsmentalität* war ein lange Zeit bei uns gehörtes Schlagwort. Erst die Inflationsrate von ca. 10 Prozent berührte in der Bundesrepublik Deutschland 1975 die Toleranzgrenze der Wähler und zwang Regierung und Bundesbank zu deflationären Kursänderungen, die den Kapitalpreis hochdrückten, die Konkurse ansteigen ließen, die Arbeitslosigkeit auf 5 Prozent brachten und das gesamte Wirtschaftsgefüge erschütterten. Seit der Zeit ist *Verunsicherung* das beherrschende Gefühl des wirtschaftenden und konsumierenden Menschen, Stagnation die Folge und Rest-Inflation ihr Verbündeter zur *Stagflation.* Sozialistische und kommunistische Vorschläge zur *Situationsverbesserung* werden am politischen Tagesmarkt gehandelt und tragen auch nicht zur Zuversicht der Wirtschaftssubjekte bei. Sehnsüchtig schielen besonders die Politiker auf die Wachstumsraten vergangener Konjunkturzyklen, und wie die Regenmacher in der Wüste singt alles den Wachstums-Beschwörungsgesang.

2.2 Der Ausweg des Wachstums

Regierungspartei, Unternehmer und Kapitaleigner sehen kaum Anlaß, über das herkömmliche Sozialprodukt als Maß des Fortschritts und des Wachstums zu klagen. Die vielfältigen Bedenken gegen diesen Maßstab sind bekannt und ich kann darauf verweisen. Unter BSP verstehen wir die in Geld berechneten gesamten Güter und Dienste einer Volkswirtschaft in einem Jahr.

»Ohne Investitionen kein Wachstum« ist inzwischen fester Wissensschatz des letzten Bundesbürgers. Weniger bekannt sind die Investitionsbedingungen, ohne die alle moralischen Apelle, Drohungen und Versprechungen nichts fruchten: Die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals muß den landesüblichen Zinsfuß erreichen oder besser übersteigen.

»Seit dem Jahre 1974, als so ein Papier mit 10,6 Prozent einen Normalzins wie nie zuvor abwarf – bei etwas mehr als 7 Prozent Inflation waren es unter dem Strich dennoch nur 3,7 Prozent wirkliche Rendite, – ist der Zins unentwegt in den Keller gestürzt. Inzwischen sind die Kapitalzinsen bei etwa 5,5 Prozent gelandet. Bei einer Teuerung von immer noch 3 Prozent bleiben etwa 2,5 Prozent«.[1]

Der Ertrag der Risikokapitalisten in den Unternehmungen hat aber inzwischen einen Satz von ca. 2 Prozent erreicht, womit seit drei Jahren das klassische Investitionshemmnis von L'<Zi, Kapitalverzinsung<Landeszinsfuß erreicht ist.

Drei Wege bieten sich an, diese Formel zu verändern und Investitionsbereitschaft herzustellen:

a) Die Veränderung der Grenzleistungsfähigkeit
b) Die Manipulation des landesüblichen Zinsfußes
c) die Kostenminderung zugunsten von a)

Der erste Weg heißt verstärkter *Absatzdruck*. Diese Bestrebung wird begünstigt durch unausgelastete Kapazitäten (ca. 75–80 Prozent), dagegen steht der Konsumattentismus der Verbraucher in Krisenzeiten (23,5 Prozent Sparquote 1975, gegenüber 15 Prozent durchschnittlich). Der Konsumneigungsindex sank auf 65, gegenüber einem Indexwert von 105 im Jahre 1972! Werbung und andere Marketinginstrumente in Höhe von ca. 30 Milliarden DM dienen diesem Zweck. (Ausgaben für das Bildungswesen 6 Milliarden) Konsumterror und manipulierter Konsument kennzeichnen das Opfer, den ehemals mündigen Verbraucher!

Gehen die alten Produkte nicht mehr, werden Scheininnovationen über Werbung kreiert, oder gar *neue technische Schübe* dem Verbraucher oder den Nachfragern insgesamt nahegebracht. Als Beispiel möge die *Kraftfahrzeugwelle,* die *Automation,* die *Weltraumfahrt,* die *elektronische Datenverarbeitung,* die *Fernsehzeitung und der Mikroprozessor* angeführt werden. Diese echten Innovationen befriedigen Bedürfnisse und Wünsche und sichern so gleichzeitig einen Anstieg der L'K, der Kapitalverzinsung (L'K = Grenzleistungsfähigkeit der Kapitals = Rentabilitätsgrenze). Sie sind jedoch begrenzt und fast ausschließlich den forschungsintensiven Großunternehmen vorbehalten. Wie schreibt *Thoma* in der Süddeutschen Zeitung (14. 5. 78: Der malträtierte Sparer)? »Es gibt nämlich national wie international mehr anlagewilliges Kapital als gute Anlagemöglichkeiten«. (sic!)

Auch die *Valorisation* ist eine Maßnahme, über induzierte Knappheit das Angebot zu verringern und bei geringer Nachfrageelastizität eine Erlössteigerung durchsetzen zu können. Unter Volarisation verstehen wir heute eine »staatliche Preisbeeinflussung zugunsten der Produzenten«.

1 F. Thoma: Der malträtierte Sparer, in Süddeutsche Zeitung vom 15. 4. 78

In Knaurs Lexikon finden wir noch 1939: »Wirtschaftliche Maßnahmen, die dazu dienen, einer Ware ihren bestimmten Preisstand zu sichern – durch Ankauf und Einlagerung, durch Produktionseinschränkung oder auch teilweiser Vernichtung«.

Der zweite Weg besteht in der Manipulation des landesüblichen Zinsfußes. Hier bietet sich grundsätzlich in einer Volkswirtschaft die Wahl zwischen Kapitalverminderung oder Kapitalvernichtung an.

Bereits der Kapitaltransfer in rentierlichere Volkswirtschaften ist eine Maßnahme, die den Zins generell in den verlassenen Volkswirtschaften hebt. Streiks sind ähnlich zu bewerten, hindern sie doch die ungestörte Arbeit, die allein die zinstragende Kraft der Knappheit beseitigen kann. Je länger eine Wirtschaftskrise dauert, umso nachhaltiger ist der Kapitalmangel später. Auch der von *Gruhl* vorgebrachte Aspekt der Kapitalvernichtung durch Krieg ist nicht – zumindest in seiner Auswirkung – von der Hand zu weisen. Immerhin lag der landesübliche Zinsfuß 1950 bei ca. 9 Prozent, die L'K aber bei 50 Prozent! Heute sind die Verhältnisse 3 Prozent und 2 Prozent!

Der Dritte Weg über Kostenminderung hat den Zweck, die L'K von der innerbetrieblichen Seite her zu heben. Kostensenkung hat viele Gesichter. Sie kann in der wachsenden Nachgiebigkeit der Gewerkschaften bei Lohnforderungen bestehen, in der klaren Erkenntnis, daß der Spatz in der Hand – Arbeitsplatz – besser ist, als die Taube auf dem Dach – zu erkämpfender Lohnzuschlag –.

Ähnlich wird der prinzipielle *Widerstand der Gewerkschaften* und der Öffentlichkeit gebrochen, wenn es um die Frage geht: Kartellierung bzw. Konzernierung zwecks Steigerung der L'K oder Werksstillegung und Verlust von Arbeitsplätzen. Die Vermachtung der Märkte wird erlaubt, um letztlich die Kapitalinteressen nicht zu gefährden. Das gewerkschaftliche Grundziel bleibt auf der Strecke.

Auch das Bestreben, über Rationalisierung auf allen Gebieten Kosten zu senken, wird im Grunde nur verständlich vor dem angezeigten Hintergrund. Ohne die positiven Effekte verkennen zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß auch die Rationalisierung häufig zu Lasten des Produktionsfaktors Arbeit und gegebenenfalls auch zu Lasten der Umwelt vorgenommen wird.

Wir haben uns an all diese Maßnahmen bereits gewöhnt, was ihr äußeres Erscheinungsbild angeht. Auch ist uns die Begründung geläufig:

Hohe Löhne treiben die Inflation

Größere Unternehmenseinheiten sichern Fortschritt, Wachstum und Arbeitsplätze

Rationalisierung ersetzt nur sektoral Arbeitsplätze, per Saldo steigen sie sogar in der Volkswirtschaft.

Über die teils falschen und teils interessengesteuerten Behauptungen möchte ich mich hier nicht ausbreiten; einen *Generalnenner* haben die Maßnahmen alle: Sie gestalten die Grundgleichung für Investitionen kapitalfreundlich und verbraucherschädlich. Sie halten auch keiner kritischen Betrachtung stand, wenn wir an Vorstellungen denken wie Demokratisierung der Wirtschaft, Mittelstandsförderung, Marktmechanismus, Recht auf Arbeit, Sozialpflichtigkeit in Verbindung mit dem Verursacherprinzip.

3.0 Kapital und Umweltproblem in der Krise

Seit Bestehen der Bundesrepublik haben wir von Beginn an Wachstumseinbrüche in fast regelmäßigen Abständen zu verzeichnen gehabt. Die ersten wurden nur von den Statistikern bemerkt, denn ein Absinken der Zuwächse des Bruttosozialprodukts von 9 auf 7 Prozent ist nicht beunruhigend. Nur die weitere Abnahme der Zuwächse bis *unter Null* im Jahre 1976 und die seit fünf Jahren dauernde Stagnation mit Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung hat das Bewußtsein geschärft und den Ernst der Lage aufgezeigt. Erinnern wir uns an die Heftigkeit der letzten Lohnverhandlungen, es wurden nicht mehr die Produktivitätszuwächse verteilt, sondern es ging an den *Besitzstand aus Unternehmer- und Kapitaleinkommen.* Da der Trend ganz eindeutig über fünfundzwanzig Jahre von einem Plus bei 10 Prozent auf unter Null geht, die Krisen ceteris paribus wiederkehren, kann ich nur feststellen: nach allen Anzeichen war die momentane Krise der Vorgeschmack auf kommende, schärfere, ökonomisch-politisch-gesellschaftlich gefährliche Krisen. Es mag erlaubt sein zu fragen, *welche Opfer wir dieser Geldverfassung denn noch bringen müssen, ehe wir* uns von der Schutzklausel ceteris paribus trennen und *neue, systemkonforme* Wege gehen?

Nach dem Motto »Eins allein genügt Ihnen wohl nicht?« kommt zu den angeschnittenen Problemen, die teils schon über hundert Jahre alt sind, das neue säkulare Problem der Umweltgefahr und des Strebens, sie über Umweltschutz zu verringern, gegebenenfalls zu vermeiden.*

3.2 Die ökonomisch-gesellschaftliche Sackgasse

Die Bedeutung der L'K (Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals = Rentabilitätsgrenze) wurde bereits erläutert, ebenfalls ihre Variationsmöglichkeiten. In den jetzigen Zusammenhang gehört es, die »technischen Schübe« der Atom-

* Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft schreibt in ihrem Gutachten »Alternative Möglichkeiten für die Energiepolitik – Heidelberg 1977 – auf S. 152 von der Unvereinbarkeit von hohen ökonomischen Wachstumsraten mit ökologischen Grenzen«.

wirtschaft und des Umweltschutzes in riesigen Beträgen aus öffentlichen und privaten Mitteln ins Bewußtsein zu bringen. So entgegengesetzt sie ihrer Natur nach sind, so sind sie doch *gemeinsam* brauchbar, *die L'K über* das Zinsniveau *zu heben,* Wachstum zu versprechen, Arbeitslosigkeit abzubauen, Politikern zum Erfolg zu verhelfen – kurz- und mittelfristig!

Sie haben nur zwei verschiedene Haken. Die Atomwirtschaft ist umstritten aus ökologischer Sicht. Dieser schlossen sich zunächst einige »gesellschaftlich tragende Kräfte« der Arbeiterbewegung und aus der Parteienlandschaft an. Inzwischen haben die »Eigengesetzlichkeiten des Kapitals« einen Sinneswandel herbeigeführt, welcher Gewerkschaften, F. D. P. und Bankenverband, ja, weitgehend die Öffentlichkeit in das Lager »Atomkraft – ja bitte!« geführt hat.

Der Haken des Umweltschutzes liegt in der Tatsache, daß hier zunächst nur Kosten drohen, keine Gewinne winken, weil die Zurechenbarkeit auf den einzelnen Nutzer fehlt. Zwang führt aus dem Investitionsstreik nicht heraus, verschlechtert nur das Ergebnis der Investitionsformel L'K > Zi und damit das gesellschaftliche Klima. Belohnungen, Subventionen, Zugeständnisse sind die Alternative. Staatseinfluß und Rentabilität steigen somit fast parallel. Staatskapitalismus als Assoziation drängt sich auf.

Investitionen sind sicher erstrebenswert. Aber die Beeinflussung der L'K war nicht im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt und die Maßnahmen zur Veränderung des Zinsniveaus ebenfalls nicht. Dauerkrise, Streik, Arbeitslosigkeit, Aussperrung und Konkurse sind Real-Kapitalvernichter bzw. Kapitalverhinderer, in diesem Sinne die Wegbereiter für ein besseres Investitionsklima. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß die *politische Tragfähigkeit* des Systems eine solche wirtschaftliche Belastung nicht aushält. Da ja bereits der Aspekt der Kostenminderung angeschnitten wurde, sind sicherlich Überlegungen interessant, inwieweit man die *Anforderungen an den Umweltschutz zurückschraubt,* weil man die Subventionen nicht mehr zahlen kann. Das »Diktat der leeren Kassen« *(Schmölders)* bringt die verdrehtesten Resultate hervor.

Eventuell bringt uns eine Besinnung auf die Werte unseres Systems weiter. Die *Soziale* Marktwirtschaft – mit Betonung auf dem ersten Wort – war lange die Garantie dafür, daß vordemokratische Privilegien in Bodenrecht und Geldverfassung sich doch mit Demokratie und funktionierender Marktwirtschaft vertrügen.

Wenn wir den Schienenstrang der ökonomischen Theorie entlanggepeilt hätten, wäre uns früher klargeworden, daß die Schienen am Horizont nicht nur enger scheinen, sondern nach den Ausführungen von *Proudhon, Gesell, Fisher* und *Keynes* auch tatsächlich enger werden. Der kapitalistische Zug muß zwangsläufig nach den Eigenproblemen des Systems langsamer wer-

den, knirschend und fauchend stehenbleiben und den Dienst versagen. Bis die Mannschaft ihre wirtschaftspolitische Trickkiste[1] ausprobiert hat, dürfte der Kessel geplatzt sein, im Falle des »Erfolges« käme man ohnehin nur wieder hundert Meter weiter.

Ein System, welches seine Ertragskraft benötigt, das Wort *»sozial« mit Inhalt zu füllen,* muß in dem Moment scheitern, in dem aus inneren, traditionellen Mechanismen die Ertragskraft schwindet; sozialer Anspruch und soziale Verpflichtung stehen im luftleeren Raum!

Die Anpassungsmentalität, der »moralische Indifferentismus« wird von *Röpke* zu den »Entartungen der Wissenschaft« gezählt. Ich würde *Musgrave's* »normative Theorie der öffentlichen Wirtschaft« ebenfalls hierzu rechnen und sie in die wirtschaftspolitische Trickkiste des Systems einordnen, denn wer auf Ursachenforschung verzichtet, »begibt sich nicht in Gegensatz zu übermächtigen Strömungen der Gegenwart«[2] *Musgrave* geht von dem Grundgedanken aus, die öffentliche Hand solle jene Bedürfnisse der Bürger befriedigen, die der Markt nicht oder zu sehr hohen Preisen befriedigen kann. Warum der Markt diese Aufgabe nicht leistet, wird nicht untersucht![3]

4.0 Kapitalinteressen und Umweltprobleme als Dauergegensatz?

4.1 Der Anspruch der Gemeinschaft an Gemeinschaftsgütern

Wollen wir das *System funktionsfähig* erhalten, gemessen an den seit ca. 200 Jahren gültigen gesellschaftlichen Normen und Übereinkommen, dann müssen wir die *vordemokratischen Privilegien aufheben.* Ich erinnere an die Herkunft des Wortes »privileg« aus privare = lat. rauben und lex = lat. das Gesetz. Es heißt wörtlich: gesetzlich erlaubter Raub.

Die Bodenordnung, so wie sie überkommen ist, genügt keiner modernen Betrachtungsweise bezüglich des Leistungsbegriffes, des Einkommens aus Leistung, der sozialgerechten Verwendung, der ökologisch optimalen Nutzung, der Monopolkritik. Es gibt eine *Vielzahl von Vorschlägen,* die zum Beispiel die jetzige Situation belassen, aber die Gewinne wegsteuern möchten (SPD), *oder* den Boden entgeltlich in Gemeineigentum überführen *(Gesell)* und marktwirtschaftlich verpachten möchten, *oder* den Boden konsequent privatisieren wollen, wobei die steuerlich günstigste Möglichkeit die Eigennutzung durch den Eigentümer ist *(von Heynitz).* Hier können diese Vorstellungen nur pauschal angedeutet werden. Sie sind aber lange

1 Oft wird a priori das Versagen des Marktes aus sich heraus angenommen. Es können Situationen entstehen, die die »optimale Allokation der Ressourcen« nicht gewährleisten, wie etwa in den oben angeführten Manipulationsbeispielen von L'K und Zinsniveau.

2 W. Röpke: Wirrnis und Warheit, Stuttgart 1962, S. 10

3 vgl. Richard Abel Musgrave: Finanztheorie, Tübingen 1966

und gründlich durchdacht, und bezüglich der Brauchbarkeit im Sinne meines Themas würde ich den *Boden als Oberfläche* gerne in Eigennutzung durch den Eigentümer sehen, die Boden*schätze* dagegen in Gemeineigentum mit Verpachtungsmöglichkeit an Private. Ökologische Auflagen, sparsame Verwendung und Machtmißbrauch wären weitgehend berücksichtigt.

4.2 Die Reform der Geldverfassung

Ich erinnere an das Zitat von Engels und daran, wie sehr sich unsere anfänglichen Modellvorstellungen von der Wirklichkeit unterscheiden. Mag hier der Ansatz für eine wirtschaftspolitische Lösung liegen, vorausgesetzt, man hebt den Sparer oder den Großkapitaleigner oder -verwalter nicht aus den Gesetzen der Marktwirtschaft heraus. *Von Heynitz* schreibt in einem Leserbrief zum Kommentar von *Thoma* in der Süddeutschen Zeitung vom 14. 5. 78 »Der malträtierte Sparer« folgendes:

»Der unbefangene Leser könnte aus Ihrem Artikel den Eindruck gewinnen, daß Sparer ohne Rücksicht auf die Kreditmarktlage auch in Zeiten der Investitionsmüdigkeit, gewissermaßen einen Anspruch, ein Recht auf gute Anlagemöglichkeiten, eine angemessene Zinshöhe und damit ein gesichertes Zinseinkommen haben«.

Etwas weiter fährt er dann fort:

»Man vergißt, wer die Wirtschaft am Leben erhält und wem, den Sparern, Produzenten oder Konsumenten, die Wirtschaftspolitik. . . die Priorität einzuräumen hat. . : den Produzenten und Konsumenten«.

Er schließt mit der Frage:

»Lenken heute vielleicht nicht die Nachfrager, sondern die Sparer, also letztlich die Zinseinkommen, die Wirtschaft«?

Ist somit die *Rangskala* der Wirtschaftssubjekte in der jetzigen Lage umrissen, müßte die *Zins- und damit die Investitionsbarriere* beseitigt werden. *Manfred Fischer* bezeichnet sie als das bedeutendste Hemmnis bei der Verwirklichung *alternativer Energien* zur Atomtechnik, wie umfangreiche Berechnungen ergeben haben. Aber auch für *Neugründungen* von Firmen, für den Hausbau, für alle zu finanzierenden Projekte gilt dieselbe Feststellung: *Es gibt mehr Vorhaben, die Investition und Arbeit bringen mit geringerer Zinsbelastungstoleranz, als mit hoher.*

Wir haben uns daran gewöhnt, daß es einen Geldkreislauf gibt. Auch daran, daß man eine Belohnung erwartet in Form von Zinsen, wenn man sein Geld dem Kreislauf verfügbar macht. Aus der ökonomischen Außenseitertheorie stammt die Ansicht, man möge es statt mit dem Zuckerbrot des Zinses mit der Peitsche versuchen, den Geldkreislauf geschlossen zu halten, sofern sonstige marktwirtschaftliche Regelungen nicht greifen. Der Vorschlag einer *Geld-Stillstandssteuer* (Gesell) würde immerhin bewirken,

daß nach den bisherigen Ausführungen der erwartete Zinshorizont des Kapitaleigners von 3 Prozent real um eben diese Steuerspanne gesenkt wird. Er würde dann auch bei der heutigen L'K investieren. Die Produktion liefe weiter bis zur Sättigungsgrenze des Verbrauchers mit diesem Produkt.

Innovationen über keimende Konkurrenz wären denkbar; wesentlich *mehr Projekte* könnten realisiert werden mit wünschenswerten Auswirkungen auf *Beschäftigung, Haushaltslage, Umweltschutz und Bildungssystem.* »Die Not ist die Mutter der nützlichen Künste, der Wohlstand die Mutter der schönen Künste« *(Schopenhauer).* Die These von der »Mittleren Technologie« könnte real werden!

Selbstverständlich würde das Kapital den Fluchtweg ins Ausland suchen. *Freie Wechselkurse* und eine marktwirtschaftlich funktionierende *Kapitaltransfer*-Schleuse würden dafür sorgen, daß dem nichts entgegen steht, sofern der Geldkreislauf der Wirtschaft nicht gestört wird. Kapital könnte, über börsenmäßig gehandelte Nachweise von Kapitaleinfuhren, in ebenderselben Höhe das Land verlassen, wie umgekehrt.

In- und Deflation sind Abweichungen vom Lebenshaltungskosten-Index. Wenn *Friedman* fordert, die Geldpolitik solle nicht von Menschen, sondern von Regeln bestimmt werden, so kann man nur zustimmen. Die wichtigste lautet: Der Geldwert der Währung ist zu stabilisieren.

Das *Metermaß der Wirtschaft* würde nach seiner Eichung ein verläßlicher Maßstab der oben beschriebenen aufkeimenden Unternehmerinitiative. Die *Spielregeln der Marktwirtschaft,* jetzt nicht mehr über Kapitalinteressen verfälscht, würden die gesellschaftliche Verunsicherung des Unternehmers seit Marx beenden. Er würde eine sicher noch vorhandene traditionelle Kapitalistenmentalität (So wenig Geschäft ist besser, als so viel Arbeit) abbauen und die Konzentration als Ausweg aus der Krisenbelastung nicht mehr brauchen.

Die Geldstillstands-Steuer würde mit der Stabilisierung des Geldwertes auch den *Konsumattentismus* beseitigen. Der Unternehmer könnte von einem relativ konstanten Konsum ausgehen, danach relativ konstant investieren, beschäftigen und produzieren. Die alte Forderung *Proudhon's* wäre erfüllt: Gebt der Wirtschaft einen aufeinander abgestimmten Geld- und Güterkreislauf, und die Welt ist geordnet. *Röpke* sieht noch einen Gegensatz, wenn er schreibt:

»Schon jetzt wird man sagen dürfen, daß . . an die Stelle des stabilen Geldes das Ideal des neutralen Geldes treten wird«.[1]

1 W. Röpke: a. a. O., S. 71 Ewige Prosperität?

So kann die Umlaufsicherung des Geldes diesen Gegensatz aufheben: Die Mengenregulierung und die Umlaufsicherung bewirken das stabile *und* neutrale Geld.

4.3 Die Lenkung der Produktion durch die Nachfrage

Inzwischen dürfte klar geworden sein, wie weit wir von der Ansicht *Adam Smith's* entfernt sind, wenn er formulierte:

> Das Ende und der Zweck der Produktion ist der Verbrauch.

Auch die »unsichtbare Hand«, die alles lenke mittels der Eigeninteressen der Menschen, hat sich als Theorie herausgestellt, weil die Praxis durch die »Eigengesetzlichkeit des Kapitals die Bedürfnisstruktur und die Schwerpunkte der Lebensinteressen verfälscht«.[1]

Wenn aber die Herrschaftsinstrumente, die Unordnungsfaktoren beseitigt sind, muß eine *Politik der Stärkung des Konsumenten* für die Steuerung der Produktion sorgen. Es ist Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik, die externen Störungen des Wirtschaftsablaufs, wie Geldwertschwankungen und Krisen, zu verhindern, aber gleichzeitig Aufgabe der Bildungspolitik, mehr ökonomisch-gesellschaftliche Bildungsinhalte und Informationen zu liefern über die Zusammenhänge in *Marktwirtschaft und Ökologie.* Dies kann in einem weitgehend liberalisierten privat-staatlichen Konkurrenzschulsystem nach marktwirtschaftlichen Prinzipien vor sich gehen. Technik, Bewußtsein und Ökonomie könnten in Zusammenarbeit mit *dienendem statt mit herrschendem Kapital* das quantitative Wachstum ablösen und zum qualitativen übergehen, ohne unsere ganze Gesellschaftsordnung auf die eine oder andere Weise zu gefährden. Der besseren Abgrenzung wegen und in Erinnerung an einen Abschnitt der Dogmengeschichte würde ich für dieses System den Begriff Neo-Physiokratismus vorschlagen.

5.0 Ausblick

Bleibt das System so, wie es ist, zahlt die Gesellschaft, das heißt jeder von uns, die von Kapitalinteressen präsentierte Rechnung. Sehen wir Umweltschutz als *superiores* Gut an, fehlt aber die private Zurechnungsmöglichkeit (»spezifisch öffentliches Bedürfnis« nach R. A. Musgrave), bleibt nur die *Besteuerung der Allgemeinheit,* damit über Staatsaufträge *Umweltschutz rentabel* wird. Insofern dienen die »Grünen Listen« in der Parteilandschaft ohne alternative ökonomische Theorie der Festigung eben des Faktors in unserer Gesellschaft, der maßgebend dafür verantwortlich ist, daß es ein Umweltproblem überhaupt gibt. Der Faktor heißt Interesse des »personifizierten Kapitals«.

1 Herrschinger Seminar I 1978, Programm: Die Verantwortung des Menschen

Die »Grünen« teilen damit das Schicksal Luthers, der die katholische Kirche angriff und zu ihrer Erneuerung beitrug. Sie teilen das Schicksal von Marx, der den Frühkapitalismus revolutionär beseitigen wollte und ihn evolutionär stärkte.

An dieser Stelle darf ich den Brief eines Bekannten an die Adresse ursachenscheuer Umweltverbesserer ohne Angabe von Namen zitieren. In diesem Brief ist die Problematik nochmals pointiert und zusammenfassend widergegeben.

Sehr geehrter Herr X!

Vielen Dank für Ihre umfangreiche Briefsendung, die ich mit Interesse mehrfach gelesen habe. Ich bin sehr beeindruckt von der nicht zu überbietenden Gutwilligkeit und der gleichgroßen Euphorie, mit der Sie sich für die »Grüne Liste« als der »Neuen Großen Partei«, der »Partei des Lebens« und unserer Hoffnung einsetzen.

Entfernt man jedoch die überdick aufgetragenen Schichten von Schlagsahne, Zuckerguß und Vorschußlorbeeren, dann bleibt dem wirklich Suchenden nur ein kleines Häufchen von Fragezeichen und Tabus übrig, für die keine Diagnose oder gar Therapie angeboten wird. An keiner einzigen Stelle sagen Sie zusammen mit der »Grünen Liste«, wodurch die von Ihnen mit Recht angeprangerten, verwünschten, negativen Erscheinungsformen entstanden sind und was zu ihrer Überwindung erforderlich ist. Die Gedankenbasis bleibt ganz in den alten, unzureichenden Kreisen, die die AUD und viele andere nicht minder gut gemeinte Bemühungen schon seit Jahren zu Kleinparteien verurteilen. Mit dem Miniprogramm und der Umweltschutzbeschränkung der »*Grünen Liste*« wird lediglich eine neue Sphäre im ptolemäischen Weltbild installiert.

Die hierfür vorrangig geforderte Einigkeit soll durch Kompromisse und Zurückstecken eigener Erkenntnisse erreicht werden. Statt also den Nenner zu erweitern, müssen die Zähler gekürzt werden, so daß durch die entstellenden Kompromißabstriche nur noch ein Häufchen von Kleinkaliberschützen übrigbleibt, das die fast uneinnehmbare Festung der Lebensbedrohung stürmen soll. »Diese Disziplin heißt Unterordnung unter das Notwendige« (?) schreiben Sie, was andere Parteien linientreuen Fraktionszwang nennen. Aus diesem Grund muß zum Beispiel ein Vorstandsmitglied der »Grünen Liste« sein bestfundiertes Wissen über die sozialen Störungsursachen und ihre Überwindung verheimlichen und verleugnen, damit er den zu engen Rahmen der GLU nicht durchbricht. Kopernikus ist unerwünscht, und das vielleicht mit voller Absicht, um, wie vor 450 Jahren, den Nutznieß der ptolemäischen Irrungen zu sichern. Der Ablenkungsköder wird kritiklos aufgegriffen und trotz seiner Inhaltslosigkeit mit Euphorie zum Wundertier aufgeblasen.

Damit ist die Gefahr für das System beseitigt und für das Leben hoffnungslos gewachsen. Ihre Erwartungen auf den Wahlkampf nach der Wahl stehen in den Sternen, denn der nächste Wahltermin wäre das berühmt-berüchtigte Jahr 1984, in dem guter Sachkenntnis zur Folge eine demokratische Wahl nicht mehr stattfindet. Dem etablierten System geht es lediglich darum, alle gegenwärtigen noch möglichen Gefahren der freien Meinungsäußerung und demokratischen Entscheidung für die Wahl von 1980 auf ein Minimum zu reduzieren. Das gelang durch die programm- und damit gefahrlose Meckerecke »Grüne Liste Umweltschutz«, in der sich die Begeisterung unter Preisgabe der Vernunft und Verantwortung nach Herzenslust austoben kann.

Sie wollen bitte Verständnis dafür haben, daß ich meine Aufgabe weiterhin in der Ursachenüberwindung sehe.

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr YZ

Wollen wir die uns umgebende Natur nicht weiterhin als Produktionshilfsmittel privatisieren, zur privaten Einkommensquelle einer Minderheit, zum kaum wiedergutzumachenden Nachteil der Mehrheit bzw. der Gesamtheit,

wollen wir die oberflächliche Kosmetik der wachsenden Staatseingriffe nicht, die die Freiheit insgesamt bedrohen, die Steuerlast immer mehr vergrößern, letztlich aber nur den Kapitalinteressen zuarbeiten,

wollen wir die permanente Bedienung des Kapitals nicht, weil wir nicht einsehen, daß der Geldfluß im Kreislauf auch noch über Zins belohnt werden muß; daß umweltschädigende Produktion zunächst rentabele Produkte erzeugt und an der Beseitigung der eigenen Abfälle auch noch verdient, dann müssen wir das Damoklesschwert der Krisengefahr über uns herunterholen, denn es schneidet gleichzeitig nachhaltig alle Vorstellungen über Umweltschutz, die Kosten verursachen, ab; es hämmert uns mit flacher Klinge die Priorität des Wachstums ein, bis alle gesellschaftlichen Gruppen sie begriffen und akzeptiert haben. Die Präparation der öffentlichen Meinung ist in vollem Gange: Bei Null-Wachstum müssen wir mit 6,6 Millionen Arbeitslosen im Jahre 2000 rechnen (etwa soviel, wie in der Weimarer Republik) auf kürzere Sicht werden es 1980 immerhin 1,7 Millionen sein, wenn man den Hochrechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft folgt.

Wollen wir das alles nicht, dann müssen wir uns zu evolutionären Sprüngen entschließen innerhalb der uns durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten.

Die allseits weitverbreitete Ansicht über den planenden, allmächtigen und allwissenden (Computertechnik!) Staat und seiner Hilfestellung in diesem Dilemma vermag ich nicht zu teilen.

Ich kann auch Herrn *Gruhl* nicht folgen, wenn er schreibt:

> »Daß die Völker schon bald ihre Güter rationieren werden, ist gewiß, wie zwei mal zwei gleich vier ist«.[1]

Wir haben meines Erachtens nicht den Absolutismus durch liberale Gedanken überwunden, um uns jetzt voller Ratlosigkeit und Zukunftsangst in die Arme eben dieser gleichen Staatsallmacht zu werfen, zumal fest steht, daß die Lösung nicht besser, wahrscheinlich aber schlechter sein wird.

Auch die freiwillige Reduzierung des Lebensstandards auf das Niveau der Neandertaler ist keine Alternative. Es ist nachhaltig zu bezweifeln, ob für die Konservierung von Rohstoffen zu Gunsten kommender Generationen der Nachteil eines Zivilisations- und Kulturverfalls in Kauf genommen werden soll. Wer letzten Endes weiß, auf welche Weise wir optimal für die kommenden Generationen vorsorgen sollen? Hat nicht jede Generation *ihre* Probleme und ihre eigenen Lösungen gefunden? Ich brauche doch nur an meine eigenen Kinder zu denken! Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier wird nicht etwa der Harmlosigkeit von Langzeit-Giften das Wort geredet. Solche Hypotheken muß die verursachende Generation tragen, und wenn sie das nicht kann oder will, muß man ohne auskommen.

Abschließend möchte ich zusammenfassen, was ich will:

Das Individuum genießt in seinen Plänen und Vorstellungen Priorität. Eigenliebe und Gesellschaftsbezug sind durch ein konkurrierendes staatlich-privates Schulsystem zu vermitteln. Gleichzeitig Kenntnisse in ökologischen und marktwirtschaftlichen Zusammenhängen.

Eine solche Nachfrage kann die Produktion bestimmen. Die Machtposition des Kapitals und sein Einfluß auf Unternehmer und Konsumenten ist zu neutralisieren durch eine neue Geldverfassung.

Eine solche Geldverfassung sichert die mittlere Technologie gegen Krisen und Konzerne und fördert die Konkurrenz zu Gunsten des Verbrauchers.

Ökologische Fragen sollten dem Selbstbestimmungsrecht unterliegen und bei Interessenkollision höchstrichterlich entschieden werden.

Produkte und Stoffe sind außer auf ihre Hauptwirkung auch auf ihre Nebenwirkung zu untersuchen und mit der Produzentenhaftung zu belegen. Emissionen unterliegen dem Verursacherprinzip.

Ein neues Bodenrecht soll die Boden-Oberfläche für die Nutzung innerhalb ökologischer Rahmenbedingungen ermöglichen. Bodenschätze werden

1 H. Gruhl, Ein Planet wird geplündert, a. a. O., S. 346

in Gemeineigentum überführt und an Nutzer verpachtet. Die Bodenrente wird Privaten entzogen.

Die neue Geldverfassung garantiert die geeichte Mark, zum ersten Mal in ihrer Geschichte. Inflation und Deflation sind gebannt. Gespartes bleibt erhalten, Kredite werden zwangsläufig billiger.

Eine solche Volkswirtschaft kann sich auch die Mittel leisten, die für einen wirksamen Umweltschutz notwendig sind. Für ihn ist zunächst der Verursacher, Konsument oder Produzent, zuständig. Erst subsidiär greift der Staat ein.

Mit dieser wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Skizze rechne ich damit, die Nachteile des jetzigen Systems vermeiden zu können ohne seine unbestrittenen Vorzüge aufs Spiel zu setzen.

Definitionen der Begriffe *Kapital* und *Kapitalismus* (1)

	Kapitalist / Kapital	*Kapitalismus*
Meyer's Konversations-Lexikon 1905	S. 589 f Im Gegensatz zur Arbeit Hilfsmittel zur Produktion; Über die Frage, *wer* Kapitalist ist, entscheidet teils die Beschaffenheit des Gegenstandes, teils der Wille des Besitzers.	S. 591 Eine Produktionsweise, die unter der Herrschaft und Leitung des Eigentümers des Kapitals, des Kapitalisten vor sich geht. Daß der Kapitalismus auch schlimme Seiten aufweist, kann nicht geleugnet werden. Das Wort wird übrigens auch gebraucht, um die Herrschaft der Geldinteressen zu bezeichnen.
Meyer's Konversations-Lexikon 1927	S. 974 Unter Kapital versteht man in der VWL zweierlei: 1) das Kapital als Produktionsmittel, 2) das Kapital als Rentenquelle. Es umfaßt alle Güter, die von ihrem Eigentümer zum Zwecke des Zinsbezuges anderen überlassen werden. S. 976 Kapitalist ist jemand, der sein Einkommen ganz oder zum größten Teil auf Grund seines Eigentumsrechtes in Form von Zinsen, Dividenden oder Geschäftsbeteiligungen erhält. (arbeitsloses Einkommen).	S. 975 Kapital als wirtschaftlich-soziologischer Begriff eine Form der individualistischen Wirtschaftsordnung, in der 1. die Produktion nicht für den Bedarf des einzelnen Konsumenten, sondern für den Markt geschieht, 2. die Leistung der Produktion in Händen von Unternehmern liegt, die einen Gewinn anstreben und dementsprechend die Richtung der Produktion bestimmen, 3. eine soziale Kluft zwischen dem Leiter der Produktion und den ausführenden Arbeiten besteht, 4. wesentliche Teile der Bevölkerung ein arbeitsloses Einkommen auf Grund ihres Eigentums beziehen.
Meyer's Konversations-Lexikon 1962	S. 665 Kapital: 1. Wert, der durch die Ausbeutung von Lohnarbeit - Mehrwert abwirft. Kapital ist eine an die Eigentumsverhältnisse gebundene Kategorie 2. »Das Kapital«: Titel des Hauptwerks v. Karl Marx S. 666 Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kapitalismus.	S. 667 f Kapital: Besitzer von Kapital in Form von Geld, Produktionsmitteln, Waren, Wertpapieren und anderen Werten, die zur Ausbeutung der Lohnarbeiter und damit zur Aneignung von Mehrwert dienen. 1. fungierender Kapitalist: selbst als Leiter des Ausbeutungsprozesses tätiger Kapitalist. 2. Leih-Kapitalist, der sein Kapital dem fung. Kapitalisten zur Verfügung stellt und dafür einen Zins erhält als Teil des aus den Arbeitern herausgepreßten Mehrwerts.

Definitionen der Begriffe *Kapital/Kapitalist/Kapitalismus* (2)

	Kapital / Kapitalist	*Kapitalismus*
Karl Marx	Kapital ist geronnene Arbeit *Kapital ist Mehrwert heckender Wert* Kapital sind produzierte Produktionssmittel *Der Kapitalist ist personifiziertes Kapital.*	s. Meyer's Konversationslexikon von 1962
Oswald von Nell-Breuning S. J.	Kapital ist zur Investition verfügbares Geld (Kapitalismus – kritisch betrachtet Freiburg 1974, S. 19) Kapital ist Vermögen, insbesondere Erwerbsvermögen (S. 23) Eigentum = Vermögen (Aktuelle Fragen der Gesellschaftspolitik Köln 1970, S. 62)	Eigentum – Vermögen – Konsumgüterbesitz: »Selbstverständlich würden diese Menschen (die Arbeitnehmer) ihre Habseligkeiten, angefangen von Gegenständen des täglichen Bedarfs bis zur Musiktruhe, zum Fernsehgerät und zum Auto mit Zähnen und Klauen verteidigen, aber mit Vermögen, mit unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung am Sachkapital, am Produktionsmittelapparat der Wirtschaft wissen sie nichts anzufangen«. (Aktuelle Fragen . . S. 62)
Pierre Joseph Proudhon J. Silvio Gesell	*Kapital* ist kein Sachgut, der *Mehrwert* nicht Produkt eines Sachgutes, beide sind abhängig von den Marktverhältnissen, das heißt von Angebot und Nachfrage. (Die Natürliche Wirtschaftsordnung, 7. Aufl. 1931 S. 5) Kapital ist zinstragendes Eigentum Kapitalismus ist Zinswirtschaft	Kapitalismus ist ein System der künstlichen Kapitalknappheit, die den Zins konserviert durch künstliche Hemmungen, die von unserem verkehrten Bodenrecht und unserem ebenso verkehrten Geldwesen herrühren. Beseitigen wir sie, wird dadurch erst unsere heutige Wirtschaftsordnung zur vollen Entfaltung ihres urgesunden Grundgedankens verholfen, weil die Arbeiter es ganz in der Hand haben, durch ihre Arbeit die Knappheit des Kapitals so zu beseitigen, daß der Mehrwert restlos verschwindet und die Produktionsmittel ihre Kapitaleigenschaft einbüßen. (NWO., S. 9)
Aldous Huxley/ Herbert Gruhl	Kapital ist, was übrig bleibt, nachdem die primären Bedürfnisse einer Bevölkerung befriedigt sind. (in Gruhl: Ein Planet wird geplündert, S. 197 f)	

Die politische Dimension des geplanten Europäischen Währungssystems

– Oder: Wie tief schläft die parlamentarische Opposition? –

Joachim Starbatty

Die Schaffung eines Europäischen Währungssystems ist ein Wagnis; auch Bundeskanzler Schmidt hat das eingeräumt. Es ist der Versuch, die Partner der EG über die Zusammenlegung von nationalen Devisenreserven und Erarbeitung gemeinschaftlicher Interventionsregeln zu einer Währungsgemeinschaft zusammenzuschweißen, ohne daß sich diese der Souveränität auf eine eigenständige nationale Inflationsrate begeben haben. Die Währungsgemeinschaft kann mithin zu einer Inflationsgemeinschaft verkommen oder auseinanderbrechen, sofern ein Konsens über die Höhe der gemeinschaftlichen Inflationsrate nicht zustandekommt. Die währungspolitischen Architekten beginnen mit dem »Dachausbau«, ohne sich über die Fundamente des Hauses einig geworden zu sein.

Die Bauweise entspricht der innerhalb des europäischen Einigungsprozesses öfter angewandten »Sachzwangstrategie«. Der gemeinsame Agrarmarkt hat seine Entstehung diesem Vorgehen zu verdanken; denn den damaligen Verhandlern war bewußt, daß ein gemeinsamer Agrarmarkt mit gemeinschaftlichen Preisen auf Dauer nur Bestand hätte, wenn sich die nationalen Preisniveaus nicht länger auseinander bewegten. Die Hoffnung, die Existenz des Agrarmarktes übe eine disziplinierende Wirkung auf die nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken aus, hat getrogen: Der inzwischen wieder renationalisierte Agrarmarkt – mit innergemeinschaftlichen Abschöpfungen und Erstattungen – ist zu einer Finanzierungsgesellschaft mit unbeschränkter Nachschußpflicht »denaturiert« worden.

Die erheblichen Risiken der Sachzwangstrategie können die Schaffung einer Europäischen Währungsgemeinschaft und damit wohl das Europäische Einigungswerk überhaupt scheitern lassen. Daher müssen bei diesem Vorhaben Sicherungen eingebaut werden, auch wenn dadurch der Einigungsprozeß verzögert werden sollte. Dies ist keine Verschleppungstaktik, sondern aus der Erkenntnis erwachsen: Je risikoreicher eine Expedition, desto sorgfältiger müssen Marschroute und -gepäck ausgesucht und zusammengestellt werden. Wenn die Bundesregierung den Einbau von Sicherungen nicht vorschlagen mag, weil dies Mißtrauen in die Solidarität der Wirtschaftspolitik der Partnerstaaten signalisiere, so hätte das Parlament die Pflicht und Schuldigkeit, überhastetes Handeln der Bundesregierung zu verhindern und die währungspolitischen Weichen in Richtung einer Gemeinschaft der Stabilität und des Wachstums zu stellen.

Ein Blick auf die währungspolitische Bühne läßt jedoch den Zuschauer erstaunen: Zwei Regierungschefs – der französische Staatschef und der deutsche Regierungschef – agieren samt ihren »Büchsenspannern« vorne an der Rampe, das Parlament hat die Rolle des Chores in der griechischen Tragödie übernommen, der das Drama bisweilen freudig, bisweilen wehklagend verfolgt, ohne aber selbst in das Geschehen einzugreifen. Während das Parlament ansonsten über die Regelung irgendeiner Lappalie, die ein Ministerialrat in Gesetzesform gegossen sehen möchte, in dreimaliger Lesung befindet und in entsprechenden Ausschüssen Punkt für Punkt berät, überläßt es derzeit gänzlich dem Bundeskanzler, die Weichen für unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft zu stellen. Wofür brauchen wir überhaupt ein Parlament, wenn es nicht zu existentiellen Entscheidungen Stellung nimmt und Mitwirkung sucht? Aufgrund welchen Rechts trifft der Bundeskanzler währungspolitische Abmachungen, die den Wechselkurs der DM, die Verfügung über die Devisenreserven und die Autonomie der Deutschen Bundesbank betreffen? Wenn es hierzu nicht ausdrücklich ermächtigt ist, dann hat er Rechte von Parlament und Bundesbank usurpiert.

Zunächst zur Frage, wer über die Kompetenz zur Festlegung des Wechselkurses verfügt. Als Usance hat sich herauskristallisiert, daß die Bundesregierung über Paritätsfragen entscheidet. Diese Praxis ist aber durch gesetzliche Bestimmungen zumindest nicht eindeutig abgesichert. Als Grundlage für die Kompetenz der Paritätsfestsetzung hat die Bundesregierung den Bericht des Bundestagsausschusses für Geld und Kredit über den Entwurf eines Gesetzes über die Deutsche Bundesbank (»Scharnberg-Bericht«) herangezogen. Hiernach sei die Festsetzung des Wechselkurses durch das Ratifikationsabkommen über den Internationalen Währungsfonds geregelt, die Kompetenz hierfür liege bei der Bundesregierung. Diese Interpretation des »Scharnberg-Berichts« wird von Verfassungsrechtlern in Frage gestellt. W. Hoffmann (Rechtsfragen der Währungsparität, München 1969) verweist darauf, daß in dem vom »Scharnberg-Bericht« angezogenen Ratifikationsabkommen Vereinbarungen über den Wechselkurs nicht erwähnt seien; insofern ließe sich hieraus keine Kompetenz für irgendein Bundesorgan ableiten. Ferner ist dieses Abkommen nach dem Übergang zum Floating (März 1973) gegenstandslos geworden. Auch aus der Vorschrift des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes zur außenwirtschaftlichen Absicherung läßt sich keine Kompetenz der Bundesregierung für Paritätsfragen herleiten.

Gleichwohl kann man der bisher geübten Praxis bei Paritätsänderungen die sachliche Logik nicht absprechen: Auf- oder Abwertungen waren notarielle Beurkundungen dessen, was vom Markt erzwungen wurde; überdies konnten Beratungen hierüber nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden.

Ganz anders steht es, wenn die Bundesregierung die Entscheidung über die Parität der DM faktisch ausgliedern will; dies wird materiell getan, wenn die Devisenreserven in einen Topf geworfen werden, um über mehr Interventionsmasse zur Verteidigung der Europäischen Wechselkurstruktur zu verfügen. Eine Entscheidung über die Kompetenzverlagerung wird nicht vom Markt erzwungen, steht nicht unter Zeitdruck und darf getrost oder soll sogar auf dem offenen Markt ausgetragen werden. Es ist Aufgabe des Parlaments bzw. der Opposition als dem eigentlichen Kontrollorgan der Bundesregierung, den Bundeskanzler in seine Schranken zu weisen und den vollen parlamentarischen Beratungsgang samt Mitwirkung des Bundesrates zu erzwingen. So war beispielsweise bei einem so lächerlichen und wirkungslosen Vorhaben wie der steuerlichen Be- und Entlastung von grenzüberschreitenden Warenströmen die parlamentarische Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat selbstverständlich.

Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich die Bundesregierung bei der Übertragung eines Viertels der deutschen Devisenreserven auf einen von den EG-Partnern gemeinschaftlich verwalteten Fonds? Handelt es sich hier um Finanzmittel, die der Bundesregierung durch parlamentarischen Beschluß für diesen Zweck zugewiesen wurden? Die Devisenreserven sind vielmehr Resultat eines jahrzehntelangen Exportüberschusses, an dessen Erwirtschaftung die gesamte deutsche Volkswirtschaft beteiligt war. Die Verfügung über diese Mittel ist eine Angelegenheit des Parlaments als des vom deutschen Volk gewählten Verfassungsorgans.

Die Vergemeinschaftung der Devisenreserven stellt ein Inflationspotential dar und wird die Inflationsraten der stärker stabilitätsorientierten Länder auf das Niveau der Länder mit einer großzügigeren währungspolitischen Moral anheben. Entsprechende Erwartungen haben EG-Partner und auch die Führungen der deutschen Gewerkschaften geäußert. Alle Absprachen und Finessen bei der Ausgestaltung der Interventionsregeln können das abmildern, aber nicht verhindern. Dies liegt in der Natur der Sache beschlossen; denn der Sinn der Vergemeinschaftung der Devisenreserven ist ja gerade der, denjenigen Ländern internationale Liquidität zu verschaffen, die aufgrund reichlicher nationaler Liquiditätsschaffung und höherer Inflationsraten auf den Fonds zielen müssen, um ihre Parität gegenüber der sogenannten internationalen Spekulation zu verteidigen; der Fonds wird desto stärker in Anspruch genommen, je laxer die währungspolitische Moral einiger Partnerstaaten ist. Die gemeinschaftliche Verantwortung für die Stabilität der Wechselkurse der EG-Partner untereinander ist die faktische Teilhabe der stabilitätsorientierten Länder an der Inflationierung der anderen. Wie im Bretton-Woods-System können natürlich die stärker stabilitätsorientierten Länder versuchen, sich der inflatorischen Ansteckung durch fall-

weise Aufwertungen zu entziehen. Paritätsänderungen wären dann wieder ein Politikum ersten Ranges, die – wie gehabt – zu spät und unzureichend dimensioniert vorgenommen werden. »Difficile est satiram non scribere« wird derjenige sagen, der das währungspolitische Geschehen bis zum März des Jahres 1973, also bis zum Floating der DM, aufmerksam verfolgt hat.

Nach Einführung der gemeinschaftlichen Verantwortung für die Stabilität der Wechselkurse trüge die Geldpolitik der Bundesbank wieder den Januskopf: Will sie im Inneren durch eine Politik des knappen Geldes mehr Stabilität erreichen, als dies die Partner glauben sich leisten zu können, so hat sie gegen Liquiditätszuflüsse von außen zu kämpfen. Geldpolitik wird dann nicht mehr in Bonn, sondern in den anderen europäischen Hauptstädten gemacht, so wie sie unter dem Bretton-Woods-Regime in Washington gemacht wurde. Damit wird die Autonomie der Notenbank unterlaufen.

Als der Gesetzgeber – aus Erfahrung klug geworden – der Bundesbank das Monopol über die Notenausgabe einräumte, hat er zwar nicht gewollt, daß sie – losgelöst von wirtschaftspolitischen Zwängen – stabilitätspolitischen Blütenträumen nachhänge; er hat ihr daher die Verpflichtung auferlegt, auch auf die Ziele Vollbeschäftigung und Wachstum Rücksicht zu nehmen und die Politik der Bundesregierung zu unterstützen, doch hat er – in Verschärfung des Textes der Regierungsvorlage – ausdrücklich hinzugefügt: »Unter Wahrung ihrer Aufgabe«. Der Gesetzgeber war sich über mögliche Spannungen zwischen Bundesbank und Bundesregierung im klaren. Er hat sie bewußt in Kauf genommen. Wenn einer Regierung der geldpolitische Kurs der Bundesbank nun gar nicht paßte oder wenn sie ihn sogar für schädlich hielt, so sollte sie nach dem Willen des Gesetzgebers ihre Bedenken und Änderungswünsche dem Parlament vortragen, das dann durch Novellierung des Bundesbankgesetzes – also über einen parlamentarischen Beratungsgang – für Abhilfe sorgen könnte. Der »dramatische« Konflikt zwischen Bundesregierung und Bundesbank sollte öffentlich und unter Mitwirkung des Bundestages ausgetragen werden – so der Gesetzgeber im »Scharnberg-Bericht«. Dies alles weist darauf hin, daß das Parlament bei existentiellen ordnungspolitischen Entscheidungen die letztverantwortliche Instanz für das Schicksal der Währung sein sollte. Eine Entmachtung der Bundesbank »par ordre de Mufti« ist vom Gesetzgeber nicht gewollt.

Welche Richtung aber sollte der Deutsche Bundestag einschlagen, um den Weg zu einem »geldpolitischen Nothilfesystem« (Karl Schiller) zu verbauen. Hier ist ein kurzer Blick auf die politischen Auseinandersetzungen um die Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingangs der 70-iger Jahre nützlich. Angesichts der Kontroversen um währungs- oder wirtschaftspolitische Vorrangigkeit einigte sich die von

den EG-Partnern eingesetzte Expertengruppe unter dem Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten, Pierre Werner, auf folgende Kompromißformel: Währungs- und wirtschaftspolitische Kooperation und Koordinierung sollten einander entsprechen und gleichgewichtig vorangetrieben werden. Drei »Parallelitäten« waren zur Absicherung des Kompromisses verankert worden:

- gleichzeitiges Voranschreiten in Währungs- und Wirtschaftspolitik;
- Aufgabe nationaler Kompetenzen nach Maßgabe des Aufbaus supranationaler Kompetenzen;
- Entsprechung von supranationalen Kompetenzen und supranationalen Kontrollrechten.

Es ist aus der Sicht der Europäischen Integration unabdingbar, daß sich *die EG-Partner im Rahmen des zu schaffenden Europäischen Währungssystems* auf diese drei »Parallelitäten« verständigen oder Sicherungen einbauen, um das Nachziehen wirtschaftspolitischer Koordinierung zu gewährleisten; doch dürften diese allein nicht hinreichen, um den Integrationsprozeß voranzutreiben.

Im Zuge der politischen Verhandlungen über den »Werner-Bericht« kam es seinerzeit zu erheblichen Differenzen zwischen der französischen und den übrigen Regierungen. Bei bilateralen Verhandlungen ist die damalige deutsche Regierung der französischen entgegengekommen – Vereinbarung über kurz- und mittelfristige Beistandskredite und über die Verengung der Bandbreiten. Um den Weg zu einem »200 Milliarden Dollar-Mißverständnis« (Karl Schiller) mit einigen Sperren zu versehen, hat der damalige deutche Wirtschaftsminister, Karl Schiller, sogenannte »Vorsichtsklauseln« in das Vertragswerk einbringen können, nach denen die währungspolitischen *Vorleistungen wegfallen sollten, sofern sich die EG-Partner über die notwendige* wirtschaftspolitische Koordination nicht einigen könnten.

Diese Klausel blieb ohne Wirkung: Weder haben sich die EG-Partner über die wirtschaftspolitische Koordination einigen können noch sind die währungspolitischen Vorleistungen außer Kraft gesetzt worden. Es gehört schon politisches Stehvermögen dazu, um die integrationsfördernde Wirkung solcher »Vorsichtsklauseln« zur Wirkung zu bringen. Der Ministerrat hat schlicht die Verlängerung des kurz- und mittelfristigen Beistands über den Stichtag hinaus bis zum 31. 12. 1979 beschlossen, und kein Vertreter der deutschen Bundesregierung hat auf die Einhaltung der früheren Abmachungen gepocht. Zwischenzeitlich sind die Kredite, die sich die Notenbanken gegenseitig gewähren können, sogar kräftig aufgestockt worden.

Die Expedition in währungspolitisches Neuland wird scheitern, wenn die wirtschaftspolitische Absicherung ausbleibt. Darüber sind sich alle Experten *einig. Wer aber auf die nachfolgende wirtschaftspolitische Harmonisierung*

wegen der disziplinierenden Wirkung des Währungsverbundes hofft, wird vergebens warten. Schon das beträchtliche Interventionsvolumen des Europäischen Währungsfonds wirkt der Disziplinierung entgegen; denn dasjenige Mitgliedsland, dessen währungspolitische Moral schlechter ist als die der übrigen, kann ja berechtigterweise darauf hoffen, daß ihm Kreditspritzen aus dem Fonds das Leben mit der Inflation erleichtern. Übertragen in ein anderes Bild: Als ob man von einem Menschen, der dem Rauschgift verfallen ist, erwarten könnte, daß er von seiner Sucht abgebracht werden könnte, wenn man ihm zusätzlich »Stoff« verschaffte mit der Bedingung, diesen nach absehbarer Zeit – mit Prolongationsmöglichkeiten – wieder zurückzugeben.

Wie man es auch dreht und wendet: Ohne eine gemeinschaftlich betriebene stabilitätsorientierte Geld- und Wirtschaftspolitik geht nichts. Dies wiederum erfordert parlamentarische Kontrollen auf europäischer Ebene. Ein für Geld- und Wirtschaftspolitik verantwortliches Gemeinschaftsorgan muß auf korrespondierender Ebene kontrolliert werden – von einem Europäischen Parlament. Das derzeit in Straßburg residierende Parlament ist dazu nicht in der Lage: Es darf tagen, reden, Berichte abfassen und Anfragen stellen, aber es hat nichts zu sagen. Überdies ist es nicht durch direkte Wahlen legitimiert. Das letztere wird sich bald ändern. Die französische und britische Regierung haben dem Projekt Europäischer Direktwahlen stattgegeben; allerdings haben beide Regierungen – die französische mit Rücksicht auf die Gaullisten – ihre Zusage an die Bedingung geknüpft, daß auch das direkt gewählte Parlament nichts zu sagen haben darf. Wenn das Europäische Währungssystem, gerade wenn es ernsthaft betrieben wird, nicht frühzeitig scheitern soll, dann bedürfen jedoch die politischen Entscheidungen von gemeinschaftlichen Organen einer fundierten demokratischen Legitimation.

Es liegt auf der Hand, daß der Bundeskanzler dies seinem französischen Gegenüber nicht abverlangen kann. Deswegen sollte der Deutsche Bundestag in die Bresche springen, indem er die Ausgliederung politischer Kompetenzen und die Weggabe eines Viertels der Devisenreserven als Faustpfand für die verbriefte Zusicherung unmittelbarer Kontroll- und Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments hält. Er darf sich mit Vertröstungen dergestalt abspeisen lassen, daß dem Europäischen Parlament auf lange Sicht wegen der erstklassigen demokratischen Legitimation Kontroll- und Mitwirkungsrechte nicht vorenthalten werden könnten. Das mag ja sein, doch könnte inzwischen das Europäische Einigungswerk gestrandet sein. Merkspruch für den Bundestag: Man muß das (währungspolitische) Eisen schmieden, solange es heiß ist.

Werk und Wirken Alfred Müller-Armacks (1901–1978)

Joachim Starbatty

I.

Am 16. März 1978 starb *Alfred Müller-Armack,* ordentlicher Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften und Staatssekretär a. D., nach kurzer Krankheit im Alter von 76 Jahren. Für alle, die ihn näher kannten, kam sein Tod überraschend, hatten sie doch noch kurz zuvor entweder im persönlichen Gespräch sein konjunktur- und gesellschaftspolitisches Engagement erfahren oder das souveräne Plädoyer des Vorsitzenden der *Ludwig-Erhard-Stiftung* für eine freiheitliche und sozialverpflichtete Gesellschaftsordnung anläßlich der Verleihung des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik gehört. Mit Müller-Armack starb ein Mann, der die seltene Gabe besaß, konzeptionelles Denken mit politischer Gestaltungskraft zu verbinden. Sowohl Wissenschaft als auch Politik werden seine Anregungen und Ideen, seine Ermunterung und Kritik schmerzlich vermissen. Seine Schüler und seine Mitarbeiter haben darüberhinaus einen Lehrer verloren, der ihnen nicht nur Handwerkszeug und Wissen vermittelte, sondern mehr noch Lebensanschauung, Weltsicht.

Das von Müller-Armack gegründete *Institut für Wirtschaftspolitik* an der Universität Köln ist eine Brutstätte ordnungspolitischer Ideen zur Aus- und Weitergestaltung der Sozialen Marktwirtschaft geworden und für die Institutsmitglieder zugleich ein Ort der Geborgenheit, der Zuflucht, ein Stück »Heimat«. Arbeitete man im Institut, so gehörte man einer Lebensgemeinschaft an. Müller-Armacks *irenische* Natur sorgte für ein Klima gedeihlicher und freundschaftlicher Zusammenarbeit. Er liebte es, sein Institut bei Festlichkeiten um sich zu scharen – und Gründe hierzu ließen sich Gott sei Dank immer finden – und alle erfreuten sich an seinen unnachahmlichen, humorvollen und liebenswerten Ansprachen oder Tischreden. Als gütige Fee im Hintergrund – von den Institutsmitgliedern liebevoll »Presidenta« genannt – kannte seine *Frau Irmgard* alle Geheimnisse – auch die mehr persönlicher Natur – und hatte Auge und Gespür dafür, damit alles seinen geregelten harmonischen Ablauf fände.

II.

Alfred Müller-Armack wurde am 28. Juni 1901 in Essen geboren. Er studierte an den Universitäten Gießen, Freiburg, München und Köln. Im Jahre 1923 promovierte der junge Student an der Universität zu Köln mit einer Arbeit über »das Krisenproblem in der theoretischen Sozialökonomik

bei *Leopold von Wiese* und *Kaiserswaldau.* Er habilitierte sich im Jahre 1926, acht Jahre später wurde er zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor an der Universität zu Köln ernannt. Vier Jahre später wurde er als ordentlicher Professor an die Universität Münster berufen. Dort gründete und leitete er die *Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft.* Im Jahre 1950 kehrte er an die Universität zu Köln zurück und rief hier das *Institut für Wirtschaftspolitik* ins Leben, das er bis zu seinem Tode leitete – in den letzten Jahren zusammen mit *Hans Willgerodt* und *Christian Watrin* – und befruchtete.

Im Jahre 1952 vertraute ihm der damalige Wirtschaftsminister *Ludwig Erhard* die Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums an. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Ausarbeitung der »Römischen Verträge« zur Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* beteiligt. 1958 wurde er zum Staatssekretär mit besonderer Verantwortung für die Europäische Integration ernannt. Nach dem Abbruch der Beitrittsverhandlungen der Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Großbritannien im Jahre 1963 demissionierte er. Im Jahre 1965 übernahm er den Vorsitz im Aufsichtsrat der Rheinstahl AG. Bis zum Jahre 1977 war er Mitglied des Verwaltungsrates der Europäischen Investitionsbank, an deren Errichtung er maßgeblichen Anteil hatte. Diese spärlichen Daten zeigen: Müller-Armacks Leben war eine glückliche Verbindung von theoretischer Erkenntnis und praktischem Wirken.

III.

Müller-Armack sah die Lehre von der Wirtschaft eingebettet in die geistesgeschichtliche Tradition des Abendlandes. Er betrieb interdisziplinäre Forschung, nicht in dem Sinne, daß er die Volkswirtschaftslehre durch Angelesenes aus Nachbardisziplinen anreicherte oder ein Problem in Details zergliederte, deren sich dann ein Forscherteam aus unterschiedlichen Disziplinen annimmt, sein Ansatz war *ganzheitlich.* Er hatte die verschiedenen Facetten eines Themas im Blick, er dachte von vornherein fächerübergreifend. Treffender wäre das Wort: *Er dachte universitär,* wenngleich ein solches Wort in dem hier verwendeten Sinne im Duden nicht zu finden ist. Einer seiner letzten programmatischen Aufsätze trug den für Müller-Armack charakteristischen Titel: *»Die zentrale Frage aller Forschung – die Einheit von Geistes- und Naturwissenschaften«.*

Müller-Armacks theoretisches und praktisches Wirken kreiste um drei Schwerpunkte: *Konjunktur und Konjunkturpolitik, Anthropologie* und *Europäische Integration.* Müller-Armacks erste und immerwährende Leidenschaft galt der Beherrschung der Konjunkturentwicklung. In die Anthropologie wurde er eingeweiht durch die Kölner Philosophen Max

Scheler und Nicolai *Hartmann*, deren Vorlesungen der junge Student besuchte und deren Schriften der junge Privatdozent kritisch durcharbeitete. Hierdurch empfing er entscheidende Impulse für die Grundlegung der Konzeption der »*Sozialen Marktwirtschaft*«. Seine frühe und späte Liebe galt der Europäischen Einigung. Müller-Armack hat Europa nie in Nationalstaaten dividiert gesehen, wenngleich er der letzte gewesen wäre, der nationale Eigenheiten abgestritten hätte. Er sah die nationenübergreifende geistige Tradition Europas, vorbildlich verkörpert in der Institution *Universität*. Während seines politischen Wirkens und auch später hat er für die Gründung einer Europäischen Universität geworben. Einer seiner letzten Aufsätze trug den Titel: »Die Europäische Universität – Idee und Wirklichkeit«. Er hat dieses Ziel nicht verwirklichen können. Die Ersatzlösung, die Gründung eines europäischen Hochschulinstituts in Florenz, begrüßte er, jedoch mit Distanz, da ihm ein solches Projekt zu kurz zu greifen schien.

IV.

Aus dem vielfältigen Wirken und dem umfangreichen Werk sei vor allem das Thema »Konjunktur« herausgegriffen. Dieses Thema, das der junge Forscher schon in seiner Dissertation zu durchdringen versuchte, hat ihn Zeit seines Lebens nicht mehr losgelassen. In seinen letzten Jahren trug er sich mit dem Gedanken, seine wichtigsten konjunkturtheoretischen und – politischen Arbeiten unter dem Titel »50 Jahre Konjunkturpolitik« zu veröffentlichen.

In seiner Habilitationsschrift »Ökonomische Theorie der Konjunkturpolitik« (1926) entwickelte Müller-Armack die Grundzüge seiner Konjunkturtherapie. Seine Überlegungen zum Konjunkturphänomen, zur Vermeidung und zur Bekämpfung der Depression hat er dann in dem Standardartikel »Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik« (1929) vertieft. In diesem Artikel hat er zugleich die Meinung der internationalen Fachwelt zusammengefaßt. Dieser Artikel ist daher sowohl originell als auch exemplarisch für die »Theorie der Konjunkturpolitik« vor dem Erscheinen der »General Theory of Employment Interest and Money« von *John Maynard Keynes* – exemplarisch nach dem Urteil Albert *Wisslers* auch insofern, als er »sachliche Ruhe atmet«.

Die zentrale Idee Müller-Armacks läßt sich in zwei Sätzen einfangen:
- Konjunkturen sind Ausdruck einer dynamischen Wirtschaft;
- die Allokationsfunktion des Preises muß in der Ausgleichsfunktion der Konjunkturpolitik bewahrt bleiben – also die Verbindung von Mikro- und Makroökonomie.

Nicht das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist für Müller-Armack der Normalzustand der kapitalistischen Welt, sondern das konjunkturelle Auf

und Ab. Aus dieser dynamischen Sicht ist es konsequent, daß Müller-Armack die theoretischen Ansätze, die das Phänomen »Konjunktur« beseitigen wollen, ablehnt, weil sie der kapitalistischen Entwicklungsform nicht gemäß sind. Da Konjunkturen den Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft anheben, darf man sie nicht im Keime ersticken wollen, sondern muß vielmehr das Umschlagen der Hochkonjunktur in die Depression – Müller-Armack sprach früher von »Hausse« und »Baisse« – zu verhindern suchen. Bei dem Bemühen um Konjunkturausgleich kommt den Preisbewegungen eine zentrale Rolle zu; die Beweglichkeit der Kosten könne Krisen verkürzen. Daher sah Müller-Armack Irving Fishers »stabilisierten Dollar« als verfehlten Ansatz an, da er – a limine – auf die Vermeidung von Konjunkturen und auch auf die Ausschaltung der Ausgleichsfunktion des Preismechanismus hinauslaufe.

Müller-Armacks Interpretation der Konjunkturentwicklung steht zunächst in der Tradition *Knut Wicksells* und *Joseph Schumpeters.* Seine Konjunkturerklärung ist letztlich eine Synthese der zentralen Ideen Wicksells und Schumpeters: Das Aufspüren »neuer Kombinationen« – um in der Terminologie Schumpeters zu sprechen – steigert die Gewinnerwartungen, die Zinsspanne zwischen Kostenzins (externer Zins) und erwarteter Rentabilität der neuen Kombinationen (interner Zins) verändere sich zugunsten der Unternehmer; die zusätzliche Nachfrage auf den Faktormärkten werde durch Kreditschöpfung alimentiert; die Unternehmer zögen die Volkswirtschaft in einen Konjunkturaufschwung hinein. In der Hochkonjunktur steige dann allgemein die Nachfrage nach Krediten, die Absatzmöglichkeiten ließen nach, die Gewinne gingen zurück, eine Reihe von Unternehmen würden notleidend und könnten ihren finanziellen Verpflichtungen nur über die vermehrte Inanspruchnahme von Krediten nachkommen. Der Zins erreiche seinen Höchststand nach dem Umschlag der Hausse in die Baisse und dadurch gerieten auch gesunde Unternehmen in den Strudel der konjunkturellen Krise.

Der Konjunkturaufschwung ist nach Müller-Armack nicht abhängig von dem angesparten Geldkapital oder – in der Sprache Böhm-Bawerks – von dem Volumen des Subsistenzmittelfonds. Im Gegenteil: Erhöhtes Sparen könne einem Konjunkturaufschwung abträglich sein; dies wäre zwar tendenziell zinsdrückend, zugleich aber erlösmindernd, weil Kaufkraft zunächst von den Gütermärkten verschwunden sei. Einen kraftvollen Konjunkturaufschwung könne man ferner nicht erwarten, wenn man den Kostenzins unter den internen Zins zu drücken versuche; zwar könne dadurch ein Konjunkturaufschwung eingeleitet werden, doch würden auch Unternehmungen mit geringen Überlebenschancen zu zusätzlichen Investitionen verleitet werden. So steige recht früh die Nachfrage nach Krediten, weil relativ viele Unternehmungen alsbald notleidend geworden seien. Der

Zinssatz würde stark steigen und den Konjunkturaufschwung ersticken. Müller-Armack verwies mit Nachdruck auf die Gefahr der Fehllenkung der Produktionsfaktoren bei einer Niedrig-Zinspolitik.

In der Ablehnung der Subsistenzmittelfondstheorie *Böhm-Bawerks* wird deutlich, daß Müller-Armack über die Orthodoxie seiner Zeit hinausgewachsen war. Er hielt diese nicht für rundweg falsch, doch werde sie der *Gesamtheit der kapitalistischen Wachstumserscheinungen* nicht gerecht: »Das Tempo des Kapitalismus wird von einer Wachstumsform getragen, bei der im Prozesse der Expansion selbst das zur Durchführung der Expansion notwendige Kapital aufgesammelt wird« (1929).

Dies ist die zentrale Aussage Müller-Armacks zum Phänomen der konjunkturellen Entwicklung und hieraus leitet sich sein Ansatz zur Konjunktursteuerung ab. Wenn es wirtschaftlichen Fortschritt nur bei der »spontanen Realisierung des Neuen gibt«, dann kommen die Impulse nicht von außen – von der Politik –, sondern aus der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung selbst. Eine antizyklische Politik, die in der Baisse fehlende private durch öffentliche Nachfrage kompensieren will, ist dann zwar nicht falsch, aber bloß zweitrangig. Konjunkturpolitik hat nicht so sehr auf den konjunkturellen Anstoß in der Baisse wie auf das Verhindern des Umschlages der Hausse in die Baisse abzustellen, da die Baisse nichts anderes als die Folge der Übersteigerung der Hausse sei. Daher habe die Konjunkturpolitik durch frühzeitigen Einsatz des kreditpolitischen Instrumentariums dafür zu sorgen, daß der externe Zins mit dem internen Zins Fühlung halte. Nur dadurch könne verhindert werden, daß der Zinssatz im Zuge der Hausse wegen der Überbeanspruchung der Kreditmärkte stark steige. Müller-Armack warnt also davor, im Anfangsstadium eine zu rasche monetäre Expansion zuzulassen, weil dies die Zinsen in die Höhe treibe und den Konjunkturabschwung beschleunige – eine Erkenntnis, die in neuerer Zeit von den Monetaristen wiederentdeckt worden ist.

Müller-Armacks Therapie nahm also wichtige Erkenntnisse des modernen Monetarismus vorweg:

- Im Mittelpunkt seiner Konjunkturpolitik steht die Geldpolitik;
- die Finanzpolitik spielt eine flankierende Rolle;
- die Geldpolitik solle nicht antizyklisch reagieren, sondern verstetigend auf die Zinsentwicklung einwirken.

Wenn Notenbanken dieses Ziel ansteuern wollten, dann können sie dies nur über eine Politik der Verstetigung der monetären Alimentation realisieren: *Müller-Armack vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung,* »die goldene Bremse an der Kreditmaschine« – so der Titel eines bekannten Aufsatzes von Joseph Schumpeter – könne zwar eine monetäre Expansion stoppen, nicht aber eine zu rasche monetäre Expansion in der Frühphase

der Konjunktur verhindern, so daß der Konjunkturaufschwung boomartige Züge annehmen könne und dann – wegen der vermehrten Barabhebungen und des Goldabflusses – abrupt abgebremst würde. Ein solcher Regelmechanismus verhindere also wegen der Unstetigkeit der Geldmengenversorgung nicht eine Fehlallokation der Produktionsfaktoren, und bei Bereinigung von Fehlentwicklungen würden auch gesunde Unternehmungen in Mitleidenschaft gezogen. Daraus folgert Müller-Armack, daß auf ein diskretionäres Management zur Konjunktursteuerung nicht verzichtet werden könnte, daß sich dieses jedoch an dem Grundsatz der Verstetigung der Zinsentwicklung zu orientieren habe.

Auf dieser theoretischen Grundlage basierten auch die jüngsten konjunkturpolitischen Stellungnahmen Müller-Armacks, die jeweils eine beträchtliche Resonanz hatten. Stark engagierte sich Müller-Armack auch im Kampf gegen diejenigen, die Anfang der Siebziger Jahre die Inflationsgefahren verharmlosten; denn das Gewährenlassen inflatorischer Kräfte bzw. eine allzu laxe Gegenwehr würde nicht nur den Geldwert aushöhlen, die Sparer enteignen, sondern auch die Sicherheit der Arbeitsplätze aufs Spiel setzen.

Die zentrale gegenwärtige konjunkturpolitische Aufgabe sah Müller-Armack nicht in der Einführung von Formen der Arbeitszeitverkürzung oder gar in der »vorausschauenden Strukturpolitik«, sondern in der Durchforstung der zahlreichen Einzelmaßnahmen der Wirtschaftspolitik unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen antimarktwirtschaftlichen Wirkungen. »Jeder dieser einzelnen Schritte, das erschwert die Beurteilung des Ganzen, mag ein Stück Vernünftigkeit enthalten, die Summe der kleinen Schritte bedeutet jedoch eine zunehmende Belastung der Wirtschaft, eine immer größere Verstrickung der Staatsfinanzen, der Sozialversicherungen in ein Netz dirigistischer Politik, das am Ende praktisch auf einen Systemwechsel hinausläuft, zumindest in eine Ordnungsform, die auch politisch nicht mehr regulierbar und steuerbar ist« (1977). Die Politik müßte die notwendigen Voraussetzungen zur Freisetzung der dynamischen und innovatorischen Energien der Unternehmer und Wirtschaftsbürger schaffen.

V.

Müller-Armacks konjunkturpolitische Konzeption war eingebettet in eine umfassende gesellschaftspolitische Sicht, die durch Max Weber und Scheler geprägt war. Zu religions-soziologischen und anthropologischen Studien fühlte sich Müller-Armack immer wieder hingezogen. Er erforschte die subtilen Zusammenhänge zwischen Religion und Weltanschauung einerseits und Wirtschaftsstil und politischer Struktur andererseits. Müller-Armack sprach von Wirtschaftsstil dort, wo die Erscheinungsformen des

Sozialen und Wirtschaftlichen ein einheitliches Gepräge aufwiesen, eine sichtbare Einheit von Ausdruck und Haltung. Den wichtigsten, wenn auch keineswegs ausschließlichen Antrieb für die Entstehung von Stilen sah er in der Weltanschauung, die jene einheitlichen Haltungen, die sich auch im wirtschaftlichen Handeln beobachten ließen, hervorbringe und somit den Stil einer Epoche forme.

Die anthropologischen Forschungen waren auch Fundament seiner wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg (1946) erschien seine Abrechnung mit der Lenkungswirtschaft des Nationalsozialismus und seine weiterführende ordnungspolitische Konzeption: »*Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*«. In diesem Buch prägte er die glückliche Formel »*Soziale Marktwirtschaft*«. Seine Konzeption wurzelt neben seinen konjunktur- und ordnungstheoretischen Erkenntnissen in der anthropologischen Einsicht, daß der Mensch sowohl zum Wettbewerb als auch zum sozialen Ausgleich angelegt ist. Die Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft »liegen in der dynamischen Theorie und der philosophischen Anthropologie, die beide in den Zwanziger Jahren entwickelt wurden, in einer anderen Auffassung vom Staat und in einer Weiterführung des ... Stilgedankens«. »Die Gestaltungsprinzipien beziehen sich auf Staat und Gesellschaft, die ihre Wertvorstellungen und Verantwortungen im Gesamtsystem der Sozialen Marktwirtschaft ausprägen« (Müller-Armack, 1962).

Innerhalb der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist das Wort »sozial« nicht nur irgendein schmückendes Beiwort, um das Gewissen durch Almosentätigkeit gegenüber den gesellschaftlich Unterprivilegierten zu beruhigen, es kennzeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die in jeder Gesellschaft vorhandenen Konflikte friedlich und fruchtbar lösen will. Dabei bedient sie sich des Mittels »Marktwirtschaft«, weil hier einmal gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen – wenigstens ein sehr großer Teil – und weil die zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren bestmöglich genutzt werden können. Die bestmögliche Nutzung ist wiederum in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu sehen. Soziale Marktwirtschaft war, ist und wird nichts Festgeschriebenes sein. Die Konzeption ist »dynamisch« angelegt und liefert die jeweils zeitgerechten Lösungen. In einer Periode der Not sind dies der Aufbau der Produktion und die Hilfe für Ärmere, damit die für das Leben unabdingbaren Produkte hergestellt und alle Bürger versorgt werden. Ist für diese Grundbedürfnisse gesorgt, dann treten andere Wünsche und Sorgen in den Vordergrund.

Als Ende der Fünfziger Jahre die materiellen Bedürfnisse gestillt waren, sprach Müller-Armack von der zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft,

die stärker gesellschaftspolitisch ausgerichtet sein müßte. Die zentrale Aufgabe sollte lauten: »Die Situation, in der wir stehen, verlangt gebieterisch eine quantitative Steigerung all jener Aufwandsposten, die die öffentliche Umwelt, in der wir leben, erst sinnvoll und harmonisch gestalten. Die weitergehende Expansion der Konsumversorgung dürfte für die meisten Menschen bald uninteressant werden, wenn nicht gleichzeitig aus öffentlichen Kräften, die dies allein vermögen, die Gesamtumweltformel verbessert wird, in der sich unser öffentliches Leben vollzieht« (Müller-Armack, 1960).

Der geistige Vater der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft hatte die Problematik der Umweltgestaltung bereits aufgegriffen, als die jetzigen Vertreter der »*Qualität des Lebens*« noch einen ungebrochenen Glauben an die segensreiche Wirkung möglichst hoher Wachstumsraten an den Tag legten.

VI.

Bei der Schilderung des Arbeitsklimas in dem von Müller-Armack gegründeten und geleiteten Institut für Wirtschaftspolitik kam ein charakteristischer Wesenszug Müller-Armacks zur Sprache: ausgleichend und versöhnend auf seine nähere Umgebung zu wirken. Bei seinen politischen Verhandlungen – insbesondere beim Entwurf der Römischen Verträge und bei der Ausformung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft – kam ihm diese Eigenschaft zugute. Bei aller Kompromißbereitschaft ist er jedoch seinen Leitideen immer treu geblieben. Er hat entscheidenden Anteil daran, daß die Römischen Verträge marktwirtschaftlichen Geist atmen. In Anerkennung seiner Verdienste um die Europäische Integration verlieh ihm die Universität Wien anläßlich ihrer Sechshundertjahrfeier die Würde eines Dr. jur. h. c..

Wissenschaft und Politik verlieren mit Müller-Armack einen Mann, der konzeptionelles Denken und Gespür für das politisch Durchsetzbare in seltener Harmonie in sich vereinigte. Und seine Schüler können von ihren Lehrjahren bei Müller-Armack sagen: Es war eine schöne und erfüllte Zeit.

Chancengleiche Teilnahme am kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben

– Die Interdependenz der Ordnungen in Kultur, Staat und Wirtschaft –

Heinz Hartmut Vogel

I.

Es sind die *drei gesellschaftlichen Bereiche,* in denen sich der Einzelne als eine ganze unteilbare Persönlichkeit entfalten können muß: »Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit« (Artikel II, Grundgesetz)

Dieses allgemeine und generell geltende Entfaltungsrecht setzt eine entsprechende Ordnung im kulturellen, staatlichen und wirtschaftlichen Bereich voraus.

Im staatlichen rechtlich-politischen Raum ist der Einzelne an der Ausgestaltung der Rechtsordnung beteiligt.

Vom Rechtsboden des Gemeinwesens aus wird auch die Rechtsordnung und die Art der Rechtsbeziehungen im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich begründet und weiter entwickelt.

II

Daraus geht hervor, daß alle staatliche Veranstaltung der Herstellung und Ausgestaltung der sozialen Entfaltungsrechte des Bürgers auf der Grundlage der *Rechtsgleichheit* zu dienen hat:

»Die Würde des Menschen ist unantastbar, sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«.
(Art. I GG)

Der Zugang zum *rechtlich-politischen Leben* der Rechtsgemeinschaft,
zur Teilnahme am *wirtschaftlichen Leben* als Produzent, Händler oder Verbraucher
und zur Teilnahme am *kulturellen Leben,* auch hier als »Produzent« oder »Konsument« kultureller Leistungen,
muß allen Bürger in gleicher Weise offenstehen.

III

Die Offenheit und *Chancengerechtigkeit* ist im *staatlich-politischen Bereich* in weitgehender Weise gegeben. Die aktive Teilnahme am staatlich-politischen Leben als Parlamentarier, als Wähler, selbst als Minister, ist prinzipiell jedem Bürger möglich, wenn er *nur* das wahlfähige Alter erreicht hat und unbescholten ist.

Allein die Tatsache, daß das Glied eines Gemeinwesens die volle Rechtsfähigkeit besitzt, gibt ihm das Recht, am staatlich-politischen Leben aktiv teilzunehmen. Andere Bedingungen werden nicht gestellt.

IV

Ähnlich offen ist der *wirtschaftliche Bereich.* Die Gewerbeordnung sagt: »Unternehmer ist, wer mit dem Willen, ein Gewerbe zu betreiben (§ 1 der Gewerbeordnung), das heißt mit dem Willen, Kapital und Arbeit zu einem Produktionserfolg zu kombinieren, im Rechtsverkehr hervortritt, das heißt, Rechte ausübt, Güter erwirbt oder veräußert, Verpflichtungsverträge abschließt. *Durch das Hervortreten im Rechtsverkehr wird die Unternehmereigenschaft begründet.* Weitere Erfordernisse stellt das Gesetz nicht auf«.*

In der Wirtschaft treten jedoch bereits schwerwiegende Zugangsschwierigkeiten und Chancenunterschiede auf, die es dem einen erlauben, sich ohne weiteres wirtschaftlich zu entfalten – dann nämlich, wenn er über Boden und Kapital –, und die dem anderen, der ohne Verfügungsrecht über Boden und Kapital im Wettbewerb antritt, den Zugang zum Wettbewerb erschwert, oder unmöglich macht.

Vom Standpunkt gleicher Entfaltungsrechte und Entfaltungschancen ist an dieser Stelle die Frage zu stellen: Ist der offensichtlich priviligierte Zugang zur wirtschaftlichen Entfaltung beim einen ein in unserer Verfassungsordnung vorgesehener legitimer Vorteil, oder beruht er auf einer fundamentalen *Rechtsungleichheit* als Folge unvollständiger Übertragung grundsetzlicher Rechtsnormen – freiheitlicher Rechtsnormen – auf die Gesellschaft.

V

Chancengerechtigkeit zur wirtschaftlichen Entfaltung und chancengerechter Zugang zum Wettbewerb sollte nur abhängig sein vom unternehmerischen Willen und der unternehmerischen Tüchtigkeit. Die Hindernisse, die einem Großteil der Bürger beim Eintritt in das Wirtschaftsleben entgegenstehen, sind auf ihre Rechtsgrundlage hin zu prüfen: Sind die Arbeits*voraussetzungen,* die Möglichkeit, Verfügungsrechte über Boden und Geld zu erwerben, für alle Bürger in gleicher Weise unter gleichen Bedingungen gegeben oder nicht? Hier ist das Problem der Monopoleigenschaften von Boden und Geld zu klären.

* Franz Böhm in: Mitbestimmung, Ordnungselement oder politischer Kompromiß. Seewaldt, 1971

VI

Wie steht es mit der freien Entfaltung der Persönlichkeit im *kulturellen Bereich*? Ist hier wenigstens die Teilnahme am geistig-kulturellen Wettbewerb für alle am kulturellen Leben Interessierten in gleicher Weise gewährleistet?

Bildung: »Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates« (Artikel 7 GG)

Würde es sich bei der staatlichen Schulaufsicht um eine bloße Rechtsaufsicht handeln, so könnte der Rechtsgrundsatz: »Gleiche Entfaltungsrechte im Bereich der Schulen und Hochschulen« für einen chancengerechten Wettbewerb sorgen und monopolistische Entartungen im Bildungswesen verhindern. Stattdessen fördert der Staat durch die allgemeine Priviligierung *seiner* Bildungseinrichtungen ein staatliches *Bildungsmonopol* – auch wenn ihn die Verfassung dazu zwingt, Schulen in freier Trägerschaft zuzulassen.

VII

Ordnungspolitisch gibt es nur zwei Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten in den sozialen Beziehungen der Glieder eines Gemeinwesens:

1. *Zentrale Steuerung und Kontrolle*
   Sie unterwirft alle Beteiligten eines gesellschaftlichen Bereiches – seien es Bildungsinstitutionen oder Wirtschaftsbetriebe – mit jeweils gleichen Leistungsnormen bei gleicher Entlohnung einer mit staatlichen Hoheitsrechten ausgestatteten Behörde. Die Kontrolle üben nicht die Betroffenen bzw. die sozialen Partner gegenseitig aus (etwa in der Schule die Eltern gegenüber den Erziehern, in der Hochschule die Studenten gegenüber den Professoren, in der Wirtschaft die Abnehmer gegenüber den Produzenten) sondern die übergeordnete Schul-, Hochschul- oder Wirtschaftsbehörde kontrolliert die von ihr geplanten und vorgegebenen kulturellen oder wirtschaftlichen Leistungsnormen.

2. *Dezentrale Marktsteuerung durch den Wettbewerb und die gegenseitige Kontrolle der Beteiligten*
   Die Initiative zu einer kulturellen oder wirtschaftlichen Tätigkeit, ihre Planung und Steuerung, geschieht durch den am kulturellen oder wirtschaftlichen Geschehen Beteiligten selbst. Alle einzelnen Glieder des Gemeinwesens planen und steuern dezentral ihre kulturellen und wirtschaftlichen Vorhaben selbst. Ob ihre Leistungen auf eine entsprechende Nachfrage und Honorierung treffen, darüber entscheidet einzig und allein *der Markt* – der *kulturelle* wie der *wirtschaftliche*. Die Leistungskontrolle und die Steuerung der zahllosen Pläne – die

Anpassung der kulturellen und wirtschaftlichen Angebote an den Bedarf – erfolgt über den *freien gesicherten Wettbewerb.* Damit das Kontroll- und Steuerungssystem durch den Wettbewerb auf dem kulturellen und wirtschaftlichen Markt seine Funktion erfüllen kann und zwischen den Anbietern und Nachfragern Gerechtigkeit herrscht, ist von den Rechtsfundamenten des Gemeinwesens her dafür Sorge zu tragen, daß sowohl die *Anbieter von Leistungen* als auch die *Nachfrager nach Leistungen* gegenüber ihren Mitbewerbern am Markt *keinen primären Vorteil* (Privileg, Monopol) *besitzen;* daß nur der *reine Leistungswettbewerb* zur Geltung kommt und Leistung und Gegenleistung auf der *Rechtsbasis der Chancengerechtigkeit* miteinander konkurrieren können. (Beispiel: der reine Tausch).

VIII

Alle Rechtsbeziehungen der Glieder eines Gemeinwesens haben im Grunde genommen den Charakter von privaten Verträgen. Die unternehmerische Entfaltung im gesellschaftlichen Leben vollzieht sich im Rechtsverkehr. Chancengleichheit hat zur Voraussetzung, daß alle Glieder der Rechtsgemeinschaft unter den gleichen Bedingungen Zugang zu den öffentlichen Rechtsgütern haben.

Im *wirtschaftlichen Bereich* gehören die Rechtsinstitute des Grund und Bodens und des Geldwesens zu den allgemeinen öffentlichen Rechtsgütern. Wegen ihres öffentlich-rechtlichen Charakters müssen sie der privaten Manipulierbarkeit und Monopolisierbarkeit entzogen sein.

Im *kulturellen Bereich* handelt es sich wie im wirtschaftlichen Bereich darum, den Zugang zum kulturellen, geistigen Wettbewerb allen zu öffnen.

Die Rechtsaufsicht des Staates besteht in erster Linie in der Gewährleistung der Wettbewerbsordnung, in zweiter Linie im Sicherheitsauftrag in Bezug auf den Schutz aller am Wettbewerb Beteiligten: Schutz vor allem vor trügerischen oder das Leben der Bürger gefährdenden Vertragsbedingungen (was meist dasselbse ist).

Mit der Gewerbeaufsicht erfüllt der Staat heute schon zum großen Teil diese Aufgabe. An die Verleihung von Berufsbezeichnungen (Beispiel: Facharzt für Chirurgie usw.) durch autonome Schulen und Hochschulen wird der Staat in Erfüllung seines Sicherheitsauftrages ähnlich wie bisher bestimmte Bedingungen knüpfen. Andere als die Überwachung notwendiger Sicherheitsvorschriften beim Hervortreten seiner Bürger im Rechtsverkehr hat der Staat nicht.

Berichte

Bericht über die 56. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung

14.–19. Juli 1978 in Herrsching am Ammersee*

Die wissenschaftliche Arbeitstagung stand unter dem Gesamtthema: *Die Verantwortung des Menschen* – Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –.

Sie wurde am Nachmittag des 14. 7. mit der Begrüßung durch Dr. Heinz Hartmut *Vogel* eröffnet; abends führte der Tagungsleiter Jürgen *Rauh* in das Tagungsthema ein mit Formulierung von Thesen, welche für die Zusammenhänge der Gesamtproblematik eine erste Orientierung und vorläufige Klärung *vermittelten*.

Am folgenden Tag (15. 7.) behandelten zwei Referate (Dr. Herbert Gruhl, Dr. Manfred Fischer) das ökologische Problem in unserer Wirtschaft bzw. *Industriegesellschaft. Darauf folgten* (am 16. und 17. 7.) 4 Referate (H. J. Pfüller, Dr. Karl v. Delhaes, Wolfgang Treiber) über wirtschaftliche Einzelprobleme (Umweltbelastung, Rohstofferschöpfung, *Wirtschaftswachstum*, Landwirtschaft). Nach einem Referat über die Interdependenzen von Wirtschaftsproblemen und Wirtschaftssystemen (Ernst Winkler am 17. 7.) wurden schließlich noch von 3 Referenten (Prof. Dr. Felix G. Binn, Paul A. Engstfeld, Bundesverfassungsrichter Prof. Willi Geiger am 18. und 19. 7.) wesentliche Aspekte der Gesamtproblematik erörtert: die Rolle des Kapitals; politische Problemlösungsmöglichkeiten; verfassungsrechtliche Aspekte.

Herbert Gruhl:

Der ökonomische Überbau zerstört das ökologische Fundament

Die erste Hälfte des Vortrags bestand in grundsätzlicher Kritik erstens an unserer industriellen Wirtschaftsweise, die linear statt zyklisch ausgerichtet und ohne Rücksicht auf die nur endlich verfügbaren Dimensionen Zeit und Raum die Rohstoff-Vorräte unserer *Erde zum Nulltarif rücksichtslos* abbaut; zweitens am sogenannten, rein quantitativ verstandenen Fortschritt, der an einigen Beispielen als lebenszerstörend entlarvt wurde; drittens an der geltenden *Wirtschaftstheorie*, die im Interesse des Unternehmergewinnes eine falsche Begründung für das Postulat beständiger Zunahme der Investition, des Absatzes und der Produktion liefere; viertens speziell am Kernenergieprogramm, das zwecks Behebung des gegenwärtigen Kapitalstaues ein Investitionsvolumen von 100 Milliarden DM bis 1990 festlege unter falschen Voraussetzungen und mit der irreführenden Begründung der Zukunftssicherung und Arbeitsplatzbeschaffung. Dieses ökonomische System stützt sich nach Gruhl auf den Egoismus des Menschen, der immer noch mehr haben wolle. Daher fordert er im zweiten Teil seiner Ausführungen die Selbstbesinnung des Menschen auf das, was er wirklich braucht und was nicht nur in materiellen Werten besteht. Dies sei die Bewußtseins-Voraussetzung dafür, die Ökonomie mit dem ökologischen

* in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes

Fundament besser in Einklang zu bringen, um vor der drohenden Katastrophe noch die Zeit zu finden, in einigen Jahrzehnten neue, mit dem Kreislauf der Natur übereinstimmende Techniken zu entwickeln. Notwendig sei allerdings zuvor ein Aufklärungsprozeß und ein grundsätzlicher Gesinnungswandel der Menschen.

Die Diskussion brachte den Vorwurf marxistisch beeinflußter Gedankengänge und den Einwand, daß weder die befürworteten planwirtschaftlichen Maßnahmen noch der geforderte Gesinnungswandel und die Praktizierung eines Konsumverzichtes die bestehenden wirtschaftlichen Probleme bewältigen könnten.

Manfred Fischer:

Ökologische Grenzen und Industriegesellschaft

Die Machtkonzentration in der Industriegesellschaft, die Verflechtung von staatlicher und wirtschaftlicher Macht und die soziale Notwendigkeit für den Ausbau des Sozialstaates bedroht die Freiheit des Menschen. Die zunehmende Entscheidungsbefugnis der Bürokratie beispielsweise für die Arbeitsplatz-Sicherung vorrangig vor der Erhaltung der Kulturlandschaft führt zu politischer Frustration, Apathie und irrationaler Gewalt; dadurch wird die rationale Regelung von politischen und von Arbeits-Konflikten unmöglich, und als Ausweg bleibt nur die Disziplinierung der Gesellschaft. Der Vortragende kam zu dem Schluß, daß Wirtschaftswachstum nur auf Kosten der Freiheit möglich sei und darum verhindert werden müsse. Stattdessen machte er folgende Vorschläge: Recht auf Arbeit als Lebensgestaltung, bessere Energienutzung, mehr Umweltschutz, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, verbessertes Bildungswesen, Änderung der relativen Kosten zwischen Energie und Arbeit mit Belastung der Energie und Entlastung der Arbeit, dezentralisierte Techniken. Der für diese Zwecke nötige Strukturwandel sei ohne Aufhebung der Marktwirtschaft möglich, könne vielmehr durch Marktmechanismen über einen echten Leistungswettbewerb erreicht werden.

In der Diskussion wurde bezweifelt, daß ein solcher Strukturwandel die Wirtschaftsprobleme lösen und das Wirtschaftswachstum verhindern könne, das im Wesen unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems und zwar zur Aufrechterhaltung leistungslosen Einkommens begründet sei.

H. J. Pfüller:

I Marktwirtschaftliche Antworten auf das Problem der Umweltbelastung

Einleitend wurden die Vorzüge der Wirtschaftsregulierung durch den Markt erläutert: Abbau der Macht, Effizienz- und Richtigkeits-Kriterien für wirtschaftliches Verhalten durch direkte Rückkoppelung, Funktionsfähigkeit ohne bürokratische Kontrollen. Hierauf gründete sich der Vorschlag, den Umweltschutz über den Markt zu organisieren und zwar mittels »Schadstoff-Aktien«, das heißt Berechtigungsscheinen zur Emmission einer bestimmten Schadstoffmenge, angewandt auf Fabriken, Autos, Flugzeuge usw. Über den Preis der frei gehandelten Aktien ergibt sich zwischen dem Unternehmer und der betroffenen Regional-Bevölkerung ein allseits tragbarer Interessen-Kompromiß im Rahmen der behördlich festgelegten Emmissions-Höchstwerte, also der entsprechenden Beschränkung der auszugebenden Aktien – ein marktwirtschaftliches Verfahren, das wesentlich effizienter, sicherer und weniger aufwendig ist als starre

bürokratische Vorschriften, Kontrollen und finanzielle Auflagen.

In der Diskussion wurden zahlreiche Verständnis-Schwierigkeiten geklärt, Einwände gegen die Funktionsfähigkeit und Zweckmäßigkeit des vorgeschlagenen Verfahrens erörtert und die vorgebrachten Bedenken zum Teil zerstreut.

H. J. Pfüller:

II Marktwirtschaftliche Antworten auf das Problem der Rohstofferschöpfung

Mit entschiedener Kritik an den Prognosen des Club of Rome wurde die These eines durch Regelkreise gesteuerten Wirtschaftswachstums vertreten, nämlich gesteuert durch die Preise in Abhängigkeit von der Knappheit, Endlichkeit, Abbauwürdigkeit der Vorräte. Ein Ende des Wachstums sei aus verschiedenen Gründen und in verschiedenen Bereichen in Sicht: in der Landwirtschaft mit ihrer bereits erreichten Überproduktion und mit dem Mißverhältnis zwischen Aufwand und weiterer Produktionssteigerung; für das Postulat der Vollbeschäftigung, da die geschätzte Bevölkerungsentwicklung eine Abnahme der Arbeitsuchenden ab 1987 erwarten lasse; in der Industrie, da jeder weitere Fortschritt nur durch Rückschritt in anderen Bereichen erkauft werden könne. Unsere Bundesrepublik brauche eine Rohstoff-Erschöpfung nicht zu befürchten angesichts der Möglichkeiten des Sparens, der Substitution und des Recycling.

Die Diskussion meldete verschiedene Zweifel an der Schlüssigkeit der vorgetragenen Argumentation an; ferner bezog sie noch die Problematik der Atomenergie und vor allem die Rolle des Kapitals in die Überlegungen ein.

Karl v. Delhaes:

Marktwirtschaftliche Antworten auf das Problem des Wirtschaftswachstums

Der Vortrag behandelte in abstrakttheoretischer Darstellung nach Art einer akademischen Vorlesung Begriff, Funktionsweise und Meßprobleme der Marktwirtschaft (Eigengesetzlichkeit, Informations- und Koordinations-Leistungen, Indikatoren wie BSP); das Wirtschaftswachstum in funktionaler Abhängigkeit von subjektiven Faktoren (Information, Bedürfnisse, Produktionsmotivation) und den objektiven Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Natur); den vorwiegend qualitativen Aspekt der Wirtschaftsexpansion als »Entwicklungspotential« in funktionaler Abhängigkeit von subjektiven und objektiven Faktoren (speziell vom technischen Fortschritt); abschließend die Bedeutung der Marktwirtschaft für die persönliche Lebensgestaltung in Freiheit.

Die Diskussion bemühte sich um Verbesserung des Verständnisses für manche, recht abstrakt und zum Teil mathematisch formulierten Zusammenhänge. Sie bemängelte, daß das Wirtschaftswachstum vorwiegend als ein theoretisches Problem der Wirtschaftswissenschaft behandelt wurde und nicht so sehr als ein praktisch drängendes Problem, für das nach Möglichkeit marktwirtschaftliche Lösungen gefunden werden müßten.

Wolfgang Treiber:

Die Landwirtschaft zwischen ökologischer Verpflichtung und ökonomischen Zwängen

Einleitend berichtete der Vortragende in anschaulicher Darstellung (auch mit Vorführung von Lichtbildern) über seine praktischen Erfahrungen als

Landwirt auf dem nach der Tradition seiner Vorfahren bewirtschafteten Hof. So fand er den Einstieg in eine allgemeingültige Schilderung der mißlichen Lage der Landwirtschaft, die er nicht so sehr mit dem relativ geringeren Einkommen als mit den mißlichen Arbeitsbedingungen begründete: Arbeitskräftemangel; übertriebener Einsatz von Maschinen, Schädlings- und Unkrautbekämpfungsmitteln; Vorrang betriebswirtschaftlicher Zwänge vor den Erfordernissen des Umweltschutzes und der Landschaftspflege. Er beklagte, daß Ludwig Erhard bei Begründung der Sozialen Marktwirtschaft die Belange der Landwirtschaft nicht angemessen berücksichtigt habe und auch die gegenwärtige Wirtschaftspolitik die eigentlichen Probleme der Landwirtschaft hinter das Bemühen nur um Einkommensverbesserung zurückstelle.

Die Diskussion brachte unter anderem den Einwand, daß hinter den vorgetragenen, durchaus richtigen und wichtigen Einzelfeststellungen die eigentliche, nämlich die ordnungspolitische Problematik als Ursache für die Misere der Landwirtschaft aufgedeckt werden müßte.

Ernst Winkler:

Verursacht die marktwirtschaftliche Ordnung die Wachstums-, Konsum- und Umweltprobleme?

Der Begriff »marktwirtschaftliche Ordnung« wurde nicht bezogen auf »unser derzeitiges Wirtschaftssystem«, das als Kompromiß das Etikett »Soziale Marktwirtschaft« trägt. Die Problem-Analyse erwies das Wachstum als das zentrale wirtschaftliche Problem in kausaler Verknüpfung mit den wirtschaftlich-technischen Problemen (Energiekrise, Rohstofferschöpfung, Umweltverschmutzung) und in finaler Verknüpfung mit den wirtschaftlich-sozialen Problemen (Absatz-, Arbeitslosen-, Verteilungs-Problem). Dieses, durch unsere kapitalistische, aber sozialstaatlich eingeschränkte Marktwirtschaft bedingte Problemknäuel kann nicht durch dirigistische Planungs- und Steuerungs-Maßnahmen gelöst werden, vielmehr bedarf es einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die durch eine geeignete Rechtsordnung (Geldordnung, soziales Bodenrecht, Wettbewerbsordnung) gesichert, von privater wie staatlicher Vermachtung befreit ist und durch eine funktionsfähige Selbststeuerung ein organisches Wachstum ermöglicht; in dieser Ordnung können wirtschaftlich-soziale Probleme nicht entstehen und wirtschaftlich-technische Probleme durch marktwirtschaftliche Regelung gelöst werden.

Die Diskussion brachte neben mehreren Verständnisfragen und kritischen Anmerkungen vor allem eine skeptische Erörterung der Grundlagen und der Funktionsfähigkeit der skizzierten »marktwirtschaftlichen Ordnung«.

Felix G. Binn:

Die Rolle des Kapitals bei der Wirtschaftswachstums- und Umweltproblematik

Mit Ablehnung bekannter, aber sich widersprechender Kapital-Definitionen wurde Kapital als »zinstragendes Eigentum« definiert, wobei der erzielte »Mehrwert« durch die Marktverhältnisse (Kapitalknappheit) bestimmt wird. Eine Untersuchung der Relationen zwischen Kapitalbildung, Grenzleistung des Kapitals und Zinsfuß führte zum »Grundgesetz der Investition« und zur Erkenntnis von der Existenz und der Bedeutung einer unteren Zinsbarrière (Mindestforderung des Geldbesitzers). Hieraus erklärt sich bei fortgesetzter Kapitalbildung, also Absinken der Kapitalrendite gegen diese Zinsbarrière

die noch vor der Sättigung eintretende Krise oder aber als einzig möglicher Ausweg gegen deren Folgen das beständige Wirtschaftswachstum. Die Zinsbarrière erweist sich auch als das bedeutendste Hindernis einer alternativen Energiepolitik und vieler interessanter Innovationen. Sie kann durch Reform der Geldverfassung überwunden werden, nämlich ein durch Mengenregulierung stabiles und durch Umlaufregulierung neutrales Geld. So wird ein störungsfreier Wirtschaftsablauf mit einer nur durch die Nachfrage gesteuerten Produktion ermöglicht.

Die Diskussion brachte die Klärung und Versachlichung einiger emotional bedingter Mißverständnisse (zum Beispiel betreff »kapitalistischer Mentalität«), beschäftigte sich mit einigen Einzelheiten der wirtschaftlichen Problematik und erörterte die dosierte Inflation als ein vielleicht gangbarer Weg zum neutralen Geld.

Paul A. Engstfeldt

Sind die Wirtschaftswachstums- und Umweltprobleme auf politischem Wege lösbar?

In 10 Thesen versuchte der Vortrag die Notwendigkeit und Möglichkeit einer angemessenen Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Lösung der Wirtschaftswachstums- und Umweltprobleme zu begründen. Sie formulierten die Grundsätze, die sachlich den wirtschaftlichen Gegebenheiten (Prioritäten, Rahmenbedingungen), psychologisch den Betroffenen (Bewußtseinsbildung, Konsensfähigkeit, Lastenverteilung) und politisch den demokratischen Erfordernissen (Mehrheitsfähigkeit, Durchsetzbarkeit) am besten Rechnung tragen könnten. Dabei könnten und sollten soweit als möglich die Steuerungselemente der Sozialen Marktwirtschaft eingesetzt werden. Zielkonflikte seien der unvermeidbare Preis der Freiheit und müßten nach den dargestellten Grundsätzen gelöst werden.

In der Diskussion wurde der grundsätzliche Vorrang marktkonformer Steuerung vor planwirtschaftlichen Maßnahmen gefordert, ferner für den Zweifelsfall der Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie.

Willi Geiger:

Verfassungsrechtliche Aspekte zu einigen krisenhaften Erscheinungen der Entwicklung unserer Zivilisation

Die gegenwärtigen krisenhaften Erscheinungen wurden als Folge eines sich immer mehr beschleunigenden Fortschrittes in all seiner Fragwürdigkeit (quantitativ? qualitativ? Risiko?) oder der hierdurch bedingten Fortschrittsmentalität erklärt und an einigen charakteristischen Beispielen untersucht: 1. Umweltverschmutzung (sofern gewisse Toleranzgrenzen überschritten werden); 2. Ausplünderung der Erde; 3. Kernenergie (Kernkraftwerke, Kernwaffen); 4. Probleme der Medizin (Kostenexplosion, Menschenexperimente, Gen-Manipulation); 5. Computerzentrale (Datenschutz); 6. radikale Emanzipation des Menschen. Für jede dieser Erscheinungen wurden sorgfältig die verfassungsrechtlichen Aspekte und Abwehrmöglichkeiten erwogen: relativ bescheidene Möglichkeiten; Warnung vor Einengung der Verfassung (zu 1 bis 3); Appell an die verantwortlichen Politiker und gegebenenfalls an die zuständigen Sachverständigen (zu 1 und 3); volle Anwendung und Ausschöpfung der Menschenrechts-Bestimmungen (zu 4 und 5); selbstverantwortliche Einfügung in die Rechtsordnung (zu 6). Den Abschluß des Vortrages bildeten noch einige allge-

meine Belehrungen über das verfassungsrechtliche Instrumentarium gegenüber Sachverhalten, die nicht direkt in der Verfassung vorgesehen sind; ferner um Anwendungsmöglichkeiten und Wirkungsbereich von Eingriffsgesetzen sowie von Steuer- und Abgabe-Gesetzen.

In der Diskussion ergriffen die Teilnehmer dankbar die Gelegenheit, einen Bundesverfassungsrichter a. D. über viele, mit dem Thema in engerem oder weiterem Zusammenhang stehende Fragen um Auskunft zu bitten.

Anstelle der im Programm vorgesehenen Schlußbesprechung fand auf Wunsch der Tagungsteilnehmer noch eine *abschließende Diskussion* über die beiden Vorträge von Winkler und Binn statt. In zahlreichen Fragen und Stellungnahmen wurden noch einige Verständnislücken ausgefüllt, die teilweise beiden Vorträgen gemeinsame theoretische Gedankenführung durch weitere Problem-Erörterung ergänzt und noch weitere Einzelheiten aus Wirtschaftstheorie und Wirtschafttspraxis beigesteuert.

Ernst Winkler

DAS SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG

der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

Grundlagen und Ziele

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V. – Kuratorium:

Prof. Dr. jur. Christian *Flämig,* TH Darmstadt; Prof. Dr. Johannes *Flügge,* Freie Universität Berlin; Prof. Dr. med. Siegfried *Häussler,* Lehrstuhl für Allgemeinmedizin, Universität Ulm; Prof. Dr. med. Klaus *Heinkel,* Chefarzt der Med. Klinik Stuttgart-Bad Cannstatt; Bundesverfassungsrichter a. D. Anton A. *Henneka,* München; Prof. Dr. med. Herbert *Hensel,* Direktor des Physiol. Institutes der Universität Marburg; Prof. Dr. jur. Martin *Kriele,* Universität Köln, Verfassungsrichter des Landes Nordrhein-Westfalen; Klaus *Nöldner,* Dipl. Volkswirt, Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes Bonn; Friedrich *Salzmann,* Redaktor Radio Beromünster, Altnationalrat, Bern; Dr. Peter von *Siemens,* Siemens AG, München; Prof. Dr. med. K. E. *Schaefer,* Universität New York; Prof. Dr. rer. pol. Joachim *Starbatty,* Universität Bochum, Prof. Dr. rer. pol. Alfred *Schüller,* Universität Marburg; Bundesverfassungsrichter a. D., Prof. Dr. Erwin *Stein,* Kultusminister i. R., Gießen; Prof. Dr. jur. Georg *Strickrodt,* TH Darmstadt; Alois *Graf Waldburg-Zeil,* Vorsitzender des Bundeselternbeirates, Ratzenried, Prof. Dr. phil. Wolfgang *von Wartburg,* Universität Basel; Prof. Dr. phil. Paul-Ludwig *Weinacht,* Universität Würzburg.

* * * *

Jenseits von Macht und Anarchie

Die Gründung des *Seminars für freiheitliche Ordnung,* der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V. geht auf einen Kreis von Persönlichkeiten zurück, denen die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer gefährdeten freiheitlichen Gesellschaftsordnung am Herzen liegt. Das Seminar ist bemüht, die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit *von den Grundlagen des menschlichen Lebens her* im Sinne der abendländischen, christlich-humanen Kultur zu beantworten. Nur so kann es gelingen, drängende Einzelfragen aus der Gesamtordnungsidee heraus zu verstehen und zu lösen wie

- die Öffnung des bisher vom Staat okkupierten Bildungswesens für den einzelnen sich selbst bestimmenden Menschen
- die Überwindung der Wirtschaftskrisen – Inflation und Deflation, Geldentwertung und Vermögensverluste einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits –

- die Überwindung der Bodenspekulation
- die Begrenzung der Staatsaufgaben auf die rechtliche Rahmenordnung des gesellschaftlichen Ganzen

Alle diese Fragen sind letzten Endes *Rechtsfragen.* Dem Verfassungsrecht und der *Ordnungspolitik* im Sinne der Verfassung gilt deshalb die besondere Aufmerksamkeit des Seminars.

Kollektivismus und freiheitliche Gemeinschaftsbildung haben mit der weltgeschichtlichen Ost-West-Spannung zu tun, die in unserem Jahrhundert eine existenzbedrohende Form angenommen hat. Die beiden gesellschaftspolitischen Ideologien, die heute die politisch indifferenten Gruppen mit allen erdenklichen Mitteln und Methoden umwerben, kennen in der Auseinandersetzung um das »erfolgreichere« gesellschaftliche System nur noch die vereinfachte Alternative einer (vermeintlichen) Verwirklichung der »sozialen Gerechtigkeit« durch den östlichen Sozialismus bzw. der Sicherung der »persönlichen Freiheit« durch den ökonomischen »Liberalismus« im Westen.

Stagnation bedeutet soviel wie Rückschritt. Um die soziale Entwicklung in der Zukunft in fruchtbare Bahnen zu lenken, bedarf es der *Initiative freier Menschen,* die aus sozialem Gewissen heraus sich für den Fortgang der Geschichte verantwortlich fühlen. Es bedarf der Menschen, die sich zur Bewältigung das notwendige ideelle Rüstzeug erwerben. Diesem Ziele möchte das *Seminar für freiheitliche Ordnung* dienen und zwar

- durch *wissenschaftliche Arbeitstagungen und Kolloquien,* die etwa zehnmal im Jahr an verschiedenen Orten stattfinden. Die Teilnehmer setzen sich aus allen Berufs- und Altersgruppen, sowie aus Schülern und Studenten der verschiedensten Bildungs- und Fachrichtungen zusammen. Als Dozenten wirken Juristen, Nationalökonomen, Soziologen, Pädagogen, Ärzte u. a. mit –
- *durch Veröffentlichungen:* Die seit 1957 jeweils sechsmal im Jahr erscheinende Schriftenreihe *Fragen der Freiheit*
- durch spezielle *monatlich stattfindende Studien-Seminare* als Aufbaukurse für Schüler, Auszubildende und Studenten (siehe unten)

Folgende Problemschwerpunkte sollen besonders hervorgehoben werden:

Wirtschaft	*Freiheitliche und sozial gerechte Wirtschaftspolitik:* Wettbewerbsordnung, Konjunkturlehre, Geldordnung, Bodenordnung, betriebliche Partnerschaft, Weltwirtschafts- und Währungsfragen, Dauerkonjunktur und Vollbeschäftigung, Probleme des Wirtschaftswachstums und des Umweltschutzes.

Staat und Politik	*Demokratischer Staatsaufbau:* Freiheitliche oder totalitäre Demokratie, Ost-West-Spannung, Verfassungsfragen, Grenzen der Staatskompetenzen, Verhältnis Verbände – Staat, Fragen der demokratischen Willensbildung, Rechtsrahmenordnung von Kultur und Wirtschaft und die Interdependenz der Teilordnungen.
Kultur	*Freiheitliche Kulturpolitik:* Ordnungspolitische Fragen des Schul- und Hochschulwesens, der Erwachsenenbildung, Selbstverantwortung im Gesundheitswesen, freiheitliche Erziehung und Schulrecht, das Naturrecht und seine anthropologische und geistesgeschichtliche Bedeutung sowie Fragen der Erkenntnis und der Freiheitsphilosophie, Sozialanthropologie.

Das *Seminar für freiheitliche Ordnung* arbeitet auf überparteilicher und überkonfessioneller Ebene, als unabhängige freie Bildungseinrichtung.

Für das *Seminar für freiheitliche Ordnung*

Dr. med. Heinz Hartmut Vogel, Vorsitzender

Dr. med. Gerhardus Lang, stellv. Vorsitzender

* * * *

Die Thematik der *Studien-Seminare für Schüler, Berufsschüler und Studenten* umfaßt Fragen, die die jungen Menschen stellen:

- Die Frage nach dem Menschen
- Worin besteht der Sinn des Lebens
- Die Stellung des Menschen in der Natur
- Der Mensch in der Gesellschaft

  Das Bedürfnis des Menschen nach Freiheit, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit (Familie, Schule, Beruf, Vereinigungen, Verbände, Institutionen)
- Die soziale Frage

  Warum haben wir *Arbeitslosigkeit,* obwohl die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse sehr vieler Menschen längst noch nicht befriedigt sind?
  Warum haben wir arbeitslose Lehrer bei Lehrermangel in den Schulen?
  Warum haben wir *ungenügend* Ausbildungsplätze und Zugangssperre an den Hochschulen (numerus clausus)?
- Der Mensch in der Geschichte

  Fragen menschlicher Entwicklung – anthropologisch und historisch –, die Kultur-Epochen in der Geschichte (Vorderer Orient, Abendland, Griechenland-Rom, Mittelalter, Neuzeit)
- Die Menschenrechte

- Die Verfassung
  Individuum und Staat, die freiheitliche Demokratie als Grundordnung
- Ordnungsfragen von Kultur, Staat und Wirtschaft
  Bildungswesen: Schulwesen und Hochschule in der freiheitlichen Demokratie
  Wirtschaft: Wettbewerbsordnung, Marktwirtschaft, Geldordnung, soziale Gerechtigkeit, System-Vergleiche.

Teilnehmer des gesamten Aufbau-Seminars erhalten zum Abschluß eine *Teilnahmebestätigung.*

Interessenten wenden sich bitte an das *Seminar für freiheitliche Ordnung* Boslerweg 11, 7325 Eckwälden/Bad-Boll, Telefon: 07164/2572

* * * *

SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG DER WIRTSCHAFT, DES STAATES UND DER KULTUR E. V.

Geschäftsstelle: Boslerweg 11, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Telefon: 07164/2572

- *Fördernde Mitgliedschaft*
  Unterstützen Sie die Arbeit als förderndes Mitglied des *Seminars für freiheitliche Ordnung* durch einen Jahresbeitrag von DM 60.–. Sie erhalten dann die Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« gratis zugesandt.
- *Patenschafts- oder Geschenkabonnement*
  Durch Übernahme eines Patenschafts-Abonnements ermöglichen Sie einem Schüler oder Studenten den Bezug der Schriftenreihe *Fragen der Freiheit.*
- *Studienseminare für Schüler, Berufsschüler und Studenten*
  Durch Übernahme einer Patenschaft tragen Sie zur Durchführung und Verbreiterung der Jugendarbeit bei.
- *Spenden*
  Unterstützen Sie unsere Arbeit durch einmalige oder regelmäßige Spenden.

  Alle Förderbeiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Spendenbescheinigung wird unaufgefordert zugeschickt.
- *FRAGEN DER FREIHEIT*
  Die Schriftenreihe FRAGEN DER FREIHEIT behandelt die gesellschaftspolitischen Probleme der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der Freiheit. Sie erscheint sechsmal im Jahr zum Jahresbezugspreis von DM 30.– und orientiert Sie über Ordnungsfragen des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens.

Bankkonten: Seminar für freiheitliche Ordnung
Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 (BLZ 61050000)
Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 261404

Veranstaltungs- und Aktivitätsübersicht des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V., Bad Boll 1974–1978

Nr.	Monat	Veranstaltungsort	Thema	Art der Veranstaltung	Zahl der Teiln.
1974					
1	Januar	Bad-Boll/ Eckwälden	Erfüllt die Soziale Marktwirtschaft die Forderung nach persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit?	Kolloquium	33
2	Juli	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes Herrsching/A.	Raum für den Menschen als gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Frage	Wissenschaftliches Sommerseminar	139
3	Nov.	Bad-Boll/ Eckwälden	Stehen wir vor einer Weltwährungskrise?	Seminar	45
1975					
1	Januar	Bad-Boll/ Eckwälden	Was heißt sozial in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung?	Seminar	40
2	März	Pol. Akademie Eichholz-Wesseling	Bedeutung der Ordnungspolitik	Seminar	35
3	Mai	Eckwälden/ Bad-Boll	Bürgerrecht auf Bildung	Seminar	36
4	Juli	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes Herrsching/A.	Einführung in inhaltliche und methodische Grundlagen des Sozialkundeunterrichts und Bewußtseinsbildung	Wissenschaftliches Sommerseminar	96
5	Juli	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes Herrsching/A.	Beitrag zur Überwindung des gesellschaftlichen Konfliktes zwischen Individual- und Sozialprinzip	Wissenschaftliches Sommer-Seminar	96
6	Nov.	Pol. Akademie Eichholz, Wesseling	Menschenbild und Gesellschaftsordnung in Theorie und Praxis	Seminar	36
1976					
1	Januar	Ev. Akademie, Bad Boll	Marxismus, sozialistische Demokratie und freiheitliche Gesellschaftsordnung	Seminar	90

Nr.	Monat	Veranstaltungsort	Thema	Art der Veranstaltung	Zahl der Teiln.
1976					
2	Februar	Pol. Akademie Eichholz, Wesseling	Grenzen des Staates in der Gesundheitspolitik	Seminar	36
3	Apr./Mai	Ev. Akademie Bad Boll	Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit	Fachtagung	45
4	Mai	Bad Boll/ Eckwälden	Die Menschenrechte im Bonner Grundgesetz – Persönlichkeitsrechte, Freiheitsrechte und Sozialpflichtigkeit –	Seminar	40
5	Juli	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverb. Herrsching/A.	Die Interdependenz der Ordnungen von Kultur, Staat u. Wirtschaft	Wissenschaftliches Sommerseminar	77
6	Juli	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverb. Herrsching/A.	Humane Pädagogik – Humane Medizin	Wissenschaftliches Sommerseminar	75
7	Okt.	Bad Godesberg	Vergleich der gesundheitspolitischen Systeme Bundesrepublik – DDR	Fachtagung für Mediziner	55
8	Nov.	Pol. Akademie Eichholz, Wesseling	Folgen des Liberalismus auf die Wirtschafts- und Kulturentwicklung	Wissenschaftl. Arbeitstagung	85
1977					
1	Januar	Ev. Akademie Bad Boll	Die Freiheit als Grundlage der sozialen Ordnung in Kultur, Recht und Wirtschaft	Wissenschaftl. Seminar	65
2	Feb.	Pol. Akademie Eichholz, Wesseling	Einführung in den Marxismus	Seminar	30
3	April	Ev. Gemeindehaus Bad Boll	Was ist eine humane Schule?	Fachtagung	60
4	Mai	Pol. Akademie Eichholz, Wesseling	Inflation und Vollbeschäftigung	Wissenschaftl. Arbeitstagung	45
5	Juli	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverb. Herrsching/A.	Die Währungsfrage als Rechtsproblem	Wissenschaftl. Sommerseminar	90

Nr.	Monat	Veranstaltungsort	Thema	Art der Veranstaltung	Zahl der Teiln.
1977					
6	Juli	Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes Herrsching/A.	Der Sozialkundeunterricht in Schule und Berufsschule	Wissenschaftl. Sommerseminar	75
7	Okt.	Karl Arnold Bildungsstätte, Bad Godesberg	Gesundheitspolitik in beiden deutschen Staaten – Systemvergleich	Seminar	35
8	Okt./ Nov.	Ev. Akademie Bad Boll	Die Verantwortung des Menschen – Energiekrise und Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –	Wissenschaftl. Seminar	90
9	Okt.	Wiesensteig i. T.	Grundfragen der Philosophie, I der Wirtschaft und Kultur	Schüler-Studenten-Seminar	30
10	Nov.	Wiesensteig i. T.	Folgeseminar zu I	dto.	30
11	Dez.	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar II	dto.	30
1978					
1	Januar	Ev. Akademie Bad Boll	Die gesellschaftlichen Folgen des politischen und weltanschaulichen Extremismus	Wissenschaftl. Arbeitstagung	79
2	Jan.	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar III	Jugendseminar	33
3	Feb.	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar IV	Jugendseminar	29
4	März	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar V	Jugendseminar	33
5	März	Mühlhausen i. T.	Zentralismus oder Föderalismus im europäischen Bildungswesen?	Fachtagung	50
6	April	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar VI	Jugendseminar	34
7	April	Bonn	Grundfragen der deutschen Teilung unter staatlichen, kulturellen und ökonomischen Aspekten	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	21
8	Mai	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar VII	Jugendseminar	21
9	Mai	Pol. Akademie Eichholz, Wesseling	Wirtschaftskrisen und ihre Überwindung	Wissenschaftl. Arbeitstagung	45
10	Mai	Bonn	Aufbauseminar I	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	

Nr.	Monat	Veranstaltungsort	Thema	Ar der Veranstaltung	Zahl der Teiln.
1978					
28	April	Bonn/Rheinbach	Regierungs- und Parteisysteme in beiden deutschen Staaten	Seminar	25
11	Juni	Wiesensteig	Aufbauseminar VIII	Jugendseminar	20
12	Juni	Bonn	Aufbauseminar II	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	26
13	Juli	Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes Herrsching/A.	Die Verantwortung des Menschen, – Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –	Wissenschaftl. Sommertagung	70
14	Juli	Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes Herrsching/A.	Bildung als Bedingung personaler und sozialer Existenz	Wissenschaftl. Sommerseminar	63
23	Juli/Aug.	Bexbach	Aspekte der Bildung in beiden deutschen Staaten	Seminar	21
15	August	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar IX	Jugendseminar	15
16	Sept.	Wiesensteig i. T.	Aufbauseminar X	Jugendseminar	19
17	Sept.	Bonn/Rheinbach	Aufbauseminar III	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	18
18	Okt.	Bad Boll	Grundlagenseminar I	Jugendseminar	23
19	Okt.	Bonn/Rheinbach	Aufbauseminar IV	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	25
20	Nov.	Bad Boll	Grundlagenseminar II	Jugendseminar	21
21	Nov.	Bonn/Rheinbach	Aufbauseminar V	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	24
22	Nov.	Bexbach	Die Familie in beiden deutschen Staaten – Systemvergleich –	Seminar	24
24	Dez.	Gießen	Regierungs- und Schulsysteme in beiden deutschen Staaten	Seminar	23
25	Dez.	Bad Boll	Grundlagenseminar III	Jugendseminar	25
26	Dez.	Karlsruhe	Die philosophischen und staatlichen Grundlagen der DDR	Seminar	26
27	Dez.	Bonn/Rheinbach	Aufbauseminar VI	Jugend-/Erwachsenen-Seminar	25

Seit dem 1. November 1978 hat das Seminar für freiheitliche Ordnung e. V. eine Außenstelle in Gießen.

Die Schriftenreihe

Fragen der Freiheit*

Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis der Hefte seit Januar 1974

Heft 106 November/Dezember 1973

Gefährdete Demokratie – Lernzielplanung und totalitäre Gesellschaftspolitik

Gefährdete Demokratie – Bemerkungen zu neuen Entwicklungen – / Lernzielplanung und totalitäre Gesellschaftspolitik / Demokratie und Freiheit – Demokratisierung – eine Universalforderung unserer Zeit? – / Vor einem Schulkampf in Nordrhein-Westfalen?

Heft 107 Januar/Februar 1974

Neuordnung der Währung

Neuordnung der Währung – Currency to come – mit Generalstabskarte der ökonomischen Entwicklung Großbritanniens von 1800 bis 1937

Heft 108 März/April 1974

Soziale Marktwirtschaft und das Machtproblem

Löst die Soziale Marktwirtschaft das Machtproblem? / Das Suchen nach einem dritten Weg – Zu den heutigen Gesellschaftskonzeptionen von Ota Sik, Roger Garaudy und Eugen Löbl – Thesen für eine ordnungspolitische Alternative – Gegen kollektive Macht – Für Freiheit – Gegen demokratischen Sozialismus – Für soziale Gerechtigkeit – / Neuordnung der Währung / Zur Währungskrise

Heft 109 Mai/Juni 1974

Betriebliche Partnerschaft – Konstituierendes Element der Sozialen Marktwirtschaft

Betriebliche Partnerschaft – als dritter Weg in der sozialen Marktwirtschaft? / Kapital und Arbeit – Einzelbetriebliche Initiativen und gesetzliche Notwendigkeiten – / Versäumnisse und Aufgaben partnerschaftlicher Betriebsgestaltung / Vermögensbeteiligung und Mitbestimmung – Das Partnerschaftsmodell der Bauhütte Leitl & Lang – / Suche nach einer Lösung des Mitbestimmungsproblems u. a. m.

Heft 110 Juli/August 1974

Persönlichkeitsrechte und Sozialstaatsprinzip – Zur Bodenrechtsreform –

Gleiches Recht aller auf Eigentum an Grund und Boden / Ein Rückblick und Ausblick auf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland / Zur Bodenrechtsreform / Gleiches Recht Aller auf Eigentum an Grund und Boden / Die freiheitliche Ordnung und ihre Legitimität / Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität / Kontinuität und Konzentration – Zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt am 17. Mai 1974 – / Erst geschöpft – dann abgeschöpft – u. a. m.

Heft 111 September/Oktober 1974

Freiheit für Arzt und Patient – Ein ärztliches Symposium –

Freiheit für Arzt und Patient / Arzneimittelgesetz und Therapiefreiheit / Der Nachweis der Wirksamkeit in der Homöopathie / Arzneimittelsicherheit und medizinische Wissenschaft / Arzneimittelsicherheit und Gesellschaftsordnung / Therapie und Verordnungsfreiheit – eine notwendige Stellungnahme zur Arzneimittelgesetznovelle – Es geht um die Freiheit in der Therapie / *Stimmen zum Arzneimittelgesetz* aus medizinischen Zeitschriften und Tagespresse / Arzneimittelsicherheit und Grundgesetz – Zur Rechtslage der Naturheilmittel in der Reform des deutschen Arzneimittelgesetzes – Zusammenfassung der Ergebnisse – u. v. a. m.

* Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung, Boslerweg 11, 7325 Eckwälden/Boll

Heft 112 November/Dezember 1974
Erziehung zum Menschen – Erziehung zur Sozialität
Überschaubare Schule / Pestalozzi zwischen Rousseau und Marx / Konkurrierende Kriterien zur Beurteilung von neuen Bildungskonzeptionen / Pädagogische Autonomie der Schule oder staatliches Curriculum / Polytechnik als Arbeitslehre? / Einschränkungen der persönlichen Freiheit durch Staatshandeln / Schulen mit liberaler Tradition – Ein Bericht aus England – / Das Ende aller Freiheit – Zum Kirchenpapier der »Freien Demokraten« –

Heft 113 Januar/Februar 1975
25 Jahre Grundgesetz
Das Menschenbild im Bonner Grundgesetz – Die gemeinsame Wurzel von Freiheitsprinzip und Sozialstaatsprinzip – / Das Menschenbild 25 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes / Raum für den Menschen / Anarchismus u. a. m.

Heft 114 März/April 1975
Inflation und Freiheit
Inflation und Freiheit / Dauerkonjunktur und Geldwertstabilität durch konsequente Geldmengenregulierung in exaktem Gleichschritt mit der Güter- und Dienstleistungsproduktion / Löst die Mitbestimmung das Machtproblem in der Wirtschaft? – u. a. m.

Heft 115 Mai/Juni 1975
Organisches Wachstum und Wirtschaftsordnung
Wirtschaftliches Gleichgewicht – Das ungelöste Problem der Gegenseitigkeit – / Das Problem des Wirtschaftswachstums / Wettbewerbsordnung im Bodenrecht – und Grundrechte / Hat die Bundesrepublik Deutschland noch eine Idee? – Freiheitlicher Rechtsstaat und Demokratischer Absolutismus? – / Noch ist es nicht zu spät – Paritätische Mitbestimmung ein Irrweg – u. a. m.

Heft 116 Juli/August 1975
Ordnungspolitische Grundfragen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft
Prinzipien und Grundsätze der Verfassung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft / I. Teil: Grundprobleme in Wirtschaft und Gesellschaft / II. Teil: Probleme des Sozialstaatsverständnisses

Heft 117 September/Oktober 1975
Eine Schulreform von innen
Die Problematik der Emanzipation als Leitidee der Pädagogik / Von der Kulturhoheit zum Kooperativen Bildungsföderalismus / Empfehlungen der Aktion Humane Schule, u. a. m.

Heft 118 November/Dezember 1975
Was heißt »sozial« in der »Sozialen Marktwirtschaft«
Zum 26. Erscheinen des Ordo-Jahrbuches / Was heißt »sozial« in der Sozialen Marktwirtschaft / Marktwirtschaft und Grundwerte / Der Wirtschaftskreislauf – Bericht / Ota Siks »Dritter Weg« – Überwindung der säkularen Inflation – / Aktionen der Aktion / »Empfehlungen der Aktion Humane Schule«

Heft 119 Januar/März 1976
Der Marxismus – Hintergründe und Wege zu seiner Überwindung
Menschenbild und soziale Entwicklung / Geistige Ansätze zur Überwindung des Marxismus und des kollektivistischen Sozialismus im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart / Ursprung und Wesen des Marxismus / Auseinandersetzung mit dem Neomarxismus / Zur Mehrwerttheorie bei Karl Marx – Der Wertbegriff der Klassiker – / Die menschliche Arbeit – kein Kostenfaktor / Der dialektische Materialismus / Das Zeitalter der Gleichheit / Marxistisches Menschenbild, sozialistische Demokratie und freiheitliche Gesellschaftsordnung, u. a. m.

Heft 120 April/Juni 1976
Das Arzneimittelrecht – Prüfstein der Demokratie – Eine Dokumentation zur Zeitgeschichte –
I. Stellungnahmen aus ärztlicher Sicht / II. Stellungnahmen der Politiker / III. Stellungnahmen aus verfassungsrechtlicher Sicht / V. Bericht über die 2. und 3. Lesung des Arzneimittelgesetzes im Deutschen Bundestag u. v. a. m.

Heft 121 Juli/August 1976
Rettet die Phänomene – Beiträge zur pädagogischen Autonomie der Schule –
Zur Überwindung der Krisis im Erziehungswesen / Wie können wir durch den Mathematikunterricht erzieherisch wirken? – Rehabilitierung der Sinnestätigkeit / Die Bedeutung der Anschauung im Biologie-Unterricht u. a. m.

Heft 122 September/Oktober 1976
Währungs-Chaos – Währungs-Ordnung – Eine volkswirtschaftliche Studie –
I. Allgemeine Betrachtungen über die derzeitigen Lehrmeinungen / II. Die dynamische Währungsordnung

Heft 123 November/Dezember 1976
Grenzen des Staates
Verfassungsrechtliche Grenzen öffentlicher Kontrollen in der freien Gesellschaft / Die Interdependenz von Staat, Wirtschaft und Kultur in der 'Utopia' des Thomas Morus / Nach der Bundestagswahl 1976

Heft 124 Januar/Februar 1977
Wissenschaftliche Hochschulen in freier Trägerschaft
Normen eines humanen Schulunterrichts
Wissenschaftliche Hochschulen in freier Trägerschaft / Normen eines humanen Schulunterrichts / Was macht unsere Kinder in der Schule krank? / Liegt die Schulreform hinter uns oder vor uns? / »Kopernikanische Wende« / »Gegen den Bildungszentralismus« / »Die Suche nach dem Menschenbild«

Heft 125 März/April 1977
Gesundheitspolitik am Scheideweg
Sozialpolitik am Scheideweg / Grenzen des Staates in der Sozialpolitik / Probleme im Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland / Zur Kostenexplosion im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung / Der totale Ausbau der Krankenversicherungspflicht als Ursache für die Kostenexplosion vom Standpunkt der Ärzteschaft, der Gewerkschaft, des Unternehmertums und des Einzelpatienten aus gesehen / Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz (KVKG) / Ärzte nehmen Stellung / Die Hufelandgesellschaft für Gesamtmedizin e. V. / Zur Stellungnahme der GKV zum Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz / Staatlich verordnete Gesundheit treibt die Kosten hoch / Negative Vereinigungsfreiheit und Zwangsmitgliedschaft in öffentlichen Körperschaften / Gesundsein lernen – Der Beitrag der Schule zur Gesundheitserziehung / Fernziel: Medizin als umfassende Lebenslehre / »Reform durch Zwang oder Einsicht?«

Heft 126 Mai/Juni 1977
Der Liberalismus und die soziale Frage
Ordnungspolitische Aspekte des Sozialstaates / Unternehmerische Aufgaben in einer sich wandelnden Welt / Aufgaben und Funktionen des demokratischen Staates und deren Grenzen / Folgen des Liberalismus auf Wirtschaft, Staat und Kultur / Organisationsdenken und Staatsphilosophie / Gerechtigkeit: Der demokratische Verfassungsstaat

Heft 127 Juli/August 1977
Inflation und Vollbeschäftigung
Inflation und Vollbeschäftigung / Dauervollbeschäftigung und Geldwertstabilität u. a. m. / Belebung der Nachfrage – aber wie?

Heft 128 September/Oktober 1977
»Was ist eine humane Schule«
Die Frage nach einer humanen Schule / Was ist eine humane Schule? / Sozialverhalten, soziale Verantwortung und sozialkundlicher Unterricht / Bietet das neue Schulrecht in Baden-Württemberg einen Ansatz zur Humanisierung der Schule? / Das Berechtigungswesen abschaffen / Öffentliche Gewalt und personale Verantwortung im Bildungswesen

Heft 129 November/Dezember 1977
Währungsverfassung und Gesellschaftsordnung
Währungsverfassung und Gesellschaftsordnung / Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesells utopischem Barataria (»Billig-Land«) / Die Währungsfrage als Rechtsproblem / Die Wunderinsel Barataria / »Das soziale Modell«

Heft 130 Januar/Februar 1978
Die Verantwortung des Menschen I
– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –
Gefährdung des Landbaues und der Landwirtschaft durch die Industrialisierung – Grundfragen des Energiehaushaltes, der Ökologie und des Wirtschaftswachstums – / Die Grenzen des Wachstums – Resonanzen der Studie und weitere Aktivitäten des Club of Rome / Die Verantwortung der Wissenschaft / Ende des Wachstums – Ende der Freiheit? / Wirtschaftswachstum oder Wirtschaftsplanung?

Heft 131 März/April 1978
Extremismus
Überzeugung und geistige Freiheit / Freiheit und »Befreiung« / Streitbare Demokratie – Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Abwehr von verfassungswidrigen Aktivitäten / Extremismus / Assassinen des 20. Jahrhunderts – Der mörderische Geist von Ghom – / Die Entfremdung des Menschen – Hauptursache des Terrorismus / Die Gefahr extremistischer Entwicklung durch Ideologisierung des Bewußtseins

Heft 132 Mai/Juni 1978
Beiträge zur Währungspolitik
Die globale Wachstumssteuerung als Instrument der Gesellschaftspolitik / Einige wirtschaftliche Schäden der Inflation und ein geldpolitischer Versuch zu ihrer Bekämpfung / Schuldnerprivilegien als Inflationsursache – Konkurrierende Währungen ein Ausweg?

Heft 133 Juli/August 1978
Zentralismus oder Föderalismus im europäischen Bildungswesen
Das Bildungswesen im sozialen Organismus / Alternativen zur dirigistischen Bildungspolitik / Dirigistische oder autonome Organisation der Schule in Europa / Europäische Zusammenarbeit im Bildungswesen / Was wird aus Frankreich / Das Bildungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung

Heft 134 September/Oktober 1978
Wirtschaftskrisen und ihre Überwindung
Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise und alternative Lösungskonzeptionen/ Das Problem der Arbeitslosigkeit und seine Überwindung / Ordnungspolitik als Stabilisierungspolitik / Votum für eine nutzer- und eigentumsfreundliche Reform des Bodenrechts

Heft 135 November/Dezember 1978
Die Verantwortung des Menschen II
– Energiekrise, Wirtschaftswachstum und die Gefährdung von Erde und Mensch –
Verursacht die marktwirtschaftliche Ordnung die Wachstums-, Konsum- und Umweltprobleme? / Marktwirtschaftliche Antworten auf das Problem der Umweltbelastung und der Rohstofferschöpfung / Ökologische Grenzen und Industriegesellschaft / Die Rolle des Kapitals bei der Wirtschaftswachstums- und Umweltproblematik / Die Politische Dimension des geplanten europäischen Währungssystems / In memoriam Alfred *Müller-Armack*

Veranstaltungskalender 1979

A. Wissenschaftliche Arbeitstagungen[1]

5. – 7. Januar 1979	Extremismus an den Hochschulen	Ev. Akademie Bad Boll
April/Mai 1979	Die Interdependenz von Kultur, Religion und Wissenschaft und ihre soziale Bedeutung	Bad-Boll
19. – 24. Juli 1979	*Mitteleuropa im Spannungsverhältnis von Ost und West*	
	Die Ost-West-Spannung in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Sicht	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes Herrsching/ Ammersee
25. – 29. Juli 1979	Erfüllt unser Bildungswesen seine geistig-kulturelle Aufgabe?	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes Herrsching/ Ammersee

B. Studienseminare für Schüler und Studenten[2]

Generalthema: *Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft. – Die Gesellschaftsordnung, die der menschlichen Natur entspricht. –*

1. Wochenende Januar

I. *Philosophische Grundfragen*
   a) Frage nach sich selbst, dem Menschen, der Natur und Gesellschaft
   b) Gibt es eine Sicherheit im Denken?

II. *Ökonomische Grundfragen*
   a) Was verstehen wir unter Wirtschaften?
   b) Welche Rolle haben *wir* im Wirtschafts-Kreislauf?

1 Die Fachtagungen und wissenschaftlichen Arbeitstagungen werden bundesweit durchgeführt.

2 Die Studienseminare für Schüler und Studenten finden jeweils am schulfreien Wochenende des Monats statt.

Die Studienseminare für Schüler und Studenten werden bundesweit durchgeführt, zunächst in den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland.

2. Wochenende Februar	I.	*Philosophische Grundfragen* a) Fragen der Erkenntnis – Fragen der Wissenschaft b) Was heißt erkennen? Erkenntnistheorie.
	II.	*Ökonomische Grundfragen* a) und b) Was ist Marktwirtschaft und wie funktioniert sie?
3. Wochenende März	I.	*Philosophische Grundfragen* a) Naturrecht und Geistesrecht b) Gott und Materie
	II.	*Die soziale Marktwirtschaft* a) Die soziale Marktwirtschaft als gesellschaftspolitische Konzeption. b) Der Wettbewerb als Ordnungsprinzip.
4. Wochenende April	I.	*Philosophische Grundfragen* a) Was ist wahr – was ist relativ? b) Formen des Pluralismus
	II.	*Wirtschaftsformen* a) Die Zentralverwaltungswirtschaft am Beispiel DDR b) Sozialistische Wirtschaftstheorien
5. Wochenende Mai	I.	*Die Würde des Menschen* a) und b) Selbstbestimmung – Fremdbestimmung
	II.	*Wirtschaftsformen* a) und b) Marxistische Ordnungsvorstellungen
6. Wochenende Juni	I.	*Die Würde des Menschen* a) und b) Mensch von Anfang an
	II.	*Anthropologie – Soziologie* a) Die vom Menschenbild abgeleitete Gesellschaftsordnung b) Die Interdependenz der Ordnungen als Voraussetzung der Freiheit
7. Wochenende September	I.	*Die Entwicklungsgeschichte der abendländischen Idee* a) Gibt es eine abendländische Idee? b) Die Kultur-Epochen (Frühformen der Demokratie in Griechenland – Rom)
	II.	a) und b) Die Entstehung und der Aufbau des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland
8. Wochenende Oktober	I. und II.	*Die Entwicklungsgeschichte der abendländischen Idee* a) und b) Die Entwicklung der Staatsformen (Absolutismus + Demokratie) c) und d) Der föderative Staatsaufbau und Eigenverantwortlichkeit.
9. Wochenende November	I.	a) Wirtschaftsformen in der Geschichte b) Die Entwicklungsgeschichte des Geldes c) Segen und Fluch des Geldes d) Gefährdet der Sozialstaat die persönliche Freiheit? Die Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland
10. Wochenende Dezember	I.	a) Das Bildungswesen im Zentralverwaltungsstaat b) Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz. c) und d) Repräsentation und Partizipation in unserer Demokratie.

Aus einem Brief eines früheren Teilnehmers an den Jugendseminaren an seinen ehemaligen Lehrer:

». . . Hier in Paris hat mich nun ein Brief vom *Seminar für freiheitliche Ordnung* erreicht. Ich habe dieses Seminar etwa sieben bis achtmal vor dem Abitur besucht. Es hat mir sehr viel politisches, geschichtliches und soziologisches Wissen vermittelt. Es hat ganz sicher zu meiner Persönlichkeitsentwicklung beigetragen und in mir politisches Bewußtsein geweckt. Ganz einfach: es hat mir sehr viel gegeben. Ich bitte Sie nun, das Informationsmaterial an die Schüler weiterzugeben. Ich hoffe, daß Sie, nachdem Sie das Material auf Ziele und Vorstellungen geprüft (und wie ich hoffe, anerkannt) haben, dann die Schüler sogar zum Besuch animieren werden. Besonders geeignet ist das Seminar natürlich für Schüler der Oberstufe, die Geschichte – Gemeinschaftskunde als Grund- oder Leistungskurs haben. Geben Sie das Material bitte auch an andere Lehrer weiter. Hoffentlich gelingt es Ihnen, bei den wenigen, die ein Geschichts- und Politikbewußtsein haben, Interesse zu wecken. Ich hoffe es für Sie, Ihren Unterricht, für die Schüler und das Seminar für freiheitliche Ordnung.

Mit diesem Wunsch und herzlichen Grüßen aus Paris

gez.: C.-M. B

* * * *

C. Aufbau-Seminare in Fortsetzung der Studien-Seminare

16. – 18. März 1979	*Wirtschaftspolitik* Vermögensbildung a) Eigennutzung – Fremdnutzung b) Einkommensverteilung und Arbeitseinsatz	Politische Akademie Eichholz, Wesseling
Juli 1979	Entscheidungsfindung für die praktische Politik – Wirtschafts-, Kultur-, Gesellschafts-, Gesundheitspolitik – auf der Grundlage der systematischen Darstellung	Bildungsstätte des Bayer. Bauernverbandes Herrsching/ Ammersee
Seminar I	*Zur Währungspolitik* Aufgaben der Arbeitsgruppen a) Die Dollarkrise und ihre Überwindung b) Arbeitslosigkeit und Marktwirtschaft c) Konjunktur- und Wirtschaftspolitik	
Seminar II	*Zur Bildungspolitik* a) Die Bedeutung des Art. 7 GG und das staatliche Schulmonopol b) Bundeskultusministerium ja oder nein? c) Grundkonzept und Bedingungen einer freien Hochschule *Zur Gesundheitspolitik* Wohlfahrtsstaatliche oder selbstverantwortliche Lösungen im Gesundheitswesen.	
26. – 28. September 1979	*Wirtschaftspolitik* a) Geld und Kapital b) Stabile Wirtschaft und internationale Devisenspekulationen	Politische Akademie, Eichholz, Wesseling

D. Fachtagungen

Deutschlandpolitische Informationstagungen

Februar 1979	Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.	Bad Boll
April 1979	Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Parteien, Verbände in beiden Staaten	Bad-Boll
Juni 1979	Ideologie – Wirtschaft Marxismus – Leninismus	Bad-Boll
September 1979	Militär und Entspannung Konvergenz und Koexistenz	Bad-Boll
November 1979	Ziele und Schwächen der Bildungssysteme in beiden Staaten	Bad-Boll

* * * *

Deutschlandpolitische Informationstagungen

Mangelnde Geschichtskenntnis der Jugend und ungenügendes Wissen vom politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Mitteldeutschland haben das *Seminar für freiheitliche Ordnung* veranlaßt, in das Jahresprogramm 1979 fünf Wochenendseminare aufzunehmen, welche dem Deutschlandproblem gewidmet sind. Die Seminarreihe wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit der *Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft* (ASG), Tübingen.

Die Wochenendseminare – Freitagabend beginnend, Sonntagnachmittag endend – sind so aufgebaut, daß jedes Seminar einerseits für sich ein abgeschlossenes Ganzes bildet, sie sich aber auch folgerichtig ergänzen.

Ziel soll es sein, einen *Überblick über die gesamte deutsch-deutsche Problematik* zu geben. Als Methode wurde der Systemvergleich gewählt, wobei nicht nur die gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen beider Staaten in Deutschland verglichen, sondern auch ihre Einbettung in das Spannungsfeld zwischen Ost und West berücksichtigt werden.

An den einzelnen Wochenenden stehen zur politischen Veranschaulichung der erörterten Themen Filme des Fernsehens (Ost) zur Verfügung.

Um Interessierten die Möglichkeit regelmäßiger Teilnahme zu geben, werden die Seminare, beginnend im Februar, in *zweimonatigen Abständen* durchgeführt.

Den Teilnehmern entstehen außer eigener Anreise und einem Tagungsbeitrag von DM 20.– pro Wochenende keine Kosten. Hotelunterkunft und Verpflegung trägt der Veranstalter.

Bitte fordern Sie Programme an beim *Seminar für freiheitliche Ordnung*, Boslerweg 11, 7325 Eckwälden, Telefon (0 71 64) 25 72

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Felix G. *Binn*	Professor Dr. rer. pol., Fachhochschule Niederrhein, Düsseldorf
Manfred *Fischer,*	Dr. phil., Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) der Fraunhofer-Gesellschaft e. V. Karlsruhe
Hans Joachim *Pfüller*	Dipl. Volkswirt, Leiter der Hermann-Ehlers-Akademie Hannover
Joachim *Starbatty,*	Prof. Dr. rer. pol., Universität Bochum
Heinz-Hartmut Vogel	Dr. med., Bad-Boll
Ernst Winkler,	Dr. phil., München-Pullach, Mozartstr. 6

Vorankündigung für Heft 136/II 1979

Thema: *Extremismus an den Hochschulen*

Prof. Dr. phil. Alexander Schwan, FU Berlin
Die Situation an den Hochschulen und die Hochschulreform

Dr. rer. nat. Antonio Suarez, ETH Zürich
Handlung und Bewußtsein
– Zur Psycho-Logik revolutionierenden Terrors –

Dr. Lothar Vogel, Bad Boll
Die Krisis der Wahrheitsfindung als Ursache des Extremismus
– Der Pluralismus als Weltanschauung –

Prof. Dr. phil. Paul-Ludwig Weinacht, Würzburg
Kulturelle Freiheit und Institution

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 100 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 Weihnachten 1972

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift,
Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 30.–, sfr. 30.–, ö. S. 220.–
zuzüglich Versandkosten
Einzelhefte: DM 5.50, sfr. 5.50, ö. S. 37.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 / BLZ 61050000

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 261404-602
Schweiz: 30-30731 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7939686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4
Motiv: Romanische Reliefplastik aus der Burgkapelle Hohenzollern

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck Göppingen

Diesem Heft Fragen der Freiheit liegt ein Prospekt des *Fonds für freie Erziehung e. V.* bei.